

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Zusammenbruch der freisinnigen Sozialpolitik.

Die Wahlrechtsfrage war die Probe für den Freisinn, ob er genug Liberalismus und Ueberzeugungstreue besitze, um in der wichtigsten Angelegenheit des deutschen Volkes die Gebote der Demokratie zu befolgen. Die Antwort war die völlige Bankrotterklärung, die Loslösung von der Demokratie, die Beschimpfung der energischen Wahlrechtskämpfer. Die Debatte im Stadtparlament Berlins, das Verhalten des Freisinns gestern im Reichstage bilden die notwendige Ergänzung zum Verrat der Demokratie. Der Bankrotterklärung in der Frage der freisinnigen Entwicklung ist die Bankrotterklärung in der Frage der sozialpolitischen Entwicklung auf dem Fuße gefolgt. Wieder stand ein Lebensinteresse der Arbeiterklasse auf dem Spiele. Die Frage der Arbeitslosigkeit und die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Die Arbeitslosigkeit ist die empörendste und aufreizendste Tatsache der kapitalistischen Wirtschaftsperiode. In ihr zeigt sich der ganze Wahnsinn eines Systems, in dem die Wirtschaft nicht bewußt von der menschlichen Gemeinschaft geregelt wird, sondern dem blinden Spiel der Privatinteressen ausgeliefert ist. Periodisch wird über die Arbeiterklasse die Geißel der Arbeitslosigkeit verhängt. Dieselben Gründe, die den Kapitalismus eine Zeitlang zwingen, alle Produktivkräfte und vor allem die menschliche Arbeitskraft aufs äußerste anzuspannen und auszunutzen, führen immer wieder zu einer Krise und Depression, in der sich plötzlich Tausende und Abertausende von fleißigen Arbeitswilligen aufs Pflaster gesetzt sehen, weil Ueberproduktion, Ueberhandel und Ueberproduktion der Privatbesitzer der Produktionsmittel den Wirtschaftsmechanismus wieder einmal in Unordnung gebracht haben. Die Sozialdemokratie weiß, daß dieses fürchterliche Uebel unverschämter plötzlicher Arbeitslosigkeit, das keine frühere Wirtschaftsperiode gekannt hat, erst mit der Ueberwindung des Kapitalismus, mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, mit der Leitung der vergesellschafteten Produktion durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft ein Ende finden kann. Es ist uns auch nie eingefallen, von den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft zu verlangen, sie solle die Arbeitslosigkeit beseitigen. Was wir aber verlangen und als Vertreter der Arbeiterinteressen verlangen müssen, ist, daß die bürgerliche Gesellschaft alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Das und nichts anderes haben vorgestern unsere Genossen in der Stadtvertretung gefordert: Verkürzung der Arbeitszeit, Vermeidung der Ueberarbeit, Inangriffnahme städtischer Bauten, Unterstützung der Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften und fortlaufende Arbeitslosenstatistik.

Was hatte der Freisinn auf diese selbstverständlichen und bei gutem Willen leicht auszuführenden Forderungen zu antworten? Die Antwort war ganz analog zu jener anderen in der Wahlrechtsfrage. Die Antwort war — Fischbed. Immer wenn es gilt, nicht sozialdemokratische, sondern freisinnige Forderungen zu verraten und diesen Verrat durch die gehässigsten Angriffe gegen die Vertreter dieser Forderungen zu maskieren, dann drängt sich zu diesem Geschäft der Herr Fischbed. Bemüht arbeitet er darauf hin, die freisinnige Volkspartei von allen Resten demokratischer Tradition vollends zu reinigen, sie zu korrumpieren und zu einer Schutztruppe der Junker gegen die Sozialdemokratie zu machen. Fischbed ist der Vertreter jener reaktionärsten und borniertesten Elemente im Freisinn, jener Handwerksmeister und Klein-kapitalisten, die dem Auffangsprozess durch das Großkapital verfallen, ihren schließlichen Untergang vor Augen sehen. In dem Gefühl der Ohnmacht gegen das siegreich vordringende Großkapital richten sie ihren ganzen Haß gegen die Arbeiterbewegung. Sie hassen die gewerkschaftliche Organisation, die ihnen das letzte Auskunftsmitglied, die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft, genommen hat. In ihrem blinden Haß gegen die Arbeiter schreiben sie diesen die Schuld an ihrem wirtschaftlichen Niedergang zu, der nur die Folge der Ueberlegenheit des Großkapitals ist. Sprachrohr dieses Hasses ist der Fischbed. Von den ausgesprochenen Antisemiten, zu denen er nach Geistesart und Manieren gehört, unterscheidet er sich nur durch zweierlei: einerseits durch die Rücksichten auf das Börsenkapital, andererseits dadurch, daß ihn die manchesterliche Tradition seiner Partei von jener Schandelei befreit, die den Antisemiten der Schwindel des christlichen Sozialismus auferlegt. Und so wächst dieser Fischbed allmählich zu einem Typus des Arbeiterfeindes heran, der zum Dolmetscher der Arbeiterfeindlichkeit aller reaktionären Elemente in Deutschland wird. Hat er doch dazu auch die Befähigung seiner Unwissenheit. Was soll man zu einem Menschen sagen, der sich erlaubt, öffentlich über Sozialpolitik zu sprechen, und nicht einmal Streif und Ansperrungen zu unterscheiden weiß? Was zu der Weisheit, die die Arbeitslosigkeit, welche die internationale Krise herbeigeführt hat, zu einer Folge früherer Arbeits-einstellungen macht? Was zu der Gefühlsvornehmheit, arbeits-

losen Arbeitern zuzumuten, Objekte der städtischen Armenpflege zu werden? Und damit auch das letzte nicht fehle, damit Fischbed in seinem Unverständnis und seiner Herzensroheit sich völlig mit einem Kreth verbrüderern könne, mußte er den Berliner Arbeitern noch raten, jetzt im Winter sich landwirtschaftliche Arbeit zu suchen! Ist es da zu verwundern, wenn Fischbed, wie für seine Haltung in der Wahlrechtsfrage, so auch diesmal wieder die Lobspprüche der Junker einheimst? „Seine Antwort“, schreibt die „Kreuz-Ztg.“, „ließ an Energie und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; sie war eine in jeder Hinsicht zutreffende.“ Freilich, den einsichtigeren Freisinnigen beginnt es allmählich vor Fischbed zu grauen. Das „Berliner Tageblatt“ meint:

„Herr Fischbed hat schon, als er am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus auf die Wahlrechtsfrage des Fürsten Bülow antwortete, zur Genüge bewiesen, daß ihm das wichtigste Erfordernis eines Politikers, das Augenmaß, fehle. Er fand in dem Führtreiter, mit dem Fürst Bülow die das gleiche Wahlrecht heischenden liberalen Parteien abwiebs, „etwas Erfreuliches“. Ein solcher Politiker wäre in einem parlamentarisch regierten Lande und in einer Partei, die etwas auf sich hält, unmöglich. Bei uns darf Herr Fischbed den Liberalismus weiter kompromittieren.“

Er hat es gestern mit erschreckendem Erfolg versucht. Die Antwort, die der Berliner Stadtrat Fischbed gestern auf den Arbeitslosenentwurf gab, kann nur von dem Gesichtspunkte aus entschuldigt werden: Herr verzehre ihm, er weiß nicht, was er tut. Eine solche Antwort eines solchen Magistratsvertreters kompromittiert den ganzen Magistrat der Reichshauptstadt.“

Aber deshalb wäre es doch durchaus verfehlt zu meinen, daß Herr Fischbed wie in der Wahlrechtsfrage so in der Sozialpolitik etwa isoliert wäre. Schon Herr Goldschmidt, obwohl mit den Hirsch-Dunderschen Organisationen eng verbunden, hat nicht das geringste zur Unterstützung der Arbeiterforderungen getan! Im Reichstage vollends haben die Herren Bachmeide und Mugdan offen gegen die wichtigsten Arbeiterforderungen, gegen die Anerkennung der Arbeiterorganisation Stellung genommen. Als die Sozialdemokraten beantragten, daß bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den Arbeiterstätten der Marineverwaltung nicht nur die Arbeiterausschüsse, sondern auch die Arbeiterorganisationen gehört werden müssen, da wandten sich die Freisinnigen dagegen, während sogar der christlich-soziale Abgeordnete Behrens die selbstverständliche Berechtigung der Forderung zugeben mußte. Fischbed ist also nicht allein, sondern der größte Teil des Freisinns steht hinter ihm. Damit beweisen aber die Herren nur, daß sie selbst jede Hoffnung aufgeben, Arbeiter noch in ihrer Gesellschaft zu halten. Denn die Anerkennung der Arbeiterorganisationen ist eine Forderung aller Arbeiter, und als Feind der Arbeitersache muß betrachtet werden, wer der Erfüllung der Forderung sich widersetzt.

Zur Ablehnung haben die Freisinnigen auch noch die Beleidigung gefügt: Mit den Organisationen könne man nicht verhandeln, denn sie seien sozialdemokratisch. Wird aber damit etwas anderes verlangt, als daß die Arbeiter das Recht auf ihre eigene politische Ueberzeugung aufgeben sollen? Die Arbeiter sollen zuerst dem Bürgertum politisch dienstbar werden und die Interessen ihrer Klassen verraten, dann werden die Herren Freisinnigen vielleicht so gnädig sein, ihnen einige sozialpolitische Broden als Almosen zukommen zu lassen! Aber Arbeiter sind keine Freisinnigen und das Aufgeben der Ueberzeugung um zweifelhafter persönlicher Vorteile willen ist nicht Arbeitersache!

Nach den Erfahrungen der gestrigen Debatte scheint es für den größten Teil des Freisinns ausgeschlossen, daß er je wieder auch nur den Standpunkt bürgerlicher Demokratie vertritt. Der Arbeiterklasse kann diese Klarheit nur erwünscht sein.

Zwischen der Haltung des Freisinns in der Wahlrechtsfrage und seiner Haltung in der Sozialpolitik besteht ein enger Zusammenhang. Es ist der Beweis, daß der Bloßfreisinn sich auf eine dauernde Gemeinschaft mit der Reaktion eingerichtet hat. Das müssen die Arbeiter erkennen und danach handeln!

## Das Zentrum als Freisinnswarner.

Das Zentrum hat in zweiter Lesung für die neue Flottenvorlage gestimmt. Es hat dafür gestimmt, trotzdem es unmittelbar zuvor erklärt hatte, daß es die Flottenvorlage nur dann bewilligen werde, wenn vorher die Deckungsfrage gelöst sei. Und trotz dieses kläglichen Unfalls besitzt die „Märkische Volkszeitung“, der Ableger der „Germania“, nach den unbegreiflichen Mut, dem Freisinn vorzuwerfen, daß er der Vorlage seine Zustimmung gegeben habe, ohne „unerbittlich und konsequent“ zu verlangen, „daß man nicht bloß eine Schonung der schwachen Schultern bei der Deckung dieser Mehrkosten verspreche, sondern vorher als möglich nachweise“.

Die Angriffe gegen den Freisinn sind an sich durchaus berechtigt. Durch sein Eintreten für die Flottenvorlage macht er sich zum Mitschuldigen aller der Lasten, die aus

den Mehrkosten des Flottenrüstens dem Volke erwachsen werden. Wenn indirekte Steuern, wie die Tabakbanderolensteuer usw., zur Deckung der neuen Flottenlast herangezogen werden — und der Freiherr v. Stengel stellte ja bereits die Zigarrenbanderolensteuer und das Branntweinmonopol in Aussicht! — so ist dafür der Freisinn mit haftbar, ganz einertei, ob er diese Steuern nachher ablehnt, oder bewilligt. Denn er wußte ganz genau, daß die neuen Flottenkosten auf niemand anders als die breiten Massen abgewälzt werden würden! Daß aber das Zentrum dem Freisinn deshalb Vorhaltungen macht, ist ein starkes Stück. Befindet sich doch das Zentrum genau in dem gleichen Falle wie der Freisinn. Auch das Zentrum will die breiten Massen angeblich vor neuen indirekten Steuern schützen. Es verlangte deshalb auch in der Kommission die vorherige Lösung der Deckungsfrage. Und anderen Tages stimmte es gleichwohl munter in zweiter Lesung für das Flottengesetz! Das Zentrum trägt also genau dieselbe Verantwortung für die unausbleiblichen neuen Belastungen des Volkes wie der Freisinn. Beide sind einander ebenbürtig, beide haben sich gegenseitig nichts vorzuwerfen.

Ob die beiden Parteien bei der dritten Lesung anders handeln werden? Das „Berliner Tageblatt“ erklärt es für unabwehrbare Pflicht des Freisinns, nur dann die neue Flottenvorlage zu bewilligen, wenn ihre Kosten nicht durch indirekte Steuern gedeckt würden. Da die Regierung so deutlich zu erkennen gegeben habe, daß sie einfach die indirekten Steuern auf Branntwein und Tabak erhöhen wolle, sei für den Freisinn doppelte Vorsicht geboten. Man brauche ja die Flottenvorlage nicht abzulehnen, sondern nur die Verschiebung der dritten Lesung auf solange zu erzwingen, bis die Würfel über die Reichs-Finanzreform gefallen seien. Das sei keine „unzulässige Pression“, sondern die Pflicht des Liberalismus. Ob der Freisinn nicht auch diesmal die Warnungen des „Berliner Tageblattes“ in der Wind schlagen wird?

Aber auch das Zentrum mag sich der Verantwortung bewußt sein, will es seine Schuldlast nicht um ein neues schweres Verbrechen am Volkswohl vermehren. Bei der neuen Flottenvorlage handelt es sich ja nicht nur um die Bewilligung von ein paar hundert Millionen für vier neue Linienschiffe. Die Ausgaben werden vielmehr dauernde sein. Dadurch, daß bis zum Jahre 1910 nach der neuen Flottenvorlage jährlich vier große Schiffe gebaut werden, bereitet man neuen Flottenbewilligungen die Bahn. Auch nach dem Jahre 1910, erst recht aber nach dem Jahre 1912, wo dann nur noch zwei Linienschiffe jährlich zu bauen wären, wird die Regierung für die Beschäftigung der Panzerschiffsindustrie sorgen! Es handelt sich also um eine Milliarde, die bis zum Jahre 1917 ausgegeben wird, um jährlich rund 100 Millionen, und für diese dauernden Riesenausgaben soll — neben anderen Mehrkosten — die Deckung geschaffen werden. Bewilligen also Zentrum und Freisinn das Flottengesetz, bevor die nötigen direkten Steuern bewilligt sind, so trifft sie die volle Schuld für die erneute indirekte Steuerschröpfung der ohnehin unter der allgemeinen Steuerung und einer sich mehrenden Arbeitslosigkeit leidenden beschlagnahmten Klassen!

## Dem politischen Siechtum verfallen.

Im letzten Heft der „Preuß. Jahrbücher“ beschäftigt sich deren Herausgeber, Professor Hans Delbrück, mit der Bülow'schen Wahlrechtsklärung und den Gründen, die den preussischen Ministerpräsidenten zu seiner höhnisch-brutalen Ablehnung des freisinnigen Antrages bestimmt haben. Die Folgerungen, zu denen Delbrück gelangt, sind für die freisinnigen Parteien und ihre Führer wenig schmeichelhaft, denn er findet das Motiv des Bülow'schen schroffen Auftretens in der Schwäche der freisinnigen Parteien und ihrer fehlerhaften Taktik.

Der Eindruck der Bülow'schen Erklärung wäre, meint Professor Delbrück, in weiten Kreisen der Ueberzeugung wie der Enttäuschung gewesen. Viele hätten geglaubt, daß die Möglichkeit einer fruchtbaren Politik auf Grund der konservativ-liberalen Paarung nunmehr definitiv abgeschlossen sei. Wie anders, wenn Fürst Bülow ein festumrissenes Programm vorgezogen hätte mit dem fest ausgesprochenen Willen, es gegen links wie gegen rechts durchzusetzen, etwa: „Kein Reichstagswahlrecht, sondern Pluralwahlrecht; keine schematische Neueinteilung der Kreise, sondern nur Korrektur im einzelnen; geheime Abstimmung.“ Mit einem derartigen Programm hätte die Regierung die Fäden in der Hand behalten, die Parteien unter ihren Willen gezwungen, alle gemäßigten Elemente befriedigt und um sich gesammelt und auch für die große Steuerreform die nötige Autorität gewonnen.

Weshalb ist, fragt Professor Delbrück, Fürst Bülow nicht in dieser Art vorgegangen? Aus Mangel an Geschäftlichkeit? Aus reaktionärer Gesinnung?

Delbrück antwortet darauf: „Fürst Bülow ist weder ungeschickt, noch reaktionär. Er ist als Taktiker sogar sehr hervorragend und dazu gehört auch, daß man die eigene Kraft nicht überschätzt. Die Politik, wie wir sie eben gezeichnet haben, wäre die Politik eines starken Mannes gewesen. Eine Politik für den Fürsten Bismarck, wenn er sie gewollt hätte. Aber Fürst Bülow wird gefunden haben, daß er für solche Politik nicht stark genug sei. Das Schicksal Caprivis steht dauernd als warnender Schatten am

### Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichts- und Beranmlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inkassos für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Hörigkeit deutscher Staatsmänner.** Die stärkste Macht unter der Krone Preußens sind noch wie vor die Konservativen. Wohl ist es möglich, sie im einzelnen Falle zu zwingen, sich einer Staatsnotwendigkeit zu beugen. Aber wer es tut, wird ihrer Rache nicht entgehen. Eine Wahlreform, wie wir sie oben gezeichnet haben, hätte ja tatsächlich den Konservativen wenig Abbruch getan, aber schon dieses Wenige ist ihnen zu viel. Nur durch einen starken Druck von oben wären sie an dieses Programm heranzubringen gewesen. Ist es für einen Staatsmann, der nicht Bismarck ist, geraten, einen solchen Druck anzuwenden? Ich gehe, ich habe eine Zeitlang eine solche Erwartung gehegt; aber jetzt, da sie nicht erfüllt worden ist, ist es mir doch nicht so ganz unverständlich.

Wenn man aber die Konservativen nicht kräftig heranzuholen will, wie will man dann die Freisinnigen am Mod festhalten? Die Antwort wird sein, daß Fürst Bülow in dem Jahr, seit er sich nun mit den Freisinnigen anfreundete und mit ihnen verhandelte, herausgefunden hat, wie überaus schwach, man darf wohl sagen schwächlich, diese Partei heute ist. Sie hat es noch nicht einmal fertig gekriegt, ihre drei Gruppen zu einer Einheit zusammenzuschmelzen, und es fehlt ihr durchaus an taktischer Führung wie an einem Führer. Fürst Bülow wird also zu der Überzeugung gekommen sein, daß auch ganz minimale Konzessionen, wie das neue Vereinsgesetz und das neue Wörsegesetz, genügen, die Partei vorläufig an der Stange zu halten. So ergibt sich die Möglichkeit, mit den Freisinnigen zu regieren, ohne sich die Konservativen zu verbünden; man behält zwar den Kurs nach links, laviert aber mit solcher Langsamkeit, daß das Vorrücken sich fast unmerklich vollzieht und die Konservativen nicht verstimmt. Man bleibt in fester Fühlung nach beiden Seiten; sollte der Druck der öffentlichen Meinung von links stärker werden, so kann man ihm etwas nachgeben, sollte die rechte Seite so stark bleiben, wie sie heute ist, so geschieht auch weiter so wenig im liberalen Sinne, wie es heute geschieht. . .

In dieser Weise sich von der öffentlichen Meinung treiben zu lassen, ist nicht das Wesen einer starken Regierung, aber daß die Taktik im parlamentarischen Sinne klug und richtig geübt ist, hat sie auf der Stelle gezeigt. Statt in einen allgemeinen Wutsturm auszubrechen über die Enttäuschung, die ihnen bereitet ist, haben die Freisinnigen unter einigem Seufzen und Klagen sich des allerbescheidensten Tones befleißigt. Liegt das etwa an den Führern, daß sie sich gar zu sehr geschmeichelt fühlen, auch einmal, wenn auch ganz unten am Regierungstisch zu sitzen? So spotten die Gegner. Aber es ist nicht wahr, der Grund liegt viel tiefer. Dieser Grund ist, daß die freisinnige Wählerschaft in ihrer großen Mehrzahl konservativ, man möchte beinahe sagen, reaktionär geworden ist. Diese freisinnigen Wähler, die Hausbesitzer, Kaufleute, Rentner, Kleinindustrielle, Maurermeister, Krämer, Bauern wollen in Wirklichkeit gar nicht das demokratische Wahlrecht, das in dem Programm der Partei als Parasit prangt. Sie sind hingegen sehr zufrieden, wenn die Partei mit ihren Anhängern von den Behörden nicht mehr als eine regierungsfeindliche angesehen wird. Ein Teil der Freisinnigen freilich, namentlich die Juden, die unter dem stillen Antisemitismus der regierenden Schichten zu leiden haben, und die idealistischen Anhänger der liberalen Doktrin, sind mit dieser Faltung der Partei nicht einverstanden, aber sie kommen nicht auf gegen die Taktik, die eingeschlagen haben, wie schwach die Partei in Wirklichkeit ist und sich danach richten und gegen die Stimmung der Menge, die fast ausschließlich beherrscht wird von der einen Empfindung des Gegenjahres gegen die Sozialdemokratie.

Der Charakter des heutigen Freisinn ist in diesen Ausführungen im wesentlichen richtig gezeichnet. Einst die Partei der liberalen Berufe, des fortschrittlichen Gelehrtenums, der aufstrebenden kommerziellen Schichten, ist sie unter der unfähigen Leitung ihrer Führer vom Schlage der Fischbed, Kopisch und Konforten in der Hauptsache zur Partei jenes Teils des Kleinbürgertums geworden, der über die Sorge um seine rein materiellen Interessen alle liberalen Ideale eingebüßt hat, den aber ein letzter Rest alter Traditionen noch davon zurückhält, sich den antisemitischen Mittelstandsbrettern anzuschließen.

Aber noch ein anderes Motiv hält des Freisinn Führer davon zurück, auf die Billowische Brüstung mit der Aufkündigung des Blodverhältnisses zu antworten. Sie fühlen selbst, wenn auch wohl meistens nur instinktiv, daß der Freisinn nach seinem Verhalten im letzten Wahlkampf und nach seinem Konfubinatverhältnis zu den Konservativen zu sehr bloßgestellt ist, als daß er ohne weiteres wieder in die frühere Oppositionsstellung einschwenken könnte. Große Teile seiner Anhängererschaft, besonders der ihm noch verbliebenen Handels- und Börsekreise, sind viel zu sehr in den kolonial- und Flottenrummel mit allen seinen Nebenercheinungen hineingezogen, als daß sie solche Schwentung mitmachen würden. Und diese Kreise sind diejenigen, aus denen die dürftigen Parteieinnahmen des Freisinn fließen; die gewerblichen Kleinbürger, die den freisinnigen Parteischwanz bilden, stimmen wohl freisinnig, aber sie zahlen nicht.

So kurz auch die Mitwirkung des Freisinn an der Blodpolitik ist, hat doch seine Stellung als Regierungshilfs-partei seine oppositionelle Kraft gebrochen. Das wird sich gar bald zeigen, wenn die liberal-konservative Koalition wieder hergestellt sein wird.

## Weiße Sklaven.

Mit dem heutigen Tage tritt die Einrichtung der Ausstellung von Inlandsausweispapieren (Arbeiterlegitimationskarten) für ausländische Arbeiter in Preußen in Wirksamkeit. Dies neueste Hörigkeitsverhältnis von Ausländern soll nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung auch von den beiden Mecklenburg, von Oldenburg, Vorpommern und Lippe-Deimold nachgeahmt werden, auch sollen Verhandlungen mit den übrigen norddeutschen Bundesstaaten über ähnliche Maßnahmen schweben.

Dies Verfahren ist ein Restoß gegen die mit Deutschland geschlossenen Staatsverträge, die den Ausländern dieselben Rechte wie den Inländern — versprechen. Die Legitimationskarte soll den ausländischen Arbeitern abgenommen und ihnen so unendlich gemacht werden, eine Arbeitsstelle ohne Zustimmung des Arbeitgeber zu verlassen. Nun sie es dennoch, so sollen sie ausgewiesen werden.

Die unter allen möglichen betrügerischen Vorpiegelungen nach Deutschland hinübergelockten Arbeiter Auslands, Oesterreichs, Italiens usw. sind also vollkommen rechtslos, sobald sie gegen das Verlangen ihrer Arbeitgeber sich auflehnen. Es ist bekannt und von Gutsbesthem selbst offen zugegeben, daß nach Deutschland verlockte ausländische Arbeiter von Großgrundbesitzern in ihren Rechten schwer gekränkt werden, und daß in vielen

Fällen die Besitzer die Kontraktbrüchigen sind. Nicht anders steht es mit Großindustriellen. Gewissermaßen als Prämie für den Kontraktbruch der Arbeitgeber muß die Neueinrichtung wirken. . . Sie soll offensichtlich ferner Streikbrecher, die unter betrügerischen Vorpiegelungen nach Deutschland verlockt sind, von Informationen durch ihre Arbeitsbrüder zurückhalten. Die ausländischen Arbeiter können danach nicht dringend genug davor gewarnt werden, sich nach Deutschland anwerben zu lassen, weil sie hier fortan fast vollkommen recht- und schutzlos sind!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar 1908.

### Kampf um Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Aus dem Reichstag. Bei Weiterberatung des Marinebudgets kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Frage, ob die Marineverwaltung mit den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen über Arbeitsbedingungen verhandeln solle.

In der Budgetkommission war unter Mitwirkung unserer Partei eine Resolution angenommen worden, die verlangt, daß die Marineverwaltung nur an solche Firmen Arbeiten vergeben dürfe, die in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften innehalten und falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben. Ferner solle die Marineverwaltung angewiesen werden, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

Aus dem letzteren Satze der Resolution war in der Kommission das Wort „Arbeiterorganisation“ gestrichen worden. Die Sozialdemokratie beantragte nunmehr, dieses Wort wieder hinzuzufügen, so daß also mit dieser Ergänzung der Reichstag sich dahin aussprechen würde, daß die Marineverwaltung in Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen eintreten solle.

Die Resolution in der Kommissionsfassung wurde von dem Zentrumsabgeordneten G. v. G. begründet, der nachwies, daß ähnliche Beschlüsse über die Notwendigkeit bei der Vergebung von Regierungsarbeiten den Unternehmern die Anerkennung von Tarifverträgen aufzuerlegen, bereits früher gefaßt wurden. Zum Schluß erklärte er für seine Partei auch die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrage.

Gegen die Resolution überhaupt sprach der konservative v. M. i. c. h. o. f. e. n., der darin einen unbedingten Angriff in die freie Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern entdeckte.

Genosse Ledebour vertrat den sozialdemokratischen Verbesserungsantrag. Er wies zunächst den von dem Admiral v. Tirpitz in der Kommission gemachten Einwand zurück, daß durch eine solche Bestimmung die den Arbeitern gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang verwandelt würde. Kein Arbeiter solle gezwungen werden, einer Koalition beizutreten, und alle bestehenden oder noch zu begründenden Arbeiterorganisationen sollen zur Teilnahme an den Verhandlungen berechtigt sein. Unverständlich sei es, wie von freisinniger Seite geltend gemacht werden konnte, daß man der Behörde doch nicht zumuten könne, mit Sozialdemokraten zu verhandeln. Dann dürfe sie auch nicht mit den Ausschüssen verhandeln, ja sie dürfe dann überhaupt keine Sozialdemokraten beschäftigen. Hoffentlich hätten die Herren von der Freisinnigen Partei sich das mittlerweile überlegt. Gätten sie nur irgend ein Mitglied der ihnen nahe stehenden Kirch- u. Dunderischen Organisationen gefragt, so würden sie zweifellos die Auskunft bekommen haben, daß unser Antrag im Interesse aller Arbeiter, aller Arbeiterorganisationen jedweder Richtung liege. Er hoffe deshalb, daß im allgemeinen Arbeiterinteresse auch die Freisinnigen für das Amendement stimmen würden.

Zur Beruhigung der Herren, die allerhand Unheil in dem Antrage witterten, wies Ledebour nach, daß in England seit dem Jahre 1891 das Unterhaus zuerst durch einen Beschluß die Sache in Fluß gebracht habe, sich die Anerkennung der Trade-Union-Bases (Gewerkschaftslöhne) durch die Regierungsbetriebe sowie die Praxis, den Unternehmern die Anerkennung dieser Löhne bei Regierungsverträgen aufzuzwingen, sich mit Erfolg zum Nutzen der Regierungsbeförden wie der Arbeiter und der Unternehmer durchgesetzt habe.

Gehe der Reichstag auf unseren Vorschlag ein, so werde das dazu beitragen, die rückständige Auffassung vieler Unternehmer, daß die Arbeiter nicht gleichberechtigt sein dürften, aus der Welt zu schaffen.

Der Abg. Semler sprach sich namens der national-liberalen Partei sowohl gegen die Kommissionsresolution wie natürlich auch gegen das sozialdemokratische Amendement aus, indem er versicherte, verschiedene Schiffbauunternehmen würden unter solchen Bedingungen (Anerkennung von Tarifen) konkurrenzunfähig werden.

Darauf sprach für die gesamte freisinnige Fraktionsgemeinschaft der Abg. Bachnick die Zustimmung zu der Kommissionsresolution aus, um dann in sehr gemündenen Redensarten die Aufnahme der Worte „und Arbeiterorganisationen“ abzulehnen. Seiner Ansicht nach könnten die Arbeiterausschüsse in den Marinebetrieben die Verhandlungen mit den Behörden ganz allein führen. Die Organisationen seien nicht dazu erforderlich. Zur Rechtfertigung der in der Kommission gefallenen freisinnigen Worte ging er zu einem Angriff auf die Sozialdemokratie über, die die Arbeiter nur ins Verderben führe. Die freien Gewerkschaften müßten sich von der Sozialdemokratie emanzipieren — kurz die alte Litanei, die bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern nur Heiterkeit erweckt.

Weit mehr soziales Verständnis bewies der christlich-soziale Herr Behrens, der sich allerdings nur für seine Person, nicht auch für die Wirtschaftliche Vereinigung, zugunsten der Resolution sowohl wie des sozialdemokratischen Amendements erklärte.

Ledebour kennzeichnete die Darlegungen Bachnicks als Verlegenheitsausreden, die nur die arbeiterfeindliche Abstimmung der Freisinnigen bemänteln sollten. Die Arbeiter aller Arbeiterorganisationen würden das als einen Schlag ins Gesicht empfinden.

Nachdem Herr Bachnick seinen Standpunkt abermals vertreten, die Identität der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften betont hatte, ergriff Genosse Hue das Wort. Seinen Darlegungen, daß auch die Kirch- u. Dunderischen Gewerkschaften Politik treiben, knüpfte er die Bemerkung an, er für seine Person stehe durchaus auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften; er wolle aber nicht verhehlen, daß innerhalb der Sozialdemokratie es Genossen gebe, die

eine weit innigere Verbindung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie anstreben.

Herr Dr. Mugdan machte darauf einen heftigen Angriff auf die Sozialdemokratie, der er vorwarf, daß sie das Arbeiterinteresse gar nicht bei diesem Antrage verfolge. Wie raffiniert sei vorgehe, zeige sich wieder darin, daß sie jetzt den Abg. Hue vorgehe, um von ihm die Neutralität der Gewerkschaften betonen zu lassen.

Ledebour wies diese Insinuation zurück, indem er feststellte, daß Hue keineswegs beauftragt sei, das Wort zu ergreifen, sondern auf seine eigene Verantwortung hin gesprochen habe. Mugdan habe ja früher schon seine Arbeiterfeindlichkeit hinreichend durch seine Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen erwiesen. Sein heutiges Auftreten stehe völlig im Einklang damit.

Da namentliche Abstimmung beantragt wurde, wurde die Abstimmung über die Resolution und das Amendement auf den folgenden Tag vertagt.

Im Verlauf der sonstigen Marinedebatte nahm noch Genosse Südekum im Einklang mit Herrn Erzberger vom Zentrum Anlaß, die Marineverwaltung darauf hinzuweisen, daß sie in den Gemeinden, wo Marinebetriebe bestehen, auf die Einführung der Wertzuwachssteuer hinwirken möge.

Zum Reichseisenbahnetat brachte Genosse Stolle die vielen Eisenbahnunfälle zur Sprache, die offenbar häufig auf Mängel im Betriebe zurückzuführen seien.

Der Präsident Schulz bestritt indes, daß da irgend welches Verschulden der Verwaltung sich nachweisen lasse.

### Die Herabsetzung der Zudersteuer.

In der Kommission, die zur Prüfung des Nachtrages zur Brüsseler Zuderkonvention am 30. und 31. Januar tagte, drehte sich die Erörterung fast ausschließlich um den Antrag Schwerin, der die Herabsetzung der Zudersteuer von 14 M. auf 10 M. für den Doppelzucker zur Vorbedingung der Zustimmung zu der Konvention machen will. Wie aus der ersten Lesung erinnerlich, hatte Graf Schwerin seinen Antrag verknüpft mit der Bestimmung, daß die eventuellen Einnahmeverluste durch Anleihen gedeckt werden sollten. Das war schon im Plenum verschiedenerseits für unzulässig erklärt worden. Der Antragsteller hatte deshalb zunächst seinen Antrag dahin geändert, daß der Erlaß des Einnahmeverlustes durch andere Verbrauchssteuern in Aussicht gestellt werde.

Der freisinnige Abgeordnete Wiemer beantragte dagegen eine Fassung, die zwar auch die Herabsetzung der Zudersteuer von 14 auf 10 M. forderte, aber der Regierung keine bindende Verpflichtung auferlegte.

In der Debatte wurde seitens der Konservativen, der National-liberalen und des Zentrums geltend gemacht, daß die Herabsetzung der Zudersteuer unbedingt notwendig sei, um der Zuderindustrie, der der auswärtige Markt durch den Nachtrag zur Konvention noch mehr beschränkt werde, einen Ersatz durch Vermehrung des Inlandkonsums zu schaffen. Die Regierungsvorrede wandte ein, der Einnahmeverlust sei zu groß, um die Herabsetzung der Steuer zu rechtfertigen. Es handle sich zunächst um einen wahrscheinlichen Ausfall von 20 bis 25 Millionen Mark.

Seitens verschiedener Vertreter der Kommission wurde daran erinnert, daß die Regierung schon 1902 eine Herabsetzung der Steuer in Aussicht gestellt habe. Ferner habe der Reichstag dreimal die Herabsetzung beschlossen und dennoch werde die Regierung auch jetzt wieder ein, sie könne dem nicht zustimmen.

Namens der Sozialdemokratie erklärte Genosse Ledebour, daß der Antrag Wiemer ganz zwecklos sei, da er der Regierung keine bindende Verpflichtung auferlege. Das sei aber nach den bisherigen Erfahrungen durchaus erforderlich. Die Herabsetzung der Steuer sei nicht nur im Interesse der Industriellen, sondern auch der Konsumenten erforderlich. Der Antrag Schwerin sei aber auch in seiner neuen Fassung für unannehmbar, da er mit einer neuen Verbrauchssteuer drohe. Es sei richtiger, die Frage, wie der Ausfall zu decken sei, hier völlig aus dem Spiele zu lassen. Uebrigens könne der Einnahmeverlust auch durch Ausgabenreduktion beglichen werden.

Um diesen Einwendungen entgegenzukommen, legte nunmehr Graf Schwerin am Freitag eine neue Fassung vor, die mit einer später aufgenommenen redaktionellen Änderung Savigny lautet:

Artikel 1. Die Zudersteuer wird spätestens vom 1. Oktober 1909 ab von 14 auf 10 M. von 100 Kilogramm Rein-gewicht herabgesetzt.

Artikel 2. Sollte vor dem 1. Oktober 1909 eine Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reichs erfolgen, welche eine Deckung des etwaigen Ausfalls an Zudersteuer sicherstellt, so soll die im Artikel 1 gebachte Herabsetzung der Zudersteuer auf die Ordnung des Bundesrats gleichzeitig mit dieser Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reichs stattfinden.

Artikel 3. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der Ratifikation des in Brüssel am 28. August 1907 zwischen dem Reich und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Vertrages in Kraft.

Der Reichsschatzsekretär erklärte, daß er zweifelhaft sei, ob nicht bei Annahme dieses Antrages die Regierung die Konvention scheitern lassen würde. Er erklärte sich für den Antrag Wiemer.

Trotzdem wurde der Antrag Schwerin mit der Mah-gabe, daß die Konvention nicht eher ratifiziert werden dürfe, als bis Bundesrat und Reichstag ihre Zustimmung zur Herabsetzung der Zudersteuer gegeben hätten, mit allen gegen drei freisinnige Stimmen angenommen.

Die Freisinnigen erwiesen sich in der Zuderfrage also als die einzige regierungstreue Partei.

### Justizallerlei im Dreiklassenhause.

Die Geldadverlorenen in der Prinz-Albrecht-Straße stellten am Freitag den Justizetat in zweiter Lesung fertig. Nachdem Tesse-dorffs „Geist“ in den vorigen Sitzungen sich ausgetobt, blieb — beim grundsätzlichen Ausschluß jeder Kritik der Klassenjustiz in diesem Klassenhause — nur noch eine längliche Auslese übrig. Innerhalb trieb die Reaktion noch ein paar wußtstunde Blüten. Der Zentrumsmann Dahlem begeisterte sich für Einschränkung des Armenrechts. Sehr hüßlich von einem Vertreter der Vorzeit, die Erzberger in hohen Tönen als christliche Volkspartei gefeiert hat. Der Abg. Wacusch-Schmidlein erzählte ein an sich nicht ableses Stückchen, wie er den Fiskus genötigt hat, einer zu Unrecht eingeperrten alten Frau 15 M. zu bezahlen; eigentlich handelte es sich um 18 M., aber 3 M. ist der Fiskus noch schuldig geblieben. Das Stückchen ist bezeichnend für die schändliche Fügigkeit des Fiskus. Uebrigens kann Herr Wacusch-Schmidlein seinem Schöpfer auf den Arnen danken, daß seine freikonservative Parteistellung ihn vor jedem Verdachte böswilligen Vorbedachts schützt; ein Sozialdemokrat wäre er dem Schicksal nicht entgangen, vom Staatsanwalt wegen „Erpressung“ beim Schlaftrinken genommen zu werden.

Neuerlich erbautlich für die freisinnigen Modbrüder der Konser-vativen, insbesondere für die Rosenow und Cassel, mag das frühlige

Judenschnoren gewesen sein, dem sich die Konserbation noch aller Gewohnheit wieder einmal hingab. Dr. Arendt beteiligte sich übrigens nicht daran.

Am Sonnabend wird über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung geschichtbeurteilt. —

### Wer schwindelt?

„Frecher Schwindel“, „plumper und maßloser Entstellung“ soll sich der „Vorwärts“ nach Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“ wieder einmal schuldig gemacht haben. Und zwar dadurch, daß er in der Erörterung der politischen Forderungen, die der Generalrat der Gewerbevereine am letzten Sonnabend programmatisch aufgestellt hat, den Nachweis führte, daß die Hirsch-Dunderscheren Gewerbevereine für den Freisinn nicht eintreten könnten, wenn sie es mit der Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für den Staat und die Gemeinden, der Beseitigung aller indirekten Steuern usw. ernst meinten. Habe doch der Freisinn durch seine Blochhandlangerdienste sowohl den Kampf für die preussische Wahlreform als auch die ernsthafte Opposition gegen den agrarischen Zollwucher die Grenzprotektionen usw. aufgegeben. Sollen das etwa „plumpe und maßlose Entstellungen“ sein. Nur nicht nur die Herren Barth und Breitscheid haben genau das selbe erklärt, nicht nur Herr Pachnide hat zugestanden, daß sich mit der Blochpolitik ein ernsthafter Kampf gegen das Agrarierturn nicht vertrage, sondern die Taten des Freisinn während der Blochära haben unsere Behauptungen tausendfach bestätigt!

Oder ist es „frecher Schwindel“, daß der Freisinn von der von den Hirsch-Dunderscheren geforderten Gleichberechtigung der Arbeiter in den Gemeinden grundsätzlich nichts wissen will? Will etwa die „Freisinnige Zeitung“ das Gegenteil behaupten? Wir bezweifeln wirklich, daß sie dazu den Mut finden wird!

Aber der Freisinn mag fortfahren, den Liberalismus zu entwürzen, um die Geschäfte der Reaktion zu besorgen, wie er das im letzten Jahre getan hat und wie das auch heute wieder im Reichstage die Herren Pachnide und Mugdan zur Enttäufung selbst christlicher Gewerkschaftsvertreter und Parlamentarier fertiggebracht haben! Um so rascher wird er den letzten Arbeiter aus seiner Gefolgschaft vertreiben! —

### Der Kölner Anarchistenprozess.

Aber dessen Vorgeschichte wir bereits in Nr. 17 berichtet haben, beschuldigte gestern die Kölner Strafkammer. Angeklagt waren fünf Männer und eine Frau, durch Verbreitung der antimilitaristischen Broschüre „Soldatenbrevier“ zum Ungehorsam gegen die Weisung aufgefordert, sowie verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufgeleitet“ zu haben. Um die Verbreitung zu erleichtern, ist in London gedruckte Broschüre so ausgestattet, als sei sie im „Verlage des Kriegsministeriums“ in Berlin erschienen. Der Deckel ist schwarz, weiß, rot, zeigt das Reichsapfel und die Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland“. Die Broschüre, die ursprünglich „Soldatenfreund“ hieß, wurde am 1. Februar 1907 vom Berliner Amtsgericht konfisziert und am 8. Juli durch Urteil eingezogen. Der in Wien geborene, in Arnheim (Holland) ansässige Tischler Alfred Hörmann soll die Broschüren von London bezogen und durch holländische Zolalarbeiter, die in Emmerich beschlagnahmt waren, über die deutsche Grenze geschafft haben. Die anderen in Köln anhängigen Angeklagten sind der Verbreitung oder der Beihilfe beschuldigt.

Während der Verlesung der Broschüre durften nur die Vertreter der Presse im Gerichtssaal bleiben. Hörmann gibt zu, 500 Stück über die Grenze geschafft und 30—40 Stück dem Angeklagten Tischler Tag Luge gegeben zu haben. Er macht überhaupt umfassende Angaben über seinen Verkehr mit den anderen Angeklagten, die er zum Teil befehlet. Als Anstifter bezeichnet er den im Auslande befindlichen anarchischen Schriftsteller Nacht, auch Koller genannt, der auch die Broschüre geschrieben haben soll. — Auch der Tischler Luge ist bei der Vernehmung sehr mitteilbar. Er sagte, im November sei in einer Sitzung der „Föderation“ beschlossen worden, die Broschüre von London kommen zu lassen, um sie in Berlin gelegentlich der wegen des Liebesrechts-Prozesses abgehaltenen Protestversammlung zu verteilen. Die Verteilung habe aber nicht stattgefunden. Luge befehlet den Angeklagten Schuhmacher Feder und den schlüssigen Mitangeklagten Schuhmacher Georg Kunze. Endlich befehlet auch der Angeklagte Gemeinderat Wilhelm Busch den Pauker Karl Loh.

Vermittelt wurden: Hörmann und Luge zu je 10 Monaten, Feder wegen Beihilfe zu 5 Monaten, Loh wegen Begünstigung zu 3 Monaten. Busch und Frau Loh wurden freigesprochen. —

### Die „hochanständige“ Germania.

Die „moralische“ „Germania“, das Hauptblatt des Zentrums, rächt sich für unferen Nachweis, daß das Zentrum in der Wahlrechtsfrage ein frivoles doppelzüngiges Spiel treibt, dadurch, daß sie allerlei perfide, verlogene Notizen über die sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstration erfindet. So enthält z. B. ihre letzte Nummer folgende Notiz:

Seinen Verlesungen erliegen ist der 25 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Ullrich aus der Petersburger Straße, der am Sonntag vor acht Tagen (gelegentlich der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen) von dem Kriminalschuttmann Steife, den er vor dem „Elysum“ in der Landsberger Allee lässig angriff, in der Notwehr mit der Browningpistole in den Unterleib geschossen wurde. Er starb jetzt im Krankenhaus am Friedrichshain. Steife, der auf den Kopf geschlagen und auf die Brust getreten wurde, ist noch krank und dienstunfähig.

Wir finden es in Anbetracht der eigentümlichen Moral des Blattes ganz begreiflich, daß es zu derartigen Fälschungen greift; aber wenn ihm auch nicht seine Begriffe von Anstand solche Entstellungen verbieten, dann sollte es wenigstens die Klugheit von derartigen Leistungen zurückhalten.

Erstens haben am Sonntag vor acht Tagen, also am 19. Januar, nirgends Demonstrationen in Berlin stattgefunden, was die „Germania“ selbst in ihrer Nummer vom 21. (Beilage, erste Seite, dritte Spalte) bezeugt, zweitens aber hat auch am roten Sonntag, den 12. Januar, weder im „Elysum“ eine Versammlung stattgefunden, noch ist daselbst irgend ein Zusammenstoß mit der Polizei vorgefallen. Der „Arbeiter“ Ullrich ist denn auch nicht gelegentlich der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen“ verurteilt worden, sondern gelegentlich einer Rauferei zwischen Personen, die wegen Streitigkeiten aus dem Tanzlokal „Elysum“ hinausgeworfen worden waren. Die „Germania“ berichtet selbst darüber in Nr. 18 vom 21. Januar:

Drei Personen durch einen Kriminalbeamten niedergeschossen. Zu einem blutigen Kampf kam es in der Nacht zum Montag vor dem Hause Landsberger Allee 41, in welchem sich das bekannte Tanzlokal „Elysum“ befindet. Als der in demselben Hause wohnende Kriminalschuttmann Otto Stölzel, gegen 1/2 12 Uhr nachts vom Dienst kommend, sich nach seiner Wohnung begeben wollte, bemerkte er, wie ein Mann aus dem Tanzlokal hinausgeworfen und auf der Straße von mehreren Personen mißhandelt wurde. Der Beamte leistete dem Bedrängten Hilfe

und es gelang ihm auch, den Mann aus den Händen seiner Peiniger zu befreien. Nun aber richtete sich die Wut der Angreifer auf St. und einer der Durcheinander verlegte dem Kriminalschuttmann mit dem Rufe: „Verdammt blauer S...“ mit einem Stock einen detarrigen Hieb über den Kopf, daß dieser zusammenbrach. Dann schlugen die Rowdies noch mit Gummischläuchen auf den Schuttmann ein. Als dieser drohte, von seinem Revolver Gebrauch machen zu wollen, trafen die Angreifer mit Füßen auf den Beamten, so daß dieser gezwungen war, tatsächlich die Schutzwaffe zu ziehen und mehrere Schüsse auf die Rowdies abzugeben. Drei derselben wurden durch die Kugeln getroffen. Dem Hauptangreifer, dem Arbeiter Neger, drang ein Geschoss in den Unterleib und verletzete ihn so schwer, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt werden mußte. Eben dahin mußten auch zwei andere Raufbolde gebracht werden, die durch Schüsse in den Bauch resp. rechten Oberarm schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Wunden davongetragen hatten.

Wie gesagt, wir begreifen, daß die „Germania“ sich in solcher perfiden Weise rächt; aber eine derartige Plumpheit der Fälschung haben wir ihr bisher nicht zugetraut.

### Preussische Inquisition.

Die „Fälle Pfannkuche“ häufen sich. Zuerst hat der liberale Pfarrer in Osnabrück die Frommen im Lande gegen sich aufgebracht durch seine auf dem jüngsten Hannoverschen Pfarrertag vertretene Forderung auf radikale Beseitigung des Gotteslästerungsparagraphen.

Dann hat er es durch seine Stellungnahme gegen die gelbe „Gewerkschaft“ der Firma Hammerstein u. Comp. in Osnabrück mit den Geldhabscheulen verbrochen. Das hat ihm jetzt richtig zu der Ehre einer „amis-brüderlichen Zwiegespräch“ mit dem aus Hannover herbeigeeilten Generalsuperintendenten verholfen. Die Osnabrücker Bourgeois sind bekanntlich in kirchlichen Dingen intensiv „liberal“ und mögen die storkatholische Kirchenbehörde nicht leiden; wenn sie sich ihrer aber zum Schutze des Geldbeutelbedienen können, so rufen sie ohne Besinnen auch ein hohes königliches Konsistorium gegen den liberalen Pastor zu Hilfe.

Nach den gelben Kapitalisten hat jetzt eine staatliche Inquisition „Aergernis genommen“ an dem gar zu lehrerischen Pfarrer, den abermals ein Büffel ereilt. Pfannkuche hatte im Osnabrücker Lehrverein über „Die Ergebnisse der neueren Forschungen zum alten Testament und die daraus sich ergebenden Forderungen“ geredet. Der Vortrag enthielt nichts, was einem halbwegs modernen Gebildeten neu ist, daher war er natürlich Gift für die Untergebenen des nachstündlichen Regimentis. Die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, nahm also mit völlig unbureaucratischer Promptheit „Anstoß“, da das Auftreten des Pfarrers Pfannkuche „geeignet sei, große Verwirrung unter den Lehrern (!) und schwerste Unruhe unter den Eltern hervorzurufen“. Das Konsistorium zu Hannover schloß sich der Auffassung der Regierung gefolgt an. Es erfolgte eine Verurteilung ohne Verhör und Verteilung, wie sie sich nur noch evangelische Geistliche in Preußen gefallen lassen müssen. Das Urteil brüht das „ernste Mißfallen“ des hohen Konsistoriums aus und ersucht den Pastor Dr. Pfannkuche, seine „Schulmeinungen“ nicht weiter in der Öffentlichkeit zu verbreiten. — Es ehrt den Osnabrücker Lehrverein, in dessen Mitte jener Vortrag gehalten wurde, daß er der Anmaßlichkeit der Behörde Trotz bietet und sich die „Schulmeinung“ Pfannkuches zu eigen macht. Es wurde im Verein festgesetzt, daß der Vortrag bei keinem Hörer „verwirrend“, sondern in jeder Beziehung klärend gewirkt habe.

Der Osnabrücker Lehrverein hat eine Denkschrift an die Landesbehörde gerichtet, worin eine „zeitgemäße Reform“ des Religionsunterrichts erstrebt wird. Zu der reinlichen Konsequenz der völligen Trennung von Schule und Kirche können sich diese Lehrer noch nicht duräringen. Immerhin bekennt es in Preußen schon einen gewissen Mut, wenn Volksschullehrer sich nicht mehr zur Heuchelei vor ihren Schülern zwingen lassen wollen. Auch Pastor Pfannkuche soll nicht gewillt sein, sich von einer hohen geistlichen Behörde des Dreiklassenstaates wie ein Schulbube abtrüffeln und den Mund verbieten zu lassen. Die zahlreichen „intellektuellen“ Loren aber, die sich von den „nationalen Wahlen“ und der Ersetzung Studis durch einen anderen Juristen und Respektvoller die liberale Morgenröde versprochen, erfahren abermals, daß die preussische Reaktion mit jedem Tage dreißter wird!

### Besorgte Ordensjäger.

Der „Freisinnigen Zeitung“ kann es die Sozialdemokratie nie recht machen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte Herrn Dr. Breitscheid wegen seiner monotonen Haltung in der Wahlrechtsfrage das Zeugnis ausgestellt, daß er ein „wirklicher Liberaler“ sei. Da meint nun die „Freisinnige Zeitung“, der Liberalismus Breitscheids könnte „nicht ärger kompromittierter“ werden, als durch solches Lob aus sozialdemokratischem Munde.

Der Gesinnung der Müller-Sagan und Wiemer ist ja bekanntlich ein anderer als der Breitscheids. Während dieser auf die Anerkennung demokratischer Elemente Wert legt, renommieret die „Freisinnige Zeitung“ damit, daß sie sich bei „Reichsbehörden“, ja sogar an „höchsten Stellen“ besonderen Ansehens erfreut!

Aber davon abgesehen. Das Wiemerblatt pflegt doch stets darüber zu greinen, wenn einen Freisinnigen von sozialdemokratischer Seite Verrat der liberalen Prinzipien vorgeworfen wird. Wenn sich aber wirklich noch ein paar Freisinnige finden, denen die Sozialdemokratie eine Anerkennung aussprechen kann, so ist es Leuten von der „Freisinnigen Zeitung“ auch nicht recht! Aber die Müller-Sagan, Wiemer, Köpff, Pichard und Konjorten mögen sich beruhigen: ihrem Ansichten an „höchsten Stellen“ wird die sozialdemokratische Presse sicherlich niemals durch kompromittierliches Lob schaden! Soweit es an und liegt, wollen wir die Hoffnungen der beim heutigen Ordensfest übergangenen Freisinnsmänner, auch noch einen roten Adlerorden 4. Klasse zu erwischen, wahrhaftig nicht zu schanden machen! —

### Zentrums-Konsequenz.

Die „Essener Volkszeitung“ bringt in ihrer Nr. 24 vom 30. Januar eine Stelle aus einer Wahlrechtsrede, die Genossin Jettin in Berlin gehalten hat. Genossin Jettin führte darin aus, das kämpfende Proletariat Palows Herausforderung annehmen und sich durch seine Drohungen nicht scheuen lassen; der Kampf ums Wahlrecht erfordere Opfer, er werde vielleicht lange dauern, aber es gebe kein Jurid auf der beschrittenen Bahn, an deren Anfang die Demonstration, an deren Ende vielleicht der Waffenstillstand stehe.

Hierzu bemerkt das Essener Zentrumsblatt: „Derartige revolutionäre Kornebalsreden lassen die Frage angeeignet erscheinen, ob nicht für solche Rednerinnen eine leichte Kallwasserbehandlung zweckmäßig sei. Andererseits muß immer wieder auf die Schädigung hingewiesen werden, die der Wahlrechtsfrage dadurch erwächst.“

Nun liegt der „Essener Volkszeitung“ ein Unterhaltungsblatt bei: „Die Zeit in Wort und Bild“. Diese brachte in Nr. 4 vom 28. Januar ein Bild, das sechs Frauenrechtlerinnen darstellt, wie sie Plakate mit der Wahlrechtsforderung durch die Straßen von London tragen. In dem begleitenden Text heißt es:

„Die Energie, mit der die Frauen in England für die Einführung des Frauenstimmrechts kämpfen, ist entschieden bewundernswert, wenn auch die Mittel, die sie zur Erreichung ihres Zieles anwenden, nicht immer nach unserem Geschmack sein mögen. Der Verlauf der Frauenbewegung in England hat eben gezeigt, daß mit einer lediglich doktrinarischen Politik in dieser Frage, wie sie von den ersten, vor etwa vierzig Jahren entstandenen Frauenvereinen befolgt wurde, kein Erfolg zu erzielen ist. Erst seitdem die englischen Frauen nach dem Rat und Vorbild einer ihrer leitendsten Führerinnen, Mrs. Christabel Pankhurst, eine kriegerische Taktik anwenden und auf jede mögliche Weise, gelegentlich selbst unter bewußter Verletzung des Gesetzes, öffentlich für ihre Sache demonstrieren, hat diese wesentliche Fortschritte gemacht, und da im Unterhause eine große Mehrheit der Wahlrechtsfrage freundlich gesinnt ist, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß diese in absehbarer Zeit eine den Wünschen der Frauen günstige Lösung finden wird.“

Also: Wenn in Deutschland eine sozialdemokratische Frau für die Wahlreform eintritt und dabei noch mit keinem Schritt den Weg des Gesetzes verläßt, so gebührt ihr dafür eine Kaltwasserbehandlung, d. h. sie ist verrückt. Wenn aber englische Frauenrechtlerinnen für das Wahlrecht demonstrieren und dabei eine kriegerische Taktik, selbst unter Verletzung des Gesetzes, anwenden, so ist das bewundernswert. Und dieses Geschwätz nennt sich dann ultramontane Konsequenz! —

### Klerikale „Radaubruder“.

Johannes Zusangel, ehemals Zentrumsabgeordneter, ist bekanntlich von seiner Partei abgesetzt worden. Man hat ihn bei der letzten Reichstagswahl durch einen jungen Arbeitersekretär aus seinem alten Wahlkreis verdrängt. Ihn aus dem Provinzialauschuß der westfälischen Zentrumsparlei entfernt und schließlich seinem Blatt, der „Westdeutschen Volkszeitung“, den Charakter als Zentrumsorgan aberläßt. Jetzt verweigert man Herrn Zusangel sogar für seine Versammlungen die Zentrumslokale. Seine Anhänger in Haspe bei Hagen wollten eine Versammlung im „Konstantia“-Saale abhalten, aber das Lokal wurde ihnen nicht bewilligt. Was nun weiter geschah, schildert die „Westdeutsche Volkszeitung“ wie folgt:

„Wir als katholische Bürger von Haspe, Freunde des Herrn Zusangel, hatten diesen gebeten, er möge nach 15jähriger Tätigkeit im hiesigen Wahlkreis seinen Anhängern einen Vortrag halten. Wir haben denn auch eine imposante Versammlung abgehalten und das trotzdem von den Gegnern Zusangels im katholischen Vereinshaus der Volksverein für das katholische Deutschland eine Versammlung einberufen hatte. Herr Zusangel hatte seinen Vortrag beendet; er war von der Versammlung mit der allergrößten Ruhe angehört worden. Die Diskussion hatte in aller Ruhe begonnen und unsere Tagesordnung war bereits erledigt, da hatten die Macher im Volksverein in ihrem Lokale Schluß gemacht und stürzten wie eine Reute in unsere ruhige Versammlung, um zu skandalisieren. Lärm zu schlagen, mit einem Worte, um unsere Versammlung zu sprengen. Es blieb deshalb dem nachhaltenden Beamten nichts anderes übrig, als unsere Versammlung aufzulösen. Dieser Schandfleck wird am katholischen Volksverein in Haspe hängen bleiben. Also darum zählt der katholische Arbeiter für den Volksverein 1 R., damit Radaubruder gezüchtet werden.“

Die Radaubruder und ihre Gönner, das sind dieselben Leute, die nicht genug über „sozialdemokratischen Terrorismus“ aetern können.

### Drohungen gegen Straßendemonstrationen.

Solingen, 31. Januar.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Eine sozialliberale Protestversammlung von 1500 Teilnehmern, in der Hoff-Miel referierte, löste eine scharfe Protestresolution gegen die Wahlrechtsverweigerung und gegen Palow. Der Saal war polizeilich gesperrt, die Sozialdemokraten waren stark vertreten. Mehr als tausend Demonstranten zogen nach Schluß durch die Hauptstraße und vor das Rathaus. Der Oberbürgermeister droht bei Fortdauer der Demonstrationen mit der Schließung des Gewerkschaftshauses und Verhängung der Polizeistrafen. Die Drohung ruft starke Erregung hervor.

### Klassenjustiz.

Der „Deutsche Holzarbeiter“, ein christliches Gewerkschaftsblatt, stellt in seiner letzten Nummer Betrachtungen über unsere Rechtsprechung an. Das Blatt findet, daß die heutige Rechtsprechung an den ordentlichen Gerichten nach der sozialen Seite arg im Rückstande ist, daß sie „weder das praktische Leben mit seinen vielfältigen Dingen, noch soziale Standesbedingungen, noch das sittliche Empfinden der breiten Volksschichten kennt, die die Träger des wirtschaftlichen Lebens sind“. Um das zu beweisen, greift das Blatt die Rechtsprechung während eines Streiks oder einer Lohnbewegung heraus:

„Der Arbeiter, der weiß, unter welchen Nöten sein Stand leidet, wird es als größte Schmach betrachten, seinem Stande Hindernisse im Kampfe um seine Vorsehung in den Weg zu legen. Wie der Patriot den Vaterlandsverrat haßt, so ist auch der Arbeiter von Vitterkeit erfüllt, wenn er sieht, wie die Tugend der Solidarität von seinem Standesgenossen verworfen wird... Über während der Vaterlandsverrat vor aller Welt gebrandmarkt wird und eine harte Strafe ihn trifft, ist es dem Arbeiter nicht erlaubt, den Verrat an seinem Stande mit den richtigen Worten zu kennzeichnen. Wehe dem, der einen Streikbrecher einen Streikbrecher nennt. Dann wird das Gericht denjenigen bestrafen, der den Vorwurf erhoben hat. Solche Rechtsprechung ist keineswegs danach angetan, das sittliche Empfinden des Volkes zu kräftigen und soziale Tugenden auszubilden; sie stärkt nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit des einzelnen, sondern bedeutet eine Prämierung der sozialen Untugenden und erzüchtet Charakterlosigkeit.“

### Wahlrechtsagitation in Mecklenburg.

Unser Rostocker Parteiorgan, die „Mecklenburgische Volkszeitung“ führt jetzt eine scharfe Agitation für Verfassungsreform und allgemeines Landtagswahlrecht. Die Donnerstagsnummer der „Volkszeitung“ trägt in großen Lettern folgende Kopfzeile:

**Nur ein Büffel** kann sich gegen eine zeitgemäße Reform der Verfassung wenden! Auf zur Agitation für das allgemeine Landtagswahlrecht!

### Nachwehen vom Gorden-Prozess.

Vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division hatte sich gestern der Einjährigfreiwillige Jacoby, der Sohn eines hiesigen Fabrikanten, vom 1. Garde-Monarenregiment wegen Verleumdung des Regiments der Gardebataillon in Potsdam zu verantworten. Die Anklage stützt sich auf einen Vorgang, der sich in der Wohnung der Eltern des Angeklagten abgespielt hat. Das Dienstmädchen der Eltern des Angeklagten ist mit einem Unteroffizier des Regiments der Gardebataillon verlobt. Als Jacoby dies gelegentlich eines Besuchs in der elterlichen Wohnung in Erfahrung brachte, ließ er sich dem Dienstmädchen gegenüber zu einer Verhörung hinreihen, die sich auf die Vorgänge, die in den beiden Prozessen gegen Maximilian Gorden und gegen die Grafen Hohenau und Lynar behandelt wurden, bezieht und die an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden kann. Das Dienstmädchen erzählte dies beim nächsten Zusammentreffen ihrem Bräutigam und durch den letzteren kam es zu Ohren der Offiziere. Im Namen des Offizierkorps des Regiments stellte daraufhin der Regiments-

kommandeur Herr Freiherr v. Nidhosen gegen den Einjährigen Strafantrag wegen schwerer Beleidigung.  
Western fand vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division in Potsdam die Verhandlung in der Beleidigungssache statt. Sie wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Auf Grund der Weisungsaufnahme kam der Gerichtshof zu einer Verurteilung des Angeklagten. Er erkannte auf eine Mittelarreststrafe von drei Wochen.

### Ein objektiver Richter.

Das Gewerkschaftsartikel in Schmölln hat an den dortigen Amtsrichter Schuster folgendes „Offenes Schreiben“ gerichtet: „Nach einer von einer ganzen Reihe absolut einwandfreier Drogenzeugen und gemachten Mitteilungen haben Sie, Herr Amtsrichter, in der Schöffengerichtsverhandlung vom 21. Januar gelegentlich einer Berufungssache bei der Urteilsbegründung gesagt: „Es ist dem Gericht längst bekannt, daß zwischen den organisierten Arbeitern und den nichtorganisierten Arbeitern ein heftiger Streit besteht. Es kommt einem organisierten Arbeiter selbst auf einen Meineid nicht an.“ Das unterzeichnete Gewerkschaftsartikel, als die berufene Vertretung der hiesigen organisierten Arbeiterkraft, weist diese Äußerung als eine Beleidigung, wie sie schwerer und verletzender nicht erhoben werden kann, mit aller Entschiedenheit zurück. Diese Unterstellung setzt eine Niedrigkeit des sittlichen und moralischen Empfindens seitens der erdrückenden Mehrheit der hiesigen Arbeiterschaft voraus, gegen welche wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. Wir bewundern zwar die lächliche Sicherheit, mit welcher Sie diesen Grundsatze aufstellen. Aber wir müssen Ihnen, Herr Amtsrichter, jede Legitimation absprechen, in dieser absälligen Weise über die organisierten Arbeiter zu urteilen, inwiefern wir Sie, Herr Schuster, trotz Ihrem Amte, nicht als unerschütterliche Macht betrachten, welcher gestattet wäre, was anderen Sterblichen verboten ist. Daß ein solcher Anspruch nicht geeignet ist, unser Vertrauen zu Ihrer Rechtsprechung sonderlich zu erhöhen, dürfte vielleicht Ihnen selbst einleuchten. Da es aber des Landes Brauch ist, Behauptungen nicht nur aufzustellen, sondern auch zu beweisen, so erwarten wir, daß Sie, Herr Amtsrichter, sich beeilen werden, diese Ihre Äußerung in genügender Weise zu begründen.“ Ob der Herr Amtsrichter antworten wird? —

### England.

#### Die Debatte über die Arbeitslosigkeit.

In der Adreßdebatte haben die Vertreter der Arbeiterpartei MacDonald und Curran einen Antrag eingebracht, der die Regierung angreift, weil sie keine Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit vorgeschlagen hat. Der Minister Burns, der frühere Sozialist, verteidigte die Regierung:

Er sehe keinen Grund für die von einigen Rednern ausgesprochenen trüben, pessimistischen Ansichten bezüglich der gegenwärtigen sozialen und industriellen Lage Englands. Er bestritt, daß die Frage der Arbeitslosigkeit jeden Tag ernster würde. Zum weiteren Verlaufe seiner Rede bestritt Burns die Behauptung, daß die wirtschaftliche Lage in Berlin besser sei als in London. Was die Gesundheits-, Lohn-, Miets- und Unterhaltsverhältnisse anbelange, so sehe London besser da als Berlin. Nachdem Redner noch auf verschiedene Maßnahmen hingewiesen hatte, welche die Regierung zur Verbesserung der Lage bereits ergriffen habe oder einzuführen beabsichtige, wurde das von MacDonald beantragte Amendement mit 195 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Zu der Minderheit gehörten die Mitglieder der Arbeiterpartei, die Nationalisten und einige Unionisten.

Die Regierung hat also nur eine Majorität von 49 Stimmen erzielt und die Arbeiterpartei, deren Vertreter den Tadelstrich überaus wirkungsvoll begründeten, damit bewiesen, daß ihre Macht im Parlament immer mehr wächst. —

### Portugal.

#### Die Diktatur.

Lissabon, 31. Januar. Das Erscheinen der beiden Blätter „Correio da Noite“ und „Dia Paiz“ ist auf 30 Tage untersagt worden.

Lissabon, 31. Januar. Ein Leutnant von der Polizeiverwaltung und mehrere andere Personen wurden heute morgen festgenommen. Die Polizei ist geplante Stundgebungen auf die Spur gekommen. Es wurde in mehreren Wohnungen Hausdurchsuchung gehalten und dabei Waffen und Munition entdeckt.

Lissabon, 31. Januar. Amtliche Meldungen besagen, daß trotz der heftigen Agitation der Republikaner und Progressisten die revolutionäre Bewegung keinerlei Fortschritte mache und daß die Ruhe und Ordnung im Lande in keiner Weise gefährdet sei.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

**Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem deutschen Reichstage.** In wenigen Tagen erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin unter diesem Titel die Rede des Genossen Fischer nebst der Erklärung des Reichstagslers zu dieser Frage. Die Broschüre ist für die Massenverbreitung bestimmt und bittet der Verlag um möglichst baldige Aufgabe der Bestellung. Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts sind soeben erschienen:

**Alkoholfrage und Sozialdemokratie.** Referat auf dem Parteitag in Essen 1907. Mit einem Anhang. Von Emanuel Wurm. Preis 1 M., Agitationsausgabe 30 Pf.

Der Parteitag in Essen hatte beschlossen, das Referat des Genossen Wurm als besondere Broschüre herauszugeben. Wurm hat aber der Broschüre herausgabe einen Anhang beigelegt, in dem einzelne, im Referat nur kurz gestreifte Stellen ergänzt und erläutert sind. Die Broschüre hat damit auch Interesse für diejenigen Genossen, die das Protokoll besitzen. Entfällt doch der Anhang reichhaltiges Material zur Beurteilung der Alkoholfrage.

**Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt und Landwirtschaft.** Unter diesem Titel ist soeben ein neues Heft der Sozialdemokratischen Flugblätter herausgegeben. Preis 10 Pf.

Der Verfasser zeichnet in kurzen Strichen die wirtschaftliche Lage der technischen Angestellten. Er weist nach, daß deren Lebenslage keine bessere, eher eine schlechtere ist als die der gewerblichen Arbeiter und daß sie nur durch die Gesetzgebung gebessert werden kann, solange die Angestellten nicht den Weg der Selbsthilfe durch die gewerkschaftliche Organisation zu betreten wagen. Der Verfasser schildert dann die Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien in dieser Frage und liefert den Nachweis, daß nur die Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen nach befähigt ist, die Interessen dieser Berufsstände, wie aller Angestellten und Arbeiter wahrzunehmen.

**Geschichtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. Julian Marcuse. Heft 15 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek, herausgegeben unter Leitung von Dr. Jabel. Preis 20 Pf.

Die Schrift soll den Eltern die geschichtliche Erziehung ihrer Kinder erleichtern.

**Aus den Organisationen.** Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Dem Bericht des Vorstandes zufolge ist die Mitgliederzahl im Laufe

des verfloffenen Jahres von 3762 auf rund 5000 gestiegen. Die Jahreseinnahmen betragen 26 715,35 M. gegenüber 15 118,60 M. Ausgaben. An den Vorstand in Berlin wurden 2900 M. gesandt. Flugblätter wurden in einer Zahl von 322 000 Exemplaren verbreitet. Die öffentlichen Versammlungen — 27 an der Zahl — waren alle gut besucht. Die „Vollstimme“ zählt zurzeit 22 000 Abonnenten. Die Versammlung beschloß, das Geschäftsjahr des Vereins statt von Neujahr zu Neujahr vom 1. Juli bis Ende Juni laufen zu lassen und den Beitrag, entsprechend einem Beschlusse des Bezirksrates, vom 1. Juli d. J. ab auf zehn Pfennig wöchentlich zu erhöhen.

Im 11. badischen Reichstagswahlkreis (Mannheim) ging im 4. Quartal 1907 die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins von 6217 auf 6083 zurück. Der Bericht des Vorstandes führt als Grund an, daß infolge der niedergehenden Konjunktur eine Abwanderung der Arbeiterschaft aus den industriellen Gegenden des Wahlkreises stattfindet. Trotzdem hat sich die Zahl der „Vollstimme“-Abonnenten von 12 120 auf 12 472 erhöht.

Im November fanden Lehrkurse statt, in denen die Genossen Wötter über „Arbeiterversicherung“, Dr. Frank über „Reichsverfassung“ und Emil Maier über „Gewerkschaftsbewegung“ sprachen. Es nahmen daran durchschnittlich 43 Genossen teil. Die Zahl der Gemeindefürer hatte 66 betragen.

Der Wahlverein Stettin hatte im Jahre 1907 eine Einnahme von 9093,80 M., eine Ausgabe von 8968,46 M., der Bestand beträgt 125,34 M. Die Mitgliederzahl ist in langsamem, aber stetigem Steigen begriffen.

Eifrige Agitation für das Parteiorgan betreiben zurzeit die Wiener Arbeiter. Nach Verbreitung einer vorzüglich zusammengestellten Agitationsnummer der „Arbeiterzeitung“ haben Sammler am letzten Sonntag 6000 neue Abonnenten gewonnen. Allein im Bezirk Favoriten wurden 1300, in Ottakring 1130 neue Leser gewonnen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Strafsankt der Presse.

Essen, 31. Januar.

(Privatdepeche des „Vorwärts“.)

Die Strafkammer verurteilte den Genossen Wilh. Ostkamp von der „Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung des städtischen Bureaudirektors Draeger und der Stadtverwaltung durch einen Artikel über die Mißstände der Stadtverwaltung zu drei Wochen Gefängnis. Die Begründung sagt, daß der Angeklagte beabsichtigte, die Leser der „Arbeiterzeitung“ aufzuregen und sie zur Nichtstimmung gegen die Stadtverwaltung zu reizen.

Aus der Staatspension wurde am Freitag Genosse Martewitz vom „Vollblatt“ zu Wühlhausen i. Th. entlassen. Er hat dort vier Wochen wegen angeblicher Beleidigung des deutschen Reichstagslers zugebracht.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Vereinigung der Zimmerer Deutschlands!

Achtung, Mitglieder! Nach dem Beschluß der siebenten Konferenz vom 1. und 2. Dezember 1907 ist die unterzeichnete Geschäftsleitung beauftragt, den

#### Anschluß an den Zentralverband der Zimmerer

zu veranlassen. Zur Ausführung dieses Beschlusses sind mit den Zentralinstanzen des Verbandes am 19. Dezember v. J. folgende Uebereinkünfte vereinbart:

1. Die Mitglieder der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands treten als vollberechtigte Mitglieder in den Verband über. — Vollberechtigt im Sinne des Verbandsstatuts.

Dennoch erhalten die Mitglieder der Vereinigung vom Tage des Uebertritts ab das Recht auf Streikunterstützung, Genossenschaftsunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Rechtschutz sowie alle weiteren Unterstützungen, wie sie im Verbandsstatut festgesetzt sind.

Pflichten und Rechte der übertretenden Mitglieder der Vereinigung im Verbandsstatut beginnen am 2. März 1908. Demzufolge muß der Uebertritt bis zu diesem Tage erfolgt sein. Mitglieder, die später als am 14. März übertreten, gelten als neu eintretende Mitglieder.

Die Beitragsleistung der Vereinigung hört am 1. Februar 1908 auf. Während der beitragsfreien Zeit vom 1. Februar bis zum 2. März haben die Mitglieder der Vereinigung ihre Bücher in Ordnung zu bringen und dieselben an die Geschäftsleitung bezu. an den Vereinsvorstand zum Zwecke des Umtausches abzugeben.

Das Vermögen der Geschäftsleitung wird nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten der Hauptkasse des Verbandes zugeführt. Aus den Kasseneinbehalten der einzelnen Vereine geht der vierte Teil an die Hauptkasse über. Der übrige Teil des Vermögens (einschließlich Inventar und Bibliotheken) wird den örtlichen Kassen der Verbandszustellen überwiehen.

2. An Orten, wo eine Verbandszustelle bisher nicht bestand, ist nach erfolgtem Uebertritt eine Neuwahl des Vorstandes nach den Satzungen des Verbandsstatuts vorzunehmen. Dort, wo eine Verschmelzung der Vereinigung mit der Verbandszustelle erfolgt, ist die erstmalige Besetzung des Vorstandes entsprechend der Mitgliederzahl beider Richtungen vorzunehmen.

Die Art der Verschmelzung wird unter Berücksichtigung des Vorstehenden vorher von den Beteiligten am Ort vereinbart. Das Bestätigungsrecht des Zentralvorstandes scheidet in diesen Fällen aus.

Erörterungen und Beschlußfassungen betreffend die inneren Einrichtungen der Verbandszustellen (Delegiertensystem usw.) bleiben den Zustellenversammlungen vorbehalten.

Alle früheren Beschlüsse verschiedener Verbandszustellen in bezug auf den Uebertritt einzelner Kameraden finden bei der Verschmelzung keine Anwendung.

3. Die Zentralinstanzen des Verbandes der Zimmerer verpflichten sich, den § 24, Abs. 5, des Verbandsstatuts betreffend das Bestätigungsrecht des Zentralvorstandes auf der nächsten Generalversammlung zur Verhandlung zu bringen und für eine bessere Fassung event. Vereinfachung dieser Bestimmung einzutreten.

Die freie ungeschränkte politische Betätigung ist allen Mitgliedern des Verbandes gewährleistet.

Demnach sind in diesem Jahre noch vier Wochenbeiträge zu entrichten. Vom 1. Februar bis 2. März werden keine Beiträge gezahlt. Wer sich seine Rechte sichern will, muß bis spätestens 14. März sein Verbandsbuch in Händen haben.

Kameraden! Obwohl gegen den Uebertritt in den Zentralverband von einigen Personen im letzten Augenblick agitiert wird und man besonders in Berlin versucht, künstliche Gegensätze zu konstruieren, ist die Geschäftsleitung dennoch verpflichtet, die Konferenzbeschlüsse auszuführen. Die Vereinigung der Zimmerer ist seit der Zeit ihres Bestehens eine Organisation mit demokratischen Einrichtungen; die Konferenzbeschlüsse sind die höchste Instanz selbst dann, wenn in einigen Versammlungen unter Anwendung demagogischer Mittel das Gegenteil durchgesetzt worden ist. Nach dem Regulator entscheidet die Konferenz über alle Fragen, welche die Gesamtorganisation betreffen. Die einzelnen Vereine sind ver-

pflichtet, diesen Beschlüssen in jeder Beziehung Rechnung zu tragen. Die Gegner der Einheitsorganisation handeln deshalb durchaus nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern sie verfolgen Sonderinteressen, die in der neueren politischen Stellungnahme der Freier Vereinigung deutscher Gewerkschaften ihre Ursachen haben.

Wir appellieren daher an alle unsere Mitglieder, im besonderen aber an unsere Berliner Kameraden, angefaßt der Rüstungen des Unternehmertums die Streiktag zu begraben und den Beschlüssen der Parteitage der Sozialdemokratie entsprechend für die zu schaffende Einheitsorganisation einzutreten.

Da in Berlin der Uebertritt nicht geschloffen erfolgt, der Vorstand des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend die Uebertrittsbedingungen vielmehr vollständig ignoriert, obwohl der Vertreter des Vereins an allen Verhandlungen teilgenommen hat, so werden die Mitgliedsbücher der Berliner Kameraden im Bureau der Geschäftsleitung, Dragonerstraße 15, Hof part., entgegengenommen und gegen Legitimationskarten ausgetauscht. Auch können daselbst die restierenden Beiträge entrichtet werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Geschäftsleitung und Ausschuß.  
Th. Fischer, J. Labitzke, W. Schmidt,  
W. Kappjäger, Fr. Czeminiski.

### Achtung, Werkzeugmacher, Schlosser!

Der Streik in der Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau dauert unverändert fort. Der Betrieb ist für Werkzeugmacher und Werkzeugdreher gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! In der Waffen- und Munitionsfabrik zu Berlin sind anlässlich des Streiks der Einrichter circa 1000 Metallarbeiter ausgesperrt. Es ist Pflicht eines jeden Metallarbeiters, diesen Betrieb zu meiden. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Sperre über die Norddeutschen Stahl- und Eisenwerke in Ober-Schönebeck ist aufgehoben. Die Kollegen traten heute die Arbeit wieder an.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Eine Arbeitslosenzählung

nahm, wie man uns mitteilt, am Donnerstag das Magdeburger Gewerkschaftsartikel vor. Es waren in den verschiedenen Stadtteilen fünf Zählstellen eingerichtet und die Arbeitslosen ersucht worden, sich dort zu melden. Es meldeten sich 1266 männliche und 17 weibliche Arbeitslose. Verheiratet waren 731 männliche Arbeitslose mit 1270 Kindern. Einschließlich der Familienangehörigen betrug die Zahl der unter der Arbeitslosigkeit leidenden Personen 3257. Die Zahlen dürften aber bei weitem nicht vollständig sein, zumal sich unter denen, die sich meldeten, noch 84 Auswärtige befanden. 1080 der gezählten Arbeitslosen waren organisiert. — Auch in Burg bei Magdeburg fand kürzlich eine Arbeitslosenzählung statt. Dort wurden 258 Arbeitslose gezählt, darunter 174 verheiratete mit 290 Kindern. 89 waren unorganisiert. Die 258 Arbeitslosen waren bis zum 26. Januar insgesamt 12 315 Tage arbeitslos. Welch' eine Summe von Unheil spricht aus diesen Zahlen! —

Wir möchten diesem Bericht hinzufügen, daß wir diesen Zählungen durch freiwillige Meldung einen erheblichen Wert nicht beizulegen vermögen. Wollen die Gewerkschaften Arbeitslosenzählungen veranstalten, so kann dies — soweit man sich nicht mit den Angaben über die Zahl der organisierten Arbeitslosen durch die Verbände begnügt — nur durch eine Zählung von Haushalt zu Haushalt geschehen, wie dies seinerzeit die Berliner Gewerkschaftskommission in geradezu vorbildlicher Weise unternahm. Die freiwilligen Meldungen der Arbeitslosen können nur als Rohstoff für das Sinken und Fallen der Arbeitslosigkeit in Betracht, wenn man sie in kurzen Zwischenräumen regelmäßig wiederholt und den gewonnenen Figuren keinen absoluten, sondern nur einen Vergleichswert beimißt. Aber selbst dann muß man noch damit rechnen, daß bei öfteren Wiederholungen die Arbeitslosen zum Teil das Interesse an der Sache verlieren. Immerhin. Unser Berichterstatter hat Recht: Welch' eine Summe von Unheil spricht allein aus diesen so unzulänglichen Zahlen!

### Nachkänge zur Krefelder Weberbewegung.

Im Krefelder Stadthaus fand am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung der Krefelder Filiale des Verbandes deutscher Textilarbeiter statt, um Stellung zu nehmen zu der durch den Verlauf der letzten Stoffweberbewegung geschaffenen Situation und um vor allen Dingen die Haltung der Verbandsvertreter zu beleuchten. Der Andrang war ein gewaltiger, circa 2000 Personen füllten Saal und Galerien. Schon am 23. Januar war zu gleichen Zweck eine Versammlung einberufen. Das damals gewählte Lokal erwies sich als zu klein und mußte deshalb jene Versammlung vertagt werden. In Anfang der Versammlung wurde die Schlussabrechnung der Bewegung gegeben. Die Kosten des Streiks belaufen sich auf 79 446,40 M. Der Gauleiter Reimes behandelte eingehend in zweistündiger Rede Ursachen, Verlauf und Ende des Kampfes. Die Debatte setzte lebhaft ein und kam es wiederholt zu bewegten Szenen. Stürmischen Widerspruch rief ein Antrag hervor, welcher dem Gauleiter und dem Geschäftsführer des Verbandes Verrat vorwirft und diese auffordert, ihre Ämter niederzulegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte ein Antrag, wonach die Filiale aus dem Kartell auszuscheiden habe. Nachstehende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen:

„Die heutige Generalversammlung der Krefelder Filiale des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter erklärt, daß die Vertreter unseres Verbandes in der verfloffenen Stoffweberbewegung nichts anderes getan haben, als was ihre Pflicht und Schuldigkeit war. Sie weist deshalb auch die in der Resolution der Stoffweberausschüsse enthaltene Behauptung, die Verbandsvertreter hätten durch ein zweideutiges Verhalten die Bewegung verpufft, als Verleumdung auf das entschiedenste zurück. Die Generalversammlung verurteilt es, daß einige gewohnheitsmäßige Krafelder die Stoffweberbewegung dazu benutzt haben, in unberathenartiger Weise gegen die Verbandsleitung zu hetzen und dadurch die Organisation aufs schwerste zu schädigen. Sie spricht die Erwartung aus, daß sich die Mitglieder nicht durch diese Herabwürdigung verleiten lassen, sondern nach wie vor, im vollen Vertrauen auf die Verbandsleitung an dem Ausbau der Organisation zu vollkommener Aktionsfähigkeit mitarbeiten werden.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus Deutsch-Südwestafrika.

Berlin, 31. Januar. (Amtliche Meldung.) Am 19. d. M. fand bei Kamib am Westrand der Kalahari ein Ueberfall statt. Ein Reiter wurde leicht verwundet. Es handelt sich wie bei dem Ueberfall vom 5. Dezember letzten Jahres zwischen Krafenb und Kwise-Koll anscheinend auch diesmal um Leute Simon Copper, gegen den in nächster Zeit gemeinsam mit der Kappolizei vorgegangen werden soll.

Reichstag.

91. Sitzung vom Freitag, den 31. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: v. Tirpitz. Die zweite Beratung des Marineetat wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Garnisonverwaltung“ bringt Abg. Spehmann (fr. Vp.) die Unzufriedenheit der Angestellten und Beamten in der Torpedowerkstatt Friedrichshafen zur Sprache. Das Kapitel wird bewilligt; der Rest der dauernden Ausgaben wird ebenfalls bewilligt; desgleichen nach unwesentlicher Debatte die einmaligen Ausgaben.

Im Extraordinarium werden zur Anlage des Hafens für kleinere Fahrzeuge bei Helgoland 2 000 000 M. gefordert. Abg. Ullhorn (fr. Vp.): Ich bitte den Staatssekretär, hier öffentlich zu erklären, daß der Bestand der Insel Helgoland weder durch die Tätigkeit des Meeres noch durch die Befestigungen gefährdet ist. Helgoland ist teuer erkauft; es in die Luft zu sprengen, wie von einer Seite wegen dieser Befestigungen befürwortet wurde, wäre der größte Fehler.

Staatssekretär v. Tirpitz: Nach den eingehenden Untersuchungen, die stattgefunden haben, glaube ich, daß die Befestigungen über den Bestand der Insel grandios sind. Der Titel wird bewilligt.

Zum Bau einer Trockendockanlage an der Unterelbe werden als erste Rate 200 000 M. gefordert.

Abg. Dr. Baasche (natl.) hebt die Vorzüge der Schwimmdocks gegenüber den Trockendocks hervor und bittet, vor der endgültigen Entscheidung die Frage noch einmal zu prüfen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Marineverwaltung steht der Frage, ob Schwimm- oder Trockendocks anzulegen sind, vollkommen objektiv gegenüber. Es handelt sich darum, ob unter den gegebenen lokalen Verhältnissen ein Schwimmdock oder Trockendock angebracht ist. Nach den mir vorliegenden Kostenschätzungen stellen sich die Kosten für zwei Schwimmdocks um 4 Millionen Mark höher als für zwei Trockendocks.

Der Titel wird bewilligt.

Zum Bau fiskalischer Mietwohnungen für Offiziere in Wilhelmshaven werden 800 000 M. gefordert.

Die Kommission hat 200 000 M. davon gestrichen.

Abg. Dr. Semler (natl.) bittet, die Position nach der Regierungsvorlage zu bewilligen.

Abg. Erzberger (Z.): In der Kommission bin ich für Streichung der 200 000 M. eingetreten; ich habe mich aber inzwischen überzeugt, daß in Wilhelmshaven nicht genügend Wohnungen vorhanden sind, und bitte daher, die höhere Summe zu bewilligen. Bemerkenswert ist aber der Marineverwaltung, daß durch Verlegung von Staatsbetrieben nach Gemeinden dort sehr erhebliche Wertsteigerungen des Grund und Bodens hervorgerufen werden; wenn eine Kommune an die Marineverwaltung wegen Gewährung einer Beihilfe herantritt, sollte die Marineverwaltung sie zunächst auf die Erhebung einer Wertzuwachssteuer verweisen.

Abg. v. Rüdiger (L.): Mit der letzten Anregung müssen wir wohl warten, bis uns das Gesetz über die Steuerpflicht der Staatsbetriebe in Gemeinden vorliegt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Meinung des Vorredners, daß die Anregung des Abg. Erzberger aufgehoben wird, bis das Gesetz über die Steuerpflicht der Staatsbetriebe in Gemeinden vorliegt, kann ich nicht zustimmen. Auch heute kann jede Gemeinde bereits die Wertzuwachssteuer einführen. Ich bedaure lebhaft, daß die Marineverwaltung, wenn sie Beihilfen für einzelne Gemeinden von uns verlangt hat, und nicht dabei hat sagen können, daß sie mit der betreffenden Gemeinde bereits wegen Einführung einer Wertzuwachssteuer in Verhandlungen getreten ist. Ich unterbreite die Anregung des Kollegen Erzberger in jeder Richtung.

Die Summe von 800 000 M. wird bewilligt.

Der Rest des Etats wird ebenfalls bewilligt.

Die Budgetkommission empfiehlt die Annahme einer Resolution, wonach die Marineverwaltung nur an solche Firmen Arbeiten vergeben soll, in denen die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen innegehalten werden und die Löhne nicht hinter den Bestimmungen der Tarifverträge zurückbleiben; weiter soll die Marineverwaltung die Festsetzung der Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinewerften unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vornehmen.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, in der letzten Zeile hinter „Arbeiterausschüsse“ einzuschalten „und Arbeiterorganisationen“.

Abg. Gröber (Z.): Eine Erweiterung der Tarifverträge ist anzustreben, wenn auch der Bund der Industriellen meint, daß durch Tarifverträge die Industrie gefährdet wird. Deshalb ist die Annahme der Resolution für uns selbstverständlich. Die baherische Regierung sowie die Verwaltungen verschiedener Städte handeln bereits heute im Sinne dieser Resolution. Ein finanzielles Bedenken, daß etwa da, wo die Tarife innegehalten werden, höhere Löhne bezahlt werden, kann gar nicht in Betracht kommen. Nachdem der Reichstag bereits in bezug auf die Handwerker eine entsprechende Resolution angenommen hat, kann er sie in bezug auf die Großindustrie nicht gut ablehnen. Wir sollten uns England zum Muster nehmen, wo die Tarifverträge in bewundernswürdiger Weise entwickelt sind. Auch bei uns sind in den letzten zehn Jahren Tausende von Tarifverträgen abgeschlossen, was allein schon ein Beweis für ihren Nutzen ist. Der Antrag Albrecht verlangt bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. Ueber die Art dieser Mitwirkung enthält er nichts, sie brauchen also auch nur gutachtlich gehört zu werden. Wir stimmen deshalb diesem Antrage zu.

Abg. v. Rüdiger (L.): Es ist nicht Sache der Reichsverwaltung, auf die Entwicklung der Tarifverträge einzugehen. Wir werden deshalb gegen die Resolution stimmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Resolution ist auf unsere Anregung in der Kommission angenommen, unser Zusatzantrag allerdings mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden. Deshalb haben wir es für erforderlich gehalten, ihn hier noch einmal zu stellen. Herr v. Rüdiger macht gegen den ganzen Antrag geltend, er bedeute einen Eingriff in die Entwicklung von Verhältnissen, die der freien Vereinbarung vorbehalten bleiben müssen. Mit diesem Einwand kommt er aber etwas zu spät; denn über die prinzipielle Frage hat sich das Haus, wie er aus der Rede des Herrn Gröber hätte entnehmen können, längst entschieden. Bei dem Vertreter einer so traditionellen Partei wie der konservativen wundert mich dies Verhalten. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Weiter erklärt Herr v. Rüdiger sich gegen die Resolution, weil er nicht wünscht, daß den Gewerkschaften überhaupt irgendein Einfluß eingeräumt werde. Tarifverträge werden aber von allen Arbeiterorganisationen in Deutschland gefordert. Verschiedenheit unter ihnen besteht lediglich über die Form der Verträge. Aber über diese innerhalb der Arbeiter streitige Frage haben wir uns hier nicht schlicht zu machen. Damit die Arbeiter überhaupt Tarifverträge abschließen können, die für sie günstig sind, müssen die Arbeiterorganisationen stark sein. Denn nur eine starke, durchgebildete Organisation kann annähernd auf dem Fuß der Gleichberechtigung mit den Unternehmern verhandeln. Den Wunsch nach Stärkung der Arbeiterorganisationen haben alle Organisationen der verschiedensten Richtungen. Und eines der Mittel, ihnen einen neuen Impuls zu geben, sie in eine bessere Stellung zu bringen, ist eben, daß in den Regierungsbetrieben die Berechtigung der Organisation anerkannt wird. Dazu soll insbesondere der von uns beantragte Zusatz dienen. Daß in der Resolution bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen auch die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse verlangt wird, ist deshalb gerechtfertigt, weil nach den bisherigen Erfahrungen die statutenmäßige Befugnis der Arbeiterausschüsse in dieser Richtung in der Praxis zu allerhand Ausstellungen und Bedenken geführt hat, ich verweise nur auf die in der gestrigen Debatte gemachten Ausführungen meines Kollegen Legien. Die Resolution soll also auch dazu dienen, die bereits bestehenden Ausschüsse zu Verhandlungen und Abmachungen mit den Behörden zu berechtigen. Worauf wir aber ein besonderes Gewicht legen, ist die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. In der Kommission ist gegen unsere Forderung geltend gemacht worden, daß dadurch die den Arbeitern gewährte Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang verandelt würde. Das ist eine durchaus unzutreffende Ansicht. Auch wenn die Arbeiterorganisationen bei der Feststellung der Arbeitsbedingungen mitwirken, braucht der einzelne Arbeiter deswegen noch nicht irgendeiner Organisation oder allen bestehenden Organisationen beizutreten. Ein Unterschied zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Richtungen haben wir in unserem Antrage nicht gemacht.

macht. In den Marinebetrieben finden wir alle Arten von Gewerkschaftsorganisationen, die freien Gewerkschaften, deren parlamentarische Vertretung die sozialdemokratische Fraktion ist, die christlichen Gewerkschaften, die hier vom Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung vertreten werden, und die Christlich-Sozialen, die bisher ihre politische Vertretung in den freisinnigen Parteien zu erblicken gewohnt waren. Es handelt sich hier also um keine Parteifrage, sondern um eine Frage des allgemeinen Arbeiterrechts, in der die Vertreter aller Parteien, die bisher ein Interesse für die Arbeiterorganisationen bezeugt haben, einmütig zusammenstehen sollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zu unserem großen Erstaunen hat aber in der Kommission

gerade ein freisinniger Abgeordneter

erklärt, daß man es den Behörden wie der Marineverwaltung nicht zumuten könne, mit sozialdemokratischen Arbeitern zu verhandeln. Der Herr hat durchaus recht, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter der Marinebetriebe sozialdemokratisch ist, und es ist sehr erfreulich, daß diese Erwähnung immer weiter um sich greift. Aber das sollte doch kein Grund sein, die Arbeiter an der praktischen Ausübung, der Vertretung des Koalitionsrechts durch Verhandeln mit dem Unternehmer, also in diesem Falle der Marineverwaltung, zu hindern. Hoffentlich sind die freisinnigen Herren inzwischen selbst von ihrem unhaltbaren Standpunkt zurückgekommen und stimmen für unseren Antrag, dessen Annahme sie ja dadurch ermöglichen können. Wenn sie sich inzwischen bei den organisierten Arbeitern erkundigt hätten, die ihnen nahe stehen, so hätten sie zweifellos erfahren, daß auch diese sich auf den Standpunkt des allgemeinen Arbeiterinteresses stellen. Sonst müßte man ja auch zu der Folge kommen, daß die Marineverwaltung auch nicht mit den Arbeiterausschüssen verhandeln dürfte, da auch dort Sozialdemokraten sitzen, aber überhaupt keine Sozialdemokraten beschäftigen dürfte. (Weiterheit.) Wenn aber eine Behörde genötigt ist, in ihren Betrieben die Arbeitskraft von Arbeitern aller Parteien zu bewerten, so darf sie sich nicht auf den engherzigen Standpunkt stellen, daß sie Sozialdemokraten zwar brauche, um ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, aber mit ihnen über Betriebsfragen nicht verhandele. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vorgestern bezeichnete der Staatssekretär v. Tirpitz den englischen Schiffsbau als Vorbild. Der englische Schiffsbau arbeitet schon seit Jahren mit den Mitteln, die unser Antrag Ihnen empfiehlt. Damit ist wohl auch der Einwand widerlegt, als ob es ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit sei, wenn die Regierung nach unserem Antrage die Unternehmer, die für sie liefern, zwingt, die Löhne der Tarifverträge zu zahlen. Das vorbildliche Verhalten Englands in dieser Beziehung datiert schon auf das Jahr 1800 zurück. Damals nahm das englische Unterhaus eine Resolution an, in der es für die Pflicht der Regierung erklärte, jede Anstrengung zu machen, um bei Vergabe von Arbeiten an Privatunternehmer die Zahlung solcher Löhne zu sichern, die für gelehrte Arbeiter des betreffenden Berufszweiges als angemessen angesehen werden. Dort ist also das Prinzip genau so allgemein formuliert wie in unserem Antrage. Allmählich hat sich die Praxis durchgesetzt, als angemessen diejenigen Löhne anzusehen, die von den Trade-Unions als angemessene Mindestlöhne für einen bestimmten Berufszweig anerkannt worden. Im Jahre 1807 hat dann eine englische Unterhauskommission unter Einziehung organisierter Arbeiter diese Frage gründlich geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, daß der Staat als Arbeitgeber nicht nur ein gutes Beispiel geben, sondern auch dafür sorgen müsse, daß die Arbeitsbedingungen der Privatunternehmer bei Staatsaufträgen zufriedenstellend seien. Sie hat konstatiert, daß auch die Unternehmer im großen und ganzen dieser Bestimmung nicht mehr feindlich gegenüberstehen und daß die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern dadurch nur günstig beeinflusst worden sind, daß diese Bestimmung dazu beigetragen habe, Vereinbarungen über die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu fördern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist in der Kommission der Einwand gemacht worden, daß die Marineverwaltung als einzelne Behörde einen solchen Beschluß nicht fassen könne. Gerade in bezug auf die Marine hat aber England schon einen weiteren Schritt getan. Am 6. März 1893 hat das Unterhaus beschlossen, daß die

Medizinisches.

Ein Serum gegen die Syphilis. Die Pariser Gesellschaft für Biologie veröffentlicht in ihren Verhandlungen einen Bericht von Professor Hallopeau, Mitglied der dortigen Akademie der Medizin, über seine Erfahrungen mit einem Serum gegen Syphilis, das Dr. Quéry hergestellt hat. Schon in einer früheren Sitzung derselben Gesellschaft hatte Dr. Quéry seine Untersuchungen besprochen, die ihn zu dem Schluß geführt hatten, der eigentliche Erreger der Syphilis wäre ein Bazillus, der sich durch Sporen fortpflanzte und von dem das bekannte durch Scharbinn entdeckte Spirillum nur eine Nebenform darstellte. Eine große Zahl von Forschern hat diese Behauptung von Dr. Quéry nachgeprüft und bestätigt gefunden. Nunmehr ist Dr. Quéry auch dazu übergegangen, den fraglichen Bazillus anzuschneiden und zur Herstellung eines organischen antisyphilitischen Serum zu benutzen, das ganz nach dem Verfahren für das Antisyphilitiserum zubereitet und benutzt wird. Professor Hallopeau zeigt nun an, daß unter seiner Aufsicht bisher 20 Fälle mit dem Serum behandelt worden seien und daß sich in jedem einzelnen Fall eine fortschreitende Besserung habe beobachten lassen. Zur Vorsicht seien die eigenen Worte von Professor Hallopeau wiederzugeben: „Die beobachteten Besserungen konnten nicht der normalen Entwicklung der Krankheit zugeschrieben werden, denn ich habe bemerkt, daß sie im ersten Augenblicke der sekundären Symptome Platz griffen, und sie zeigen daher eine ausgeprägte Wirkung des Serum auf die Entwicklung der Krankheit an. Ob diese Besserungen von Dauer sein werden, darauf kann ich nach meinen Studien bis jetzt keine bestimmte Antwort geben.“ Auch Dr. Quéry bemerkt zu diesem Bericht, daß man vorläufig das Wort Heilung mit Bezug auf die Wirkung des Serum nicht gebrauchen sollte, daß er aber für seine Person einige Patienten schon vor 4 Jahren behandelt habe, bei denen noch kein Rückfall eingetreten sei. Fürs erste wird empfohlen, die Serumbehandlung in Verbindung mit Quecksilberatrogyl und Jodkali zu gebrauchen.

Humoristisches.

— Entrüstung. „Das Stück war einfach skandalös! Finden Sie nicht auch, Herr Leutnant? ... Am liebsten wäre ich gleich nach dem ersten Akt nach Hause gegangen — aber ich fürchtete, es würde heute zum letztenmal aufgeführt!“

— Er hat seine Schuldigkeit getan. „Nach drei Wochen bringen Sie mir erst meinen Regenschirm zurück?“ — „Aber ich litt Sie, es hat ja doch die ganze Zeit geregnet!“

— Drohung. Dichter: „So! Verdammt bin ich jetzt! ... Jetzt freut euch, was ich von nun an zusammenkreiß!“ (Fliegende Blätter.)

— Humor des Auslandes. „In China, liebe Freunde“, sagte der Missionar, „wird einem Menschenleben nur geringer Wert beigemessen. Ja, wenn ein wohlhabender Chinese zum Tode verurteilt wird, kann er leicht einen Mueten, der für ihn stirbt; und ich glaube, daß mancher arme Kerl sich dadurch seinen Lebensunterhalt erwirbt, daß er solchertweise als Stellvertreter dient.“ (Pick me up.)

Notizen.

— Musikchronik. Im nächsten Sonntagskonzert des Schiller-Theaters in Charlottenburg kommen zum Vortrag: ein Klaviertrio von Gade und Klaviertrio op. 1 Nr. 2 von Beethoven, außerdem Vieder von Brahms, Reinkenauer, Weinberger, Hugo Wolf. Beginn 12 Uhr. — Der dritte vollständige Richard Wagner-Abend in Charlottenburg findet am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Saal am Savignypfad statt und bringt Teile aus Siegfried und Götterdämmerung.

— Bühnenchronik. Girardi hat sein Gastspiel am Thalia-Theater bis zum März verlängert und kehrt im Oktober zu einem mehrmonatlichen Gastspiel zurück.

— Die meistgespielten Komponisten und Dramatiker. Nach den von Breitkopf u. Härtel herausgegebenen Spielplänen hatten in der Spielzeit 1906/07 die höchste Aufführungsziffer Lehárs Operette „Lustige Witwe“ mit 2982 und Stormonts Lustspiel „Quarantäne“ mit 1688 Aufführungen. Ein gewisser Richard Wagner mußte sich für alle seine Werke mit 1710 Vorfühungen mit 735 Vorfühungen mit 514 Aufführungen begnügen. Unter den Dramatikern hatten Schiller 1376, Subermann (I) 1169, Shakespeare 1180, Ibsen 932, Goethe 668, Hauptmann 512 Aufführungen aufzuweisen. Die bloßen Nacher wie Büchtemann, Rodenburg, Schönlank überholten natürlich die Dichter bei weitem. Bemerkenswert ist in dieser Statistik gegen das vorhergehende Jahr ein Abflauen Reherbeers und ein starkes Steigen Vorfühungen sowie R. Strauß' (Salome). Einleude Tendenz verzeichneten O. Ernst, Hauptmann, Hartleben, Meyer-Hofster (das Modestück Alt-Heidelberg scheint endlich abgeleiert zu sein), Ohorn, Philippi und leider auch Schnitzler. Steigende Aufführungsziffern buchten Verstein, der Ramm für alles, Halbe, Herzog, Ibsen, Wedekind, Wilde.

— Für die zweite belgische Südpolarexpedition, die für das Jahr 1910 geplant ist, hat die belgische Regierung 750 000 Fr. Unterstützung zugesagt. Weitere 250 000 Fr. sollen durch eine Sammlung aufgebracht werden.

— Die Schule der Tierhändler. Das Pariser Institut für zoologische Biologie, das von den vom Staat für das naturgeschichtliche Museum ausgeworfenen Geldern erhalten wird, hat jetzt einen interessanten Entschluß gefaßt: die Eröffnung einer Spezialschule für Tierhändler. Der Lehrkörper dieser eigenartigen Anstalt wird sich aus Gelehrten zusammensetzen und aus Tierhändlern, die ehemals in Zirkussen und Menagerien ihren Beruf ausgeübt haben. Varen, Tiger, Löwen, Wölfe und andere Vierfüßler aus dem anstehenden zoologischen Garten sollen in diese Schule gebracht werden, wo man sich bemühen wird, sie durch rein pädagogische Beeinflussung unter Vermeidung jeder äußeren Gewalt abzurichten.

— 15 Tempel von Philae (Ägypten) sind durch die beschleunigte Erhöhung des Nilmasses von Assuan mit Ueberflutung bedroht. Man will sie daher für die Wissenschaft vorher noch durch gründliche Aufnahmen erschließen. Verschiedene Staaten beteiligen sich daran. Die preussische Akademie der Wissenschaft will sich besonders der Inschriften (durch Abklatschen und Photographien) annehmen.

Kleines feuilleton.

Proletariatskunst für Kirchgänger. Wer in Dänemark Bier trinken will, dem braucht nicht bange zu sein, daß er etwa eine schlechte Sorte erhält. Aber der dänische Biertrinker wird vor eine andere Frage gestellt, nämlich vor die Frage, ob er die Wissenschaft, die Kunst oder die Sozialdemokratie unterstützen will. Die Ueberbringer der Karlsbergbrauereien werden zum Teil für Wissenschaft und Kunst verwendet, während die der Brauerei Göttern der Arbeiterbewegung zufließen.

Aus Ueberbrüngen der Ny Karlsbergbrauerei ist die Ny Karlsberg-Glyptothek erbaut worden, die sicherlich als einer der herrlichsten Kunstmuseen der ganzen Welt gelten kann, besonders seitdem der Wintergarten eröffnet wurde, der inmitten der Gebäude liegt und mit seinen vornehmen Kunstwerken, seinen seltenen Gewächsen und prächtigen Springbrunnen zu stillem Genießen einladet.

Der Gründer der Glyptothek, der Brauer Jacobsen, ist unablässig bemüht, diesen allen unentgeltlich zugänglichen Tempel der Schönheit mit immer neuen wertvollen Kunstwerken zu bereichern. Unter den neuesten Erwerbungen, die dieser Tage in Stopenhagen eingetroffen sind, befinden sich sechs Gruppen und Statuetten des französischen Bildhauers Rodin, dabei auch ein in Kalkstein ausgeführtes großes Werk „Der verlorene Sohn“.

Außer den Werken von Rodin kam aus Paris eine Bronzegruppe des jungen Bildhauers Roger Bloch: „Le Froid“ („Die Kälte“). Ein Mann und eine Frau stehen da in ärmlicher Kleidung, der Rot und Winterlächel preisgeben, schmiegen sie sich aneinander, Proletarier, die trübselig in die Zukunft blicken. — Ein Mitarbeiter von „Socialdemokraten“ traf den Brauer Jacobsen im Wintergarten der Glyptothek. „Ja, es ist wahr“, sagte der Kunstmann, „daß Bildhauer Roger Bloch Sozialdemokrat ist. Er ist ein junger Pariser Künstler in den Dreißigern, der bisher ganz unbekannt war, aber nun sich plötzlich emporgerungen hat durch diese Arbeit, die ganz im Stille der Werke von Reunier aufgeführt ist, die in der Glyptothek aufgestellt sind. Ich bin gewiß kein Sozialdemokrat, aber ich interessiere mich für die Arbeiter. Und besonders interessiere ich mich nun, da Reunier tot ist, für diesen jungen Künstler, der den Spuren Reuniers folgt und seine Stoffe wählt aus der Welt der Arbeiter, aus dem Proletariat.“ — Jacobsen sprach weiter davon, daß die Gruppe nicht in der Glyptothek stehen bleiben solle. Sie solle inmitten der Stadt, an verkehrreicher Straße, wo tagtäglich eine Menge Menschen vorbeikommen, vor einer Kirche gestellt werden. „Es ist meine feste Absicht“, sagte er, „daß die Gruppe unmittelbar vor einer Kirche Platz finden soll. Die meisten Menschen, die zur Kirche gehen, sind nämlich nicht Sozialdemokraten, und diese Kirchgänger werden Nutzen davon haben, jenes Kunstwerk zu sehen, das ein so ausgezeichnetes Bild von dem armen, frierenden Proletariat gibt.“

Behörden bei der Vergabe von Arbeiten darauf achten sollten, daß in den Betrieben überall die Trade-Unions-Wages gezahlt würden. In den Regierungsbetrieben selbst werden ebenfalls diese fair wages, die von den Gewerkschaften anerkannten Löhne gezahlt und die 48stündige Arbeitszeit pro Woche, der

#### Achtstundentag, ist allgemein durchgeführt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So sollten auch die Betriebe der deutschen Reichsmarineverwaltung anspornend auf die Unternehmer einwirken. Gerade die Marinebetriebe sind dazu besonders geeignet, weil die Aufträge, die sie vergeben, kolossal groß sind und nur auf die sehr leistungsfähigen Schiffbauunternehmen entfallen. Auf diese Weise könnte der Achtstundentag dazu beitragen, daß die Arbeiterorganisationen gestärkt und kräftig entwickelt werden und könnte darauf hinwirken, daß überall in Deutschland die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern bei Abschluß von Arbeitsverträgen anerkannt und die Rückständigkeit, die noch in vielen Kämpfen liegt, als ob sie sich etwas vergeben, wenn sie mit den Arbeiterorganisationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, überwunden wird. Rüge der Reichstag durch seinen Beschluß mit gutem Beispiele voranzugehen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (natl.) erklärt sich gegen die Resolution.

Abg. Dr. Bachnide (fr. Bg.): Herr v. Richthofen will nicht, daß das Reich eine führende Stellung in der Frage der Entwicklung der Tarifverträge übernimmt. Wir wünschen dies, und deshalb stimmen wir — das erkläre ich für sämtliche liberale Parteien — der Resolution in der Fassung der Kommission zu. Die Bewegung für Tarifgemeinschaften greift auch in Deutschland immer mehr um sich und dringt auch in die Industrie ein; der Tarifvertrag ist der Arbeitsvertrag der Zukunft. Wenn dadurch die Löhne erhöht werden, so muß das in den Kauf genommen werden. Auch für den zweiten Teil der Resolution stimmen wir in der Fassung der Kommission. Wir wünschen die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften identifizieren sich mit der sozialdemokratischen Partei und das ist das größte Hindernis für den Frieden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Für die Marinebetriebe kommen die lokalen Organisationen der Arbeiter in Betracht, und das sind die Arbeiterausschüsse. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Deshalb stimmen wir für die Kommissionsfassung. Dazu kommt als zweiter Grund, daß die Marineverwaltung erklärt hat, mit dieser Fassung arbeiten zu können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Vernünftigerweise können Tarifverträge nur mit Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden, nicht mit Zwischeninstanzen. Mit dem Vorredner bin ich nicht einverstanden, daß die Arbeiterausschüsse als solche Organisationen in Betracht kommen, man greift zu den Arbeiterausschüssen, um die Arbeiterorganisationen zu umgehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Segensreich können die Arbeiterausschüsse nur wirken, wenn man sie neben den Organisationen durchführt und anerkennt. Auch haben die Führer der Organisationen durchweg einen weiteren Blick als die einzelnen in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, die dem Arbeiterausschuss angehören. Ich für meine Person werde daher für den sozialdemokratischen Zusatzantrag stimmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Vorredner behandelt die Frage jedenfalls vorurteilsvoller als Herr Bachnide. Leider muß ich seinen letzten Worten entnehmen, daß er nur für seine Person für unseren Antrag stimmen wird, nicht aber auch seine Parteifreunde. Dadurch verliert seine Zustimmung, erklärung erheblich an Wert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will noch darauf hinweisen, daß die Arbeiterausschüsse und die Arbeiterorganisationen von vornherein sehr verschiedene Funktionen haben. Der Ausschuss hat den Zweck, innerhalb der Betriebe die Beschwerden zum Ausdruck zu bringen, welche die Arbeiter an die Verwaltung bringen wollen. Natürlich ist er auch bei den Arbeitsbedingungen zu hören. Aber bei Abmachungen allgemeiner Art über Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit ist die Verhandlung mit der Gewerkschaftsorganisation notwendig, weil ja auch die Arbeiter der Marinebetriebe nicht für ihr ganzes Leben mit der Marineverwaltung verheiratet sind, sondern auch unter ihnen die Fluktuation sehr stark ist; außerdem fügen sich auch die Marinebetriebe in das gesamte gesellschaftliche Leben ein. Abg. Bachnide hat ferner den Standpunkt seines weiteren Parteifreundes in der Kommission damit verteidigen wollen, daß die Gewerkschaften auf demselben Standpunkt stehen wie die Sozialdemokraten. Der betreffende Abgeordnete hätte in der Kommission aber gesagt: Man kann der Behörde doch nicht zumuten, mit Sozialdemokraten zu verhandeln. Aber selbst wenn die Auslegung des Herrn Bachnide anzuerkennen wäre, ist der Standpunkt ein unzutreffender, denn die Identifizierung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie ist doch nicht so aufzufassen, daß die Gewerkschaften Filialen der Partei sind. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Die Organisationen sind voneinander vollkommen unabhängig, die Sozialdemokratie entscheidet für sich und die Gewerkschaften entscheiden ebenfalls für sich. In vielen Fällen behandeln sie ganz verschiedene Fragen. Allerdings gibt es auch Fragen des öffentlichen Lebens, zu denen beide Organisationen Stellung nehmen müssen, und sie nehmen dann in demselben Sinne Stellung, weil es doch schließlich dieselben Menschen sind, die für eine Gelegenheit in dieser Weise und für die andere Gelegenheit in jener Weise organisiert sind. (Ra. also! bei den Freisinnigen.) Dasselbe findet auch statt bei Ihnen (zu den Freisinnigen), bei den Hirsch-Dunderschen Organisationen. Wir haben ungulig gelesen, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingetreten sind, also zu einer rein politischen Frage Stellung genommen haben. Ich nehme ihnen das nicht übel, begrüße es vielmehr als eine erfreuliche Kundgebung und hoffe, daß auch Sie Ihren Freunden nicht Knüttel zwischen die Beine werfen wollen. Die Einwände des Herrn Bachnide, daß die Masse der gewerkschaftlichen Arbeiter auch politisch organisiert sei, zeigen nur, daß er um Argumente zur Begründung Ihrer heutigen Abstimmung sehr verlegen ist. Sie wollen mit allen Mitteln, die Ihnen zu Gebote stehen, verhüten, daß Sie einen

#### feindlichen Akt gegen die Arbeiterorganisationen

sich zuschulden kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den Freisinnigen.) Es ist ein feindlicher Akt gegen die Gewerkschaftsbewegung überhaupt, ein

#### Schlag ins Gesicht der sämtlichen Arbeiterorganisationen,

auch der Hirsch-Dunderschen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Daß Sie, Herr Ruggan, darüber erfreut sind, wundert mich nicht. Sie machen aus Ihrer feindlichen Gesinnung gegen die Arbeiter niemals ein Hehl. Die Mehrheit des Hauses aber, hoffe ich, wird sich auf unseren Standpunkt stellen und für unseren Antrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bachnide (fr. Bg.): Ob die Gewerkschaften Filialen der Sozialdemokratie oder unabhängig von ihr sind, ist nur ein Streit um Worte. Tatsächlich hat eine Annäherung zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften stattgefunden. Die Personalunion in beiden ist schon ein Beweis gegen die Behauptungen des Abg. Ledebour. Aber die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften legen besonderen Wert darauf, als selbständige Organisationen aufzufassen und behandelt zu werden, und nicht Anhänger einer politischen Partei zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In unserer Abstimmung liegt kein feindlicher

Akt gegen die Arbeiterorganisationen, sondern vielmehr eine Unterstützung derselben. (Wiederholtes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Due (Soz.):

Gegen die Auffassung des Kollegen Bachnide, aus der Personalunion von Gewerkschaftsangehörigen und Praktikantenmitgliedern die Identität von Partei und Gewerkschaften herleiten zu wollen, werden sich wohl auch die Kollegen von den christlichen Gewerkschaften, die zugleich Abgeordnete des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung sind, entschieden wehren. Denn sie vertreten gleich uns den Standpunkt, daß man aus dieser Personalunion eine Identität nicht herleiten darf. Was den politischen Charakter der Gewerkschaften anbelangt, so haben erst jüngst die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ein Programm aufgestellt, in dem sie unter anderem die volle politische Gleichberechtigung des Arbeiters namentlich in bezug auf das Wahlrecht (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) und die Befreiung aller indirekten Steuern auf Verbrauchsgüter und der Bölle fordern. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Sie haben also damit auch ein politisches Gebiet betreten, auf dem ihnen hoffentlich auch der Abg. Bachnide folgen wird. Genau so steht es bei uns. Solange ich im Gewerkschaftsleben stehe, habe ich meine gewerkschaftliche Unabhängigkeit nach allen Richtungen wohl zu verteidigen gewohnt. Es kann also auch ein Vertreter derjenigen gewerkschaftlichen Bestrebungen, die man als gewerkschaftliche Neutralität bezeichnet, ganz gut in der sozialdemokratischen Partei aushalten. Darin sehen Sie den Beweis, daß der Neutralität der Gewerkschaften in unserer Partei keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wobei ich allerdings nicht leugnen will, daß manche andere die allerintimste Verbindung von Partei und Gewerkschaften für die beste halten. (Abklatsch bei den Freisinnigen. Ruf des Abg. Siebert: Sie sind ein weißer Hahn! Heiterkeit.) So viele weiße Hähne gibt es ja gar nicht. (Heiterkeit.) Es ist doch sehr charakteristisch, daß der Abg. Behrens, ein Herr von der äußersten Rechten des Hauses, hier aufgetreten ist, um unseren Antrag in Worten zu verteidigen, die ich vollkommen unterschreiben kann. Er hat durchaus recht, — und wir aus der Montanindustrie können davon ein schönes Lied singen, daß die Arbeiterausschüsse auch dazu benutzt werden können, die Gewerkschaften anzuschalten. Als vor zwei Jahren im Ruhrrevier sämtliche Organisationen der Bergarbeiter den Versuch machten, eine Lohnerhöhung durchzuführen und selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Unternehmern empfahl, mit der Siebenerkommission zu verhandeln, da erklärten plötzlich die Unternehmern, daß sie nur mit den Arbeiterausschüssen verhandeln wollten. Wenige Monate vorher hatten sie noch eine Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen in der Lohnfrage direkt abgelehnt. Der Effekt dieser Schwendung war, daß die Lohnbewegung auseinandergerissen wurde, und am Ende vom Liede bekamen die Bergarbeiter gar nichts. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterausschüsse sind überhaupt nicht instande, Tarifverträge abzuschließen. Die Gewerkschaftsangehörigen haben nicht nur den weiteren Blick und die tiefere Einsicht, sondern sie sind auch unabhängiger. Die Arbeiterausschüsse bestehen aus Leuten, die dem Betriebe selbst

#### und der Furcht vor Maßregelungen

allzu leicht zurückweichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Freisinnigen also wirklich Freunde der Tarifverträge sind, so muß ich sie dringend bitten, für unseren Antrag zu stimmen. Der Abg. Dr. Semler sprach die Befürchtung aus, daß die Tarifverträge die Fabrikate verteuern könnten. Er und seine Fraktion hat mir aber noch immer nicht auf meine alte Frage geantwortet, ob tatsächlich in der Zeit, wo die Firma Krupp, die ja die großen Marinelieferungen hat, Lohnaufzungen vornimmt, auch die Preise der Marinelieferungen gestiegen sind. Auch augenblicklich werden bei Krupp die Arbeiterlöhne schon wieder erheblich verschlechtert. Gerade der freisinnige Abgeordnete Raumann hat ja in der sozialpolitischen Generaldebatte des Vorjahres die Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Großbetrieben in lebhaften Farben gezeichnet. Deshalb muß ich Sie doch bitten, uns zu helfen und unseren Vorschlag anzunehmen, der auch den Arbeitern der Großbetriebe die Gleichberechtigung verschaffen soll. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Ruggan (fr. Bg.):

Wir Freisinnigen sind von jeder Freunde der Tarifverträge und erkennen die freien Gewerkschaften als ihre Grundlage an. Aber der sozialdemokratische Antrag will auf etwas ganz anderes hinaus, er will alle Arbeiter unter das Joch der sozialdemokratischen Gewerkschaften zwingen. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Zeigen Sie doch nach dem Jener Parteitag und nachdem erst in der letzten Wahlkampagne die freien Gewerkschaften die sozialdemokratischen Kandidaten als die einzigen Arbeiterkandidaten zur Wahl empfohlen haben (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.), leugnen Sie doch da nicht länger, daß bei Ihnen Partei und Gewerkschaften eins sind. Ich finde diese Schiedertei zum mindesten merkwürdig. Aber man hat ja, um das abzustreiten, auch kürzlich an Stelle des Abgeordneten Ledebour den Abgeordneten Due vorgeschickt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bleibe also dabei, daß die freien Gewerkschaften sozialdemokratische Organisationen sind. Der Antrag, den Sie hier stellen, wäre nur durchführbar, wenn alle Arbeiter in Kiel diesen sozialdemokratischen Organisationen angehören. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur mit Ihnen soll die Marineverwaltung verhandeln. (Lauter Lachen bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Schornochel! Arbeiterfreund!) Ich spreche hier immer nur im Interesse der Arbeiter. (Lauter, anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich bekämpfe nur die Sozialdemokratie, weil ich sie für die größte Arbeiterfeindin halte. (Lebhafte Bravo rechts.) Zeigen Sie mir doch, wo ich gegen die Interessen der Arbeiter gesprochen habe! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Eben jetzt! Heiterkeit.) Weil ich doch nicht tue, das ist Ihr Kerper! (Anhaltendes lebhaftes Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen genau, daß ich nicht von den reichen Leuten gemöhlt bin, sondern von den Arbeitern! Aber all die schönen Worte, die Sie gegen mich sagen, sagen Sie verkehrt gegen die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie er die Arbeiter aneinander hehlt!) Wollen Sie etwa behaupten, daß Sie in Ihrem Antrage ein Verhandeln der Marineverwaltung mit den Arbeitern aller Organisationen fordern? (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ganz selbstverständlich! Jermal gefogt!) Ja, aber was unterscheidet denn dann diese Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen von den Arbeiterausschüssen? (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Abg. Wiesner ruft dem Redner zu: Sehen Sie sich doch bloß hin! Sie verkehren in auch rein nichts! Erneute Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten, im Zentrum und bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Es ist in Kiel ganz undenkbar, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit den anderen in Lohnfragen zusammengehen, und deshalb stimmen wir gegen den sozialdemokratischen Antrag und für den Budgetkommissionen. (Lebhafte Beifall bei den Konservativen und der Reichspartei.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Dr. Ruggan ist mit großer Verbe dafür eingetreten, daß die Marineverwaltung nicht nur mit den sozialdemokratischen Organisationen, sondern mit den Gewerkschaften aller Richtungen verhandeln solle. Dabei habe ich in der Begründungsbrede unseres Antrages ausdrücklich erklärt, daß es sich hier um keine Parteifrage, sondern um eine Sache aller Organisationen ohne Parteientchiede handle, und daß alle Organisationen, die bestehen, oder sich noch bilden könnten, Gelegenheit haben sollen, an den Verhandlungen teilzunehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine gemeinschaftliche Aktion der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen ist in den ver-

schiedensten Gegenden Deutschlands ermöglicht worden und hat sich gut bewährt. Nur die Voreingenommenheit des Abg. Dr. Ruggan nimmt an, daß das in Kiel nicht möglich sein würde. Der Kollege Due ist nicht vorgebildet worden, sondern hat aus freien Stücken in die Debatte eingegriffen. Dann hat der Abg. Dr. Ruggan gefragt, wo er denn etwas Arbeiterfeindliches gesagt hätte. Ich erinnere nur daran, daß eine ganze Hauptaktion, sein Stedenpferd, die Krankenkassensachen, auf eine

#### systematische Untergrabung der Selbstverwaltung der Arbeiter

in den Krankenkassen hinausläuft. (Lebhafte Sehr gut! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Dr. Ruggan meldet richtig! bei den Sozialdemokraten. Abg. Dr. Ruggan meldet sich zum Wort.) Wenn es aber noch eines Beweises bedürft hätte, bietet, um sogar die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu schädigen, so hat ihn seine heutige Rede erbracht. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig er dabei von der Arbeiterbewegung verheißt, zeigt seine Annahme, daß die Arbeiterausschüsse des Betriebes die Aktion der verschiedenen Gewerkschaftsvertreter ersetzen könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist es doch ganz unmöglich, heutzutage eine Lohnbewegung isoliert auf einen Betrieb ohne Rücksicht auf den ganzen übrigen Verus durchzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen, daß die Mehrheit des Hauses vorurteilfrei genug sein wird, um die Versuche des Abg. Ruggan zu verurteilen, und unseren Antrag anzunehmen, im Interesse aller Arbeiter, nicht nur der einer Partei. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Wenn in einem Betriebe die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, werden im Arbeiterausschuss nur Sozialdemokraten sitzen. Wird aber mit den Organisationen verhandelt, so kommt jede Richtung zu ihrem Recht. Dazu kommt, daß die Anerkennung der Organisationen die nationalen Arbeiter ermutigen wird, sich ihren Organisationen anzuschließen. Schon heute vertreten die freien Gewerkschaften nicht mehr allein die Arbeiter, sondern die christlich-nationalen Gewerkschaften haben sich ihr Recht erkämpft. In allen reinen Arbeiterfragen aber gehen die verschiedenen Organisationen zusammen.

Abg. Dr. Ruggan (frei. Bg.): Es war von Herrn Ledebour sehr unvorsichtig, an meine Stellung zu den Krankenkassen zu erinnern in einem Augenblick, wo man davon spricht, daß die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern verhandeln sollen. Die Herren von der Sozialdemokratie sollten gerade die sozialdemokratischen Krankenkassenverbände veranlassen, mit ihren Arbeitnehmern, den Ärzten zu verhandeln. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Streit um die freie Arztwahl ist ein Streit darum, ob die Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen verhandeln sollen oder mit den einzelnen Ärzten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachnide (frei. Bg.): Wir berücksichtigen die Arbeiterorganisationen, wenn es sich um Abschluß von Tarifverträgen handelt und die Arbeiterausschüsse dort, wo sie in Betracht kommen, z. B. in den Betrieben der Marineverwaltung. Darin liegt keine Uebelmollen gegen die Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

#### Damit schließt die Debatte.

Es geht ein Antrag Graf Spompsch (Z.) ein, über den Antrag Albrecht namentlich abzustimmen und die Abstimmung morgen zu Beginn der Sitzung vorzunehmen. (Rufe rechts: Heute!)

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte darauf aufmerksam, daß es auf einer Verabredung der Vertrauensmänner des Hauses beruht, daß namentliche Abstimmungen, die plötzlich beantragt werden, nicht in derselben Sitzung vorgenommen werden.

Vizepräsident Paasche läßt darüber abstimmen, ob die namentliche Abstimmung sofort oder morgen erfolgen soll.

Gegen die Stimmen eines Teiles der Konservativen und der Nationalliberalen wird beschlossen, die Abstimmung morgen zu Beginn der Sitzung vorzunehmen.

#### Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamts.

Abg. Stolle (Soz.)

führt darüber Bemerkungen, daß viele verkehrreiche Strecken immer noch eingleisig sind und bittet den Präsidenten des Reichseisenbahnamts um Mitteilung der Dienstvorschriften der Lokomotivführer. Weiter bemängelt der Redner die unzureichenden Einrichtungen dieser preussischer Bahnhöfe besonders Mitteldeutschlands. Auf Bahnhöfen mit großem Verkehr befindet sich nur ein einziges Anschlaggleis. Die zahlreichen Entgleisungen und Zusammenstöße sind meist zurückzuführen auf die mangelhaften Einrichtungen der Bahnanlagen und auf die mangelhaften Dienstvorschriften. Angehts der nicht wegzuleugnenden Mängel am Oberbau und Unterbau sollten sich die beteiligten Behörden endlich zu Resonanzen und zu einer Revision der Dienstvorschriften entschließen. Das Reichseisenbahnamt sollte die einzelnen Betriebsverwaltungen anhalten, neue Bahnhöfe und neue Gleise zu bauen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem sollte das Reichseisenbahnamt dafür sorgen, daß die Betriebsverwaltungen das Strecken- und Bahnhofspersonal besser instruieren, damit in Zukunft nicht wieder Unfälle infolge mangelhafter Instruktionen entstehen. Dafür ist das Reichseisenbahnamt zuständig und deshalb sollte es da auch seine Pflicht tun, ganz gleich, was es kostet. Die Sicherheit des reisenden Publikums allein sollte der leitende Gesichtspunkt der Bahnbahnen sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erfüllung meiner Wünsche liegt aber nicht nur im Interesse der Reisenden, sondern auch im Interesse des Personals. Heute muß das Personal seinen Dienst tun, ständig den Tod vor Augen. Dabei ist die Bezahlung der Unterbeamten bei den Eisenbahnen viel geringer wie die Bezahlung der unteren Post- und Polizeibeamten. Der Unterbeamte bei der Bahn verdient rund 220 M. weniger als sein Kollege bei der Post. (Hört! hört!) Angehts solcher Verhältnisse ist es kein Wunder, wenn die schlechteste Bezahlung einmal einen Reklamt tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier sollte das Reichseisenbahnamt auf die ihm unterstellten Behörden einen Druck ausüben, für eine menschenwürdige Bezahlung zu sorgen. Weiter wird den Eisenbahnarbeitern das in der Gewerbeordnung jedem Arbeiter garantierte

#### Kollektionsrecht direkt verweigert.

Der preussische Eisenbahnminister hat sich sogar ereifert, die Betriebsverwaltungen anzuweisen, solche Arbeiter nicht einzustellen, die irgendeiner Organisation angehören. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Angehörige anderer Organisationen sind auf die Prospektionsliste gesetzt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt ein preussischer Minister zu einer solchen gesetzwidrigen Anweisung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer unterhält denn die Eisenbahnen? Die Groschen der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem die preussische Eisenbahn ganz erhebliche Ueberflüsse abwirft, besteht noch eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 12 bis 13 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist es da ein Wunder, wenn auf dem inneren Dienst in den Bahnhöfen und draußen auf der Strecke Unfälle vorkommen? Ich sage: nein. Auch dem Wagenmangel ist noch immer nicht abgeholfen. Die Ausgaben einer Betriebsmittelgemeinschaft sind unter diesen Umständen nicht besonders gut. Im Ruhrgebiet fehlten im letzten November 23 000 Wagen. (Hört! hört!) Bei einer Betriebsmittelgemeinschaft müßten Preußen die fehlenden Wagen von den kleinen Staaten zur Verfügung gestellt werden; das ist für diese zweifellos nicht verlorene Zeit erst fängt man in Preußen an einzusehen, daß es an Betriebsmitteln fehlt, nachdem auch die Landwirtschaft darunter gelitten hat. Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichseisenbahnamts, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die von mir gerügten Mängel beseitigt werden und vor allem die Arbeiter im Eisenbahndienst einen auskömmlichen Lohn erhalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)



# JANDORF

## Woche

# 95

# 95

Sowohl Vorrat. — Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. Von Sonnabend d. 1. bis Sonnabend d. 8. Februar Die Ausgabe der Rabattmarken bleibt bestehen. Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. — An jedem Lager ist eine grosse Auswahl von 95 Pfl.-Artikeln vorhanden. — Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekorationen aufmerksam.

4 Stück Phonographen-Walzen, zum Aussuchen, neueste Melodien 95 Pf.

- 1 Bluse Barchend in schönen Dessins
- 1 Waschbluse modern verarbeitet
- 1 Matinee Barchend, moderne Fassung
- 1 Kostümrock aus gemusterten Stoffen englischen Charakters
- 1 Unterrock aus gutem Waschstoff, Volant mit Satin che garniert
- 1 Kinderkleid Barchend Länge ca. 45-65 cm
- 1 Kindercape mit Kapuze, grauer Stoff, Länge ca. 45-55 cm
- 1 Damen-Fassonhemd Hemdentuch m. Languetten
- 1 Damen-Hemd Hemdentuch m. Trimming, Achselschl. od. Priesenform
- 1 Damen-Nachtjacke dünn- oder Körper-Barchend mit Trimming
- 1 Damen-Beinkleid Hemdentuch oder Körper-Barchend, Knie- od. lange Form m. Stick-Vol.
- 1 Damen-Beinkleid rosa oder gestreifter Barchend mit Languetten
- 1 Damen-Unterrock weiss oder rosa Barchend mit Languetten
- 1 Damen-Untertaille mit Languetten oder Spitzen-Einsätzen
- 1 Kissenbezug Hemdentuch mit verschiedenen Spruchbeisätzen oder gebogtem Rand
- 1 Korsett Garterfassen mit Anschnitt, hübsch garn.
- 1 Korsett Empire-Fasson, einfarb. od. gemust. Stoff
- 1 Korsett auf Spiral-Federn, Dreil
- 1 Korsett halbhohle Form, einfarbig od. gemustert
- 1 Dtzd. weisse Linon-Taschentücher mit buntem Rand, für Kinder
- 1 Dtzd. Taschentücher m. Hohlraum u. bunt. Rand
- 1/2 Dtzd. Batisttaschentücher u. bunt. Rand
- 1/2 Dtzd. weisse Batisttaschentücher mit Hohlraum und Streifen
- 1/2 Dtzd. Linontaschentücher m. Buchstaben
- 1/2 Dtzd. Herren-Taschentücher bunt
- 1 Paar Florhandschuhe lang, f. Damen, weiss od. schwarz gemust.
- 1 Paar Florhalbhandschuhe lang, f. Damen, weiss oder schwarz gemustert
- 1 Paar Spitzen-Handschnhe für Damen
- 1 Plättdecke mit roter Kante 95 Pf.
- 1 Barchend-Bettlaken weiss m. Rand
- 3 Mtr. Hemden-Barchend gestreift
- 2 Meter Molton in vielen Farben 95 Pf.
- 2 Meter Velour-Barchend
- 3 Meter Hemdentuch ca. 80 cm breit
- 2 1/2 Meter Louisianatuch ca. 80 cm breit
- 2 Meter Piqué-Barchend glatt od. gemustert
- 1 Kinderbadelaken 95 Pf.
- 1 Protierhandtuch mit Buchstaben
- 1 Rolltuch mit breiter Jacquard-Bordüre
- 1 Tischtuch Dreil oder Jacquard
- 3 Servietten Dreil oder Jacquard
- 1 Kaffeedecke bunt, mit Franzen
- 1 Abschnitt 3 bunte oder 2 weisse lange Handtücher
- 2 Meter Dimiti 95 Pf.
- 2 Meter Negligé-Damast
- 5 grosse Poliertücher 95 Pf.
- 3 Tändelschürzen weiss mit farbigem Besatz
- 2 Tändelschürzen bunt oder weiss, mit Besatz oder Stickerei
- 1 Tändelschürze weiss Batist, ringsherum St. ckerei Volant
- 1 Tändelschürze mode Satin mit Besatz und Spitzen-Volant
- 1 Tändelschürze schwarz Lasting, Satin oder Panama
- 1 Hausschürze mit Volant u. Taschen, schwarz oder bunt
- 1 Hausschürze m. Trägern, einfarbig oder bunt ringsherum Volant, hübsch garniert
- 1 Reformschürze mit Trägern verschiedene Ausführungen
- 1 Miederschürze mit Besatz
- 1 Kleider-Reformschürze ca. 45-60 cm, einfarb. od. gemustert
- 1 Kinder-Reformschürze 50-70 cm lg., schw. m. Besatz
- 5 Schwämme in verschiedenen Grössen auf Schaum gezogen
- 3 Stück Bergmann's Liliemilch-Seife 95 Pf.

- 6 Stück Bergmann's Lanolin-Seife
- 12 Stück Torpedo-Fettseife 95 Pf.
- 6 Stück Blumen-Fettseife im Karton
- 11 Stück Hausseife 95 Pf.
- 6 Paar Trikot-Armbänder 95 Pf.
- 3 Paar Satin-Reform-Armbänder
- 6 waschbare Taillenverschlüsse
- 12 Dtzd. Druckknöpfe mit Feder, rostfrei
- 12 Meter Besenborte schwarz od. farb.
- 2 Paar Damenstrumpfhalter mit oder ohne Gurt
- 10 Mtr. gemust. Seidenborte schwarz oder farbig
- 1 Dtzd. grosse Garnierknöpfe
- 1 eleganter Plätterkragen 95 Pf.
- 1 Tiroler-Hut garniert für Damen 95 Pf.
- 1 Herren-Hemd Normalfasson 95 Pf.
- 1 Herren-Hose normalfarbig
- 1 Barchend-Damen-Rock mit Volant
- 1 Barchend-Damen-Beinkleid 95 Pf.
- 1 Kopftuch hell oder dunkel unterlegt
- 1 Zuvaven-Jacke 95 Pf.
- 1 Knaben-Sweater 95 Pf.
- 3 Paar Damenstrümpfe engl. lang
- 3 Paar Herrensocken 95 Pf.
- 3 Paar Kinderstrümpfe
- 3 Paar Herren-Schweisssocken 95 Pf.
- 3 Paar Damenstrümpfe schwarz, deutsch-lang
- 2 Mozart-Jabots eleg. ca. 28 cm lang
- 1 Reinseidenes Kopf-Fichu mit Tall-Volant, in Ballfarben
- 1 Unterrock-Volant schwarz, hübsch garniert
- 5 seidene Einhoftekragen bunt gestickt
- 1 Spachtel- oder Passementerie-Passe
- 1 Selbstbinder breite Form, ganz mod. Stoffe für Steh- oder Stehmiegekrag.
- 2 Regattes oder Schleifen
- 3 Herrenkragen in modernen Fassons
- 3 glatte Herren-Serviteurs 95 Pf.
- 2 Falten-Herren-Serviteurs
- 1 Garnitur farbiges Serviteur mit dazu passende Mantelchen und 1 weissen modernen Stehkragen
- 1 Prinz Heinrich-Mütze für Knaben, marineblau Tuch mit Lederschirm
- 1 Matrosen-Mütze mit Schirmrand für Mädchen oder Knaben.
- 1 Yachtklub-Mütze mit Abzeichen für Herren
- 1 Likör-Service 1 Tablett, 1 Flasche und 4 Gläser 95 Pf.
- 1 Krümelschaufel mit Bürste 95 Pf.
- 1 Fruchtschale ca. 20 cm hoch, mit Glasschale, ca. 20 cm Durchm. Tablett, 2 Gläser im Metall-Einsatz
- 1 Selter-Service
- 1 Kettentasche Leder mit Lederfutter mit Metall-Beschlag, ca. 30 cm hoch
- 2 Glas-Vasen
- 1 Handtasche braune Leder-Imitation, ca. 27 cm im heil. modern. Rahmen unter Glas, ca. 32 cm hoch, 67 lang
- 1 Handtasche Ballonform

Rock- und Kostümstoffe ca. 90-110 cm breit  
 Blusen- und Kleiderstoffe in den apartesten Frühjahrs-  
 Cheviot reine Wolle, schwarz oder farbig  
 A'paka schwarz gemustert  
 Seidenstoffe u. Blusen-Sammete sonstiger Wert  
 Reste oder Abschnitte für Blusen und Kleider in grösster Auswahl

durchweg **95** Pf.

- 1 Kabinet- und 2 Visit-Rahmen aus Metall } zusammen 95 Pf.
- 1 grosse Palme 95 Pf.
- 1 grosser Alpenveilchentopf
- 1 Primeltopf
- 1 eleganter Blumenkorb
- 1 Palmenständer Holz, ca. 100 cm hoch
- 1 Bücher-Etagere 2 teilig, ca. 50 cm

- 1 Paneel ca. 60 cm 95 Pf.
- 1 Hausapotheke Holz
- 1 Knaben-Hose blau Cheviot oder dunkel karierte Stoffe, für das Alter von ca. 3-8 Jahren
- 1 Knaben-Bluse dunkelblau m. weiss oder weiss und blau gestreifte Tennis-Stoffe, für das Alter von ca. 3-8 Jahren
- 2 Paar Damen-Plüsch-Pantoffel mit Filzsohle und Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Plüsch-Pantoffel mit Ledersohle und Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Pilz-Pantoffel mit Filzsohle,
- 1 Paar Damen-Ledertuch-Pantoffel mit Linoleum-Sohle
- 1 Paar Damen-Pilz-Schuhe mit Filzsohle
- 2 Paar Herren-Kord-Pantoffel mit Filzsohle
- 1 Paar Herren-Pilz-Pantoffel m. Filzsohle
- 1 Paar Herren-Ledertuch-Pantoffel mit Linoleum-Sohle
- 1 Schlummerkissen Satin Augusta, mit rotem Volant, fertig gestickt
- 1 Spielschürze weiss m. Loosbaum, rot oder reinher Garn, vorgezeichnet
- 1 Stubenparadehandtuch mit Loosbaum, ca. 55/115, rot oder blau, fertig gestickt
- 1 Vogelbauerdecke aus mod. Satin Augusta mit Borte eingefasst, vorgezeichnet
- 1 Bettwandschoner creme Aldastoff vorgezeichnet
- 1 Bettwandschoner weiss. Stoff, rot oder blau garn., vorgez.
- 1 Wäschebeutel rot oder blau garniert, fertig gestickt
- 1 Tüll-Läufer weiss mit reichem Pointlacc-Bandgarnerung
- 1 Wandschoner weiss mit Loosbaum, rot oder blau, fertig gestickt
- 1 Tischläufer weiss mit div. Durchbrüchen, vorgezeichnet
- 1 Tischläufer mit Hohlraum, fertig gestickt
- 1 Läufer weiss mit Hohlraum } zusammen 95 Pf.  
ca. 60/120 vorgezeichnet
- 1 Decke weiss mit Loosbaum } zusammen 95 Pf.  
ca. 60/60, vorgezeichnet
- 1 Stuben-Paradehandtuch m. divers. Durchbrüchen, vorgez.
- 1 Journalmappe mit Bandgarnitur
- 1 Bürstenkorb
- 1 Staubtuchkorb
- 1 Papierkorb mit reicher Bandgarnitur
- 1 Waschtischgarnitur dopp. gewebt, Steilig
- 1 Bestecktasche für 1 Dutzend Paar Messer und Gabel
- 1 Kissen Aldastoff mit Satin-Volant, vorgezeichnet
- 1 Zeitungsmappe Linocusta
- 1 Kravattenkasten Linocusta
- 1 Taschentuchkasten Linocusta
- 1 Handschuhkasten Linocusta
- 1 Schlafdecke mit hübscher Bordüre
- 1 Japan-Matte ca. 70/115
- 1 Perser-Vorleger imitiert, mit Franzen
- 2 Lambrequins Filzstuch, reich bekrabelt

- 1 Davidis-Kochbuch mit Abbildungen, elegant gebunden
- 1 Postkarten-Album Stoff-Einband für 500 Karten } zusammen 95 Pf.  
12 bunte Berlin. Ansichtskart.
- 1 Taschenlaterne mit Vergrösserungslinse
- 1 Taschenlaterne mit 2 Batterien
- 1 Pfund sehr guter Kaffee
- 1/2 Pfund Kakao } zusammen 95 Pf.  
1/4 Pfund Tee
- 1/2 Pfund echt holl. Kakao Original-Paket
- 2 1/2 Dosen Gemischtes Gemüse
- 2 1/2 Dosen junge Schoten
- 1 1/2 Dose Stangen-Spargel
- 1 1/2 Dose saure Kirschen ohne Steine
- 1 Flasche Rum (Verschnitt)
- 1 Flasche Kognak
- 1 Flasche Eierkognak (ca. 1/2 Liter)
- 1 Emaille-Wanne ca. 40 cm, grau oder neublan
- 1 Marktkorb mit Emaille-Einsatz
- 1 Waschständer mit Schüssel und Seifnapf
- 6 Emaille-Schüsseln ca. 10, 12, 14, 16, 18, 20 cm
- 3 Emaille-Schüsseln ca. 22, 24 cm
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel
- 1 Kleiderbürste, 1 Kopfbürste } zusammen 95 Pf.  
1 Haubbürste
- 1 grosses Fensterleder
- 2 Büchsen Bohnerwachs gelb od. weiss } zusammen 95 Pf.  
1 Paket Stahlspäne
- 1 Reibemaschine
- 1 Brotkorb vernickelt mit Majolika-Malage
- 1 Holzkafeemühle mit vernickeltem Trichter
- 1 Plättbrett
- 1 Gewürz-Etagere mit 6 Tönnchen
- 1 Kohleneimer, 1 Kohlenschippe } zusammen 95 Pf.  
1 Ringständer, 1 Feuerhaken
- 1 Kaffeeservice mit Goldband 4 teilig (Porzellan)
- 1 Satz Töpfe bunt dekor., Satz 6 Stück (Porzellan)
- 1 Kompottservice 7 teilig (Porzellan)
- 1 Likörservice mit Tablett (Porzellan)
- 1 Mocca-Service Melonenform (Porzellan)
- 6 Dessertteller reich dekoriert (Porzellan)
- 1 Satz Kompottschalen Porzellan, Steilig
- 6 Speiseteller Porzellan
- 1 Satz Salatieren gerippt, 6 teilig
- 6 Tassen reich dekoriert 95 Pf.
- 6 Dessertteller Majolika
- 1 Salz und 1 Mehlmeste Zwiebelmuster
- 1 Tischlampe mit dekoriertem Schirm
- 1 Küchenlampe mit Spiegelblende verschiedene Ausführungen
- 2 Gas-Selbstzunder (Blaker) } zusammen 95 Pf.  
2 Glühstrümpfe
- 1 Küchenlampe } zusammen 95 Pf.  
1 Nachtlampe
- 12 Glühstrümpfe mit kleinen Fehlern
- 1 Nachtlampe ff. dekoriert
- 1 gr. Salatschale } zusammen 95 Pf.  
6 Teller (Glas)
- 1 Satz Kompottschalen (Glas) 6 teilig
- 1 Butterdose, 1 Käseglocke } zusammen 95 Pf.  
u. 3 Kompottschalen (Glas)
- 1 Likörservice mit Tablett (Glas)
- 1 Tafelaufsatz mit Vase (Glas)

**1 Zaffel-Miedergürtel** dehnbar in 2 verschied. sehr eleg. Ausführungen.

**1 Goldgürtel** ca. 6 1/2 cm breit, mit apter farbiges Tresse, 2 mal abgesetzt, hochmoderne Schnalle.

**1 Damengürtel** ca. 6 cm breit, aus farb. Atlas-Galon m. bunt. Fantasie-Tresse besetzt und neuester Schnalle.

Agitations-Kalender.

Deutsche Rechtspflege.

Oktober.

4. In Wischweiler bei Strahburg hat sich ein bürgerlicher Gemeindevorsteher an nicht einwandfreien Randern beim Holzverkauf durch die Gemeinde beteiligt. Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher und die sozialdemokratische „Freie Presse“ decken die Sache auf. Der Wohlgestellte verlor den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, und da der Redakteur der „Freien Presse“, Genosse Schneider, die Auslage, wer der Verfasser des Artikels sei, verweigert, wird er zum Zweck des Zeugniszwanges mit einer Geldstrafe belegt und sofort ins Gefängnis abgeführt.

Am 7. Oktober hebt die Strafkammer diesen Beschluß des Schöffengerichts auf und Genosse Schneider wird aus der Haft entlassen.

9. Vor dem Reichsgericht beginnt die Verhandlung wegen angeblichen Hochverrats gegen den Genossen Karl Liebknecht.

10. Vor dem Berliner Landgericht ist der Buchhändler Siewert wegen verbotener Erpressung angeklagt. Die Verhandlung ergibt, daß er einen bei der Firma Sittenfeld in Arbeit getretenen Buchhändler Wibour gefragt hat, ob er Verbandsmitglied sei. W. war das nicht, konnte es auch nicht werden, weil er wegen rüch-sündiger Beiträge und aus anderen Gründen nicht mehr aufgenommen werden soll. Nach zwei Tagen wurde er entlassen. Der Verführer W. S. M. S., der ihn entlassen hat, bekundet eiblich, die Entlassung sei nicht wegen der Differenzen des W. mit dem Verbandsvorsitzenden, sondern weil W. zu langsam arbeitete. Weitere Beweisanträge, die daselbe bekunden sollen, lehnt das Gericht ab, indem es diese Angaben als wahr annimmt. Und dann — verurteilt das Gericht den Angeklagten Siewert zu einem Monat Gefängnis, weil — wie es in der Begründung heißt — er den Wibour aus der Arbeit gebracht habe.

12. Im Hochverratsprozess zu Leipzig beantragte der Oberstaatsanwalt Dischhausen gegen den Angeklagten Genossen Karl Liebknecht 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf 1 1/2 Jahre Festung.

Bereits am 16. Oktober erhält Liebknecht vom Oberstaatsanwalt die Aufforderung, seine Strafe am 24. Oktober in der Festung Slay anzutreten. Aber erst am 7. November erhält Liebknecht das schriftliche Urteil mit der Begründung, obgleich die Strafprozessordnung vorschreibt, daß das Urteil mit den Gründen binnen 8 Tagen zu den Akten gebracht werden soll.

November.

18. Wie der „Vorwärts“ vernimmt, hat der Oberstaatsanwalt am Kammergericht die Disziplinarlage gegen Karl Liebknecht erhoben, um ihm das Mandat als Rechtsanwalt abzuerkennen. Liebknecht soll jetzt wegen seines sogenannten Hochverratsprozesses, durch den er anderthalb Jahre Freiheitsstrafe zur Last bekam, auch noch die Ehrengewalt genommen werden!

18. In Emmerich hat, wie die Rheinische Zeitung berichtet, ein Mann vor vielen Jahren ein Jahr Gefängnis bekommen, weil er den Bürgermeister Rengel verleumdet hatte. Der Mann wußte immer und immer wieder Strafausschub und schließlich die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Festungshaft auf dem Wege der Vergnügung zu erwirken. Dieser Mann heißt Leopold Nomen und ist ein Bruder des bekannten Kriegsrats Nomen. Die Vergnügung dieses Nomen zur Festungshaft erfolgte nach Angabe der „Rhein. Zig.“ im Januar, er spaziert aber noch heute (18. November) frei in Emmerich herum.

20. Vor dem Schwurgericht zu Saalfeld beginnt der Prozess wegen des sogenannten „Aufbruchs“ in Steinbach gegen elf Angeklagte. Das Verfahren ergibt, daß es sich um einen harmlosen Stimmzettelhandel handelt.

Das Urteil lautet auf 8 1/2, 5, 3 1/2, 3 Monate Gefängnis, zwei Wochen und eine Woche Haft; zwei Angeklagte werden freigesprochen.

Dezember.

12. Der Oberstaatsanwalt Dr. Dischhausen, der den Liebknecht-Prozess geführt hat, ist an Stelle des in den nächsten tretenden Dr. Trepplin zum Staatspräsidenten am Reichsgericht ernannt worden. An seine Stelle tritt Reichsanwalt Dr. Hweigert.

17. Auf eine Klage des Hafenbetriebsvereins zu Hamburg gegen den Hafenarbeiter-Verband erläßt das Gericht eine einstweilige Verfügung, die dem Verband verbietet, den Zugang von Hafenarbeitern nach Hamburg irgendwie zu fördern und die Arbeitswilligen „Streikbrecher“ zu nennen, bei einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung.

19. In Portitz bei Leipzig haben im Juli d. J. nächstherweise einige angeheiratete Arbeiter allerhand Unfug getrieben. Deswegen wurden 14 Mann monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Einer hat sich im Untersuchungsgefängnis das Leben genommen. Vier werden zu 2-6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Terrorismus.

Oktober.

14. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ haben in einer ganzen Reihe deutscher Städte die sogenannten „Bahnamtlichen“ Spediteure ihren Angestellten, Aufsachern und Arbeitern erklärt, daß sie keinem Verbandsangehörigen, auf keinem Fall dem Deutschen Transportarbeiterverbande angehören dürfen; von der Bahnverwaltung seien sie aufgefordert worden, keinen Organisierten zu beschäftigen.

Wie zum Jahreschluss ist nicht bekannt geworden, daß der Staatsanwalt Ermittlungen angestellt hat, um festzustellen, ob diese Rötigung von Seiten der Bahnverwaltung wirklich begangen worden ist.

22. Im Breslauer Krawallprozess (der eine Folge des Blutbades vom 19. April war) wurde neben anderen auch ein im Hirsch-Dunkerischen Gewerksverein organisierter Metallarbeiter mit einer Haft von 14 Tagen belegt. Kürzlich hat er diese verhöht. Als er aber tags darauf in der Breslauer Maschinenbauanstalt (vorm. Linde) seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde er barsch zurückgewiesen und ihm mitgeteilt, daß die auf „gute Sitte“ haltende Direktion die Einstellung „bestrafter“ Arbeiter nicht gestatte!

Dezember.

20. Der „Vorwärts“ berichtet: Vor einiger Zeit hat in Potsdam eine Gerichtsverhandlung wegen „Streikvergehen“ stattgefunden. Die Anklage der Staatsanwaltschaft richtete sich gegen einen Schuhmachermeister, Gabeloff mit Namen, wohnhaft Kaiser-Wilhelm-Straße 44 in Potsdam. Der hatte am 25. Oktober einen streikenden Gesellen mit einer langen Reitpeitsche so arg mißhandelt, daß lassende Wunden auf Arm und Hand die Folge waren. Zwei andere Streikende entriß ihm das gefährliche Werkzeug, bevor er jenen gänzlich krumm und lahm schlagen konnte. Der Angeklagte kam für seine Rohheit mit 15 M. Geldstrafe davon.

Gegnerische Parteien.

Oktober.

2. Vor den Stadtverordnetenwahlen zu Hagen werden den am Orte erscheinenden Tageszeitungen die gedruckten Wählerlisten beigelegt. In diesem Jahre wandten sich unsere Parteigenossen an die

Stadt, auch unserem Parteiorgan, der „Freien Presse“, 2000 Exemplare für die Hagerer Leser zur Verfügung zu stellen. Dies geschah. Als ihnen die Rechnung für die 2000 Stück über 110,64 M. zuzuging, stellten die Genossen an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die Kosten aus dem Stadtfiskus zu bewilligen. In der Sitzung vom 30. September wurden die Kosten für die Herstellung der für die bürgerlichen Zeitungen beigelegten Listen bewilligt (21 000 Stück = 1470,50 M.). Der Antrag der Sozialdemokraten wurde mit 13 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

2. In Senftenberg, wo die Bergarbeiter streiken, kommt es wiederholt zu großen Krawallen der Streikbrecher. Ein Streikbrecher hat den Direktor von Denfels Werken mit dem Messer gestochen. Am Abend kam es zu großen Tumulten der Arbeitswilligen. Die Gendarmen haben mit blanker Waffe eingemarscht, Verhaftungen in großer Zahl wurden vorgenommen. Die Geschäftsinhaber wegen der Unruhen ihre Läden geschlossen. Ueber diese Tatsachen berichtet das Volksscheidebureau und nach ihm die gesamte bürgerliche Presse wie folgt:

„Senftenberg, 2. Oktober. Infolge der Bergarbeiterbewegung ist es zu Ausschreitungen gekommen. Heute nachmittag wurde der Direktor eines Werkes von drei Arbeitern überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt.“

Wodurch dem Publikum verschwiegen wird, daß die Schandtat von Streikbrechern begangen wurden.

15. In dem Mainstädtchen Sickingen wurde nächstherweise von dem Denkmal des Königs Ludwig die Wüste herabgeworfen und zertrümmert. Da in dem Städtchen seit kurzer Zeit die Arbeiterbewegung aufzublähen beginnt, wurde diese Freveltat den Sozialdemokraten zur Last gelegt. Das sei ein Akt sozialdemokratischer Rohheit und nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was man zu erwarten habe, wenn das „Gift“ noch weiter um sich greife. Den vaterlandslosen Frevlern gebühre, wenn man sie erwische, schwere Zuchthausstrafe.

Der Täter wurde auch kurz darauf erwischt, aber es war kein roter Umfänger, sondern ein Angehöriger der goldenen Jugend — ein Student. Nun wandelte sich die Rohheit zu einem „Studentenunfall“ um, von einem zuchthauswürdigen Verbrechen ist nicht mehr die Rede!

10. Der nationalliberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete Held hat mehrere Personen wegen Verleumdung verklagt, weil sie ihm allerhand unlautere Nachschichten nachgeredet haben. In der Verhandlung vor Gericht wird zunächst festgestellt, daß die nationalliberale Partei eine eingehende Untersuchung des Falles Held vorgenommen hat, an der sich auch Juristen beteiligt haben, und die zu dem Resultat gekommen ist, daß dem Held kein Vorwurf zu machen sei. Also ein nationalliberal abgestempelter Ehrenmann!

Die Gerichtsverhandlung ergibt dagegen eine ganze Reihe höchst bedenklicher Manipulationen des Held.

20. In einer Versammlung liberaler Wähler des 10. Kommunalwahlbezirks hühnte Herr Kopsch, von der Sozialdemokratie seien ja sogar schon die Dienstmädchen organisiert worden, nächstens werde sie wohl auch noch die „Damen“ organisieren, die in der Nacht durch die Friedrichstraße streifen.

November.

4. Wie „nationale“ Blätter berichten, ist der Kadaver der Wahnhaft zu Berlin, den man als freiwilligen Ausbruch der Begeisterung hingestellt hat, Raube geworden. Er war das Ergebnis einer Schaar unter das Publikum verstreuter deutschnationaler Handlungsgeschäfte.

10. In Frankfurt a. M. findet die Einigungs-Versammlung der Freisinnigen unter Ausschluß der Diszussion statt.

Dezember.

3. Der nationalliberale Abgeordnete Paasche, Vizepräsident des Reichstages, hält aus Anlaß des Hardenprozesses eine sehr scharfe Rede gegen den preussischen Kriegsminister.

4. Infolge der Rede des Abg. Paasche hat der Reichskanzler den Vlodparteiern hinter den Kulissen mit seinem Rücktritt gedroht. Die Reichstags-Sitzung wird deshalb nach einer Erwiderrungsrede des Kriegsministers von den Vlodparteiern verlagert.

5. Dem Verlangen des Reichskanzlers gemäß geben die Führer der Vlodpartei im Reichstage nach einander die Erklärung ab, daß sie von jetzt ab ganz artig Kinder sein wollen. Die Sitzung wird unmittelbar darauf geschlossen, die Sozialdemokraten werden durch Nichterteilung des Wortes verweigert.

Dem Abg. Paasche wird von der bürgerlichen Presse ganz ungeniert nachgelacht, daß sein Vorstoß gegen den Kriegsminister nur aus persönlichen Gründen erfolgt sei, weil er erstens mit Harden verwandt sei und zweitens selber ein Staatsamt haben wolle.

11. Bei der Debatte über das neue Vereinsgesetz sagt im Reichstag der freisinnige Redner Herr Müller-Reinigen: „Aber andererseits muß bei der neuen Fassung des § 7 auch berücksichtigt werden, daß die Polizei die Möglichkeit der Ueberwachung von Versammlungen der Polen hat.“

Soziales.

Oktober.

20. In Berlin findet ein „Christlich-nationaler Arbeiterkongress“ statt. In einer Begrüßungsrede empfiehlt der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg den Arbeitern die „vier Grundpfeiler“: Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit. Der Kongress verzichtet auf die anfänglich beabsichtigte Fassung einer Wahlrechtsresolution.

25. Eine Abordnung des christlichen Arbeiterkongresses wird vom Reichskanzler empfangen, der sie mit einem paar nichtsagenden Redensarten abweist. Nachher läßt er sie in seinem Speisezimmer einen Imbiß einnehmen.

29. Ebenfalls in Berlin findet eine Sitzung der Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller statt. In einer Begrüßungsrede verspricht Herr von Bethmann-Hollweg, „dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten“. Nachher gibt es ein Festmahl, an dem mehrere Minister teilnahmen. Auf eine Rede Rirdorfs, in der betont wird, daß die Unternehmer „Herren im Hause“ sein wollen, gibt der preussische Handelsminister den Rat, dies Prinzip lieber etwas weniger scharf zu formulieren, durch die Erklärung, daß die Unternehmer „die ersten Kameraden ihrer Arbeiter“ sein wollen, wie die Offiziere die der Gemeinen.

November.

1. Der preussische Handelsminister Delbrück verfügt in Gemeinschaft mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten, daß sich die Gewerbeaufsichtsbeamten in den staatlichen und in den nichtstaatlichen Eisenbahnerwerken jeder Tätigkeit enthalten und ihre Verhältnisse auch im Jahresbericht und den dazu gehörigen statistischen Nachweisungen nicht mehr berücksichtigen. Damit bricht der Arbeiterschutz im Bereiche der preussischen Eisenbahnverwaltung vollkommen in sich zusammen.

2. Die „Rheinische Zeitung“ berichtet: „Der preussische Finanzminister Herr v. Rheinbaben hat dieser Tage einem amerikanischen Zeitungsmann gegenüber sich über die deutschen Finanzverhältnisse ausgesprochen und dabei ausgeführt, daß das der Einkommensteuer

unterworfenen Vermögen in Preußen von 5 704 000 000 M. im Jahre 1893 auf 10 332 000 000 M. im Jahre 1906 und für 1907 auf 11 463 000 000 M. gestiegen sei. Es habe sich also in 14 Jahren mehr als verdoppelt und sei in diesem Jahre um mehr als 10 Proz. gestiegen. Dieselben Verhältnisse beständen in allen anderen deutschen Staaten.“ Wer hat nun dieses Vermögen verdient und wer hat es eingesammelt? Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein versteuerbares Vermögen von rund 3000 M. oder auf die fünfjährige Familie von 15 000 M. Wie viele Proletarierfamilien, aus deren produktiver Arbeit das Vermögen doch in erster Linie entspringt, erfreuen sich solchen Reichtums?

Dezember.

6. Der „Grundstein“ und der „Vauhilfsarbeiter“ veröffentlichen einen „streng vertraulichen“ Verhandlungsbericht über die außerordentliche Generalversammlung des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe, die am 21. Oktober 1907 im Architektenhause zu Berlin tagte. Die Versammlung fand unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit, vor allem auch der Presse, selbst der bürgerlichen, statt. Auch ihre Beschlüsse sollten streng diskret behandelt werden.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß die Unternehmer auf ihrer Generalversammlung zu Köln am 19. Februar 1907 beschlossen hätten: Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.

Weiter besagt das Protokoll, daß Ende März 1910, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge in Kraft treten und als letztes Mittel eine Ausperrung der Bauarbeiter größeren Umfangs angedroht und durchgeführt werden soll. „Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.“

20. Auf der Jahresversammlung des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins“ zu Königsberg teilt der Gutbesitzer Harder-K. Waldeck mit, daß der im vorigen Jahre mehr wie früher hervorgetretene Kontraktbruch der galizischen Arbeiter nach seinen Informationen nicht allein (!) an den Arbeitern, sondern auch (!) an den Arbeitgebern liege. So seien den Arbeitern von ihrem schwer verdienten Lohn hohe Beträge für Geräte und dergleichen abgezogen und trotz der Vereinbarung das Bahngeld bis Mysłowitz nicht bezahlt worden. Solche Fälle seien nicht vereinzelt vorgekommen.

Aus der Partei.

Oktober.

2. Die „Neue Zeit“ vollendet das 25. Jahr ihres Bestehens. 30. Wegen angeblicher Verbreitung unzüchtlicher Schriften steht Genosse Zietze, Redakteur des „Volkblatt“ für Harburg“ vor der Strafkammer zu Stade. Die Tat soll begangen sein durch eine Skizze von Lauffötter über mittelalterlichen Humor. Als Sachverständige erklären Detlev von Liliencron und Professor Düssel, daß sie in dem Artikel nichts Unzüchtiges finden können. Auf Antrag des Staatsanwalts selbst erfolgt Freisprechung.

Von der Armee und der Flotte.

Oktober.

1. Das Kriegsgericht in Regensburg verurteilte einen armen Soldaten, der einem anderen 1 Mark entwendet hatte, zu der ungebührlichen Strafe von 1 Jahre Gefängnis!

1. Vor dem Kriegsgericht zu Altona ist ein Gefreiter der Landwehr angeklagt, weil er am 23. Juni in Uniform „einem geschlossenen Umzuge des Gewerkschaftsartikels“ zu Vergedorf-Sande, dessen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören, mitging und dadurch den guten Ruf seines Truppenteils in der öffentlichen Meinung gefährdete. Die Verhandlung war nicht öffentlich. Der Angeklagte gibt an, er sei nicht im Zuge, sondern neben dem Zuge hergegangen, in dem er einige Bekannte erblickte. Auch sei es keine sozialdemokratische Veranstaltung gewesen. Trotzdem wird er zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

November.

5. Der Chef der Nordstation, Vizeadmiral v. Ahlefeld, hat sein Abschiedsgesuch einreichen müssen, weil er eine Duellforderung abgelehnt hat!

15. Der Hauptmann des 20. Infanterieregiments Eduard Jamin von Augsburg war vom Kriegsgericht in Augsburg wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, wegen 60 Vergehen der Verleumdung, sowie wegen erworbener Achtungsverletzung vor versammelter Mannschafft zu — 24 Tagen Stubenarrest verurteilt worden. Vor dem Oberkriegsgericht bleibt es bei dieser Strafe, obgleich der Hauptmann schon dreimal wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt disziplinarisch vorbestraft ist.

18. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die neue Flottenvorlage veröffentlicht. Gegen das Flottengesetz von 1900 sollen 1908-1911 fünf Einheitschiffe und ein großer Kreuzer mehr auf Stapel gelegt werden. Gegen den Anschlag von 1900 macht das insgesamt einen Mehrbetrag von 336 Millionen Mark.

23. Nach der amtlichen Denkschrift beträgt die Mehrausgabe für die Marine — gegenüber dem Kostenanschlag von 1906 — für die nächsten zehn Jahre 1000 Millionen Mark.

Dezember.

16. Vor der Strafkammer in Köln stand Genosse Andree als verantwortlicher Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ unter der Anklage, die Hauptleute v. Knapp und Mohr durch einen Artikel beleidigt zu haben, der im Juli dieses Jahres erschien und worin Klage geführt wurde über die übermenschlichen Anstrengungen der zu einer Hebung einberufenen Landwehrlente des 65. Infanterieregiments in Köln; als Gegenleistung, so sagte der Artikel, hätten die Leute ein Essen bekommen, das von ihnen als unappetitlich und ungenießbar bezeichnet worden sei.

Die Verhandlung ergab, daß die Soldaten morgens zwischen 3 und 3 1/2 Uhr aufstehen mußten und so umhergejagt wurden, daß 15-20 Mann wunde Füße bekamen. Das Essen war so schlecht, daß etwa 20 Leute es wegwarfen. „Die Vinken sahen aus wie eine Axt“, sagt ein Zeuge. Nach Erscheinen des Artikels wurde es besser. — Major Kramer teilte mit, daß der Staat nur 37 Pfennig für drei Mahlzeiten der Mannschaften zahlte.

Urteil: 500 M. Geldstrafe.

Unsere Kolonien.

Oktober.

8. Wie erst jetzt bekannt wird, hat Herr v. Lindequist am 18. August die Verordnungen über die „Rechtsverhältnisse der Eingeborenen von Südwestafrika“ erlassen, worin bestimmt wird: 1. Eingeborene sind in Zukunft vom Erwerb von Rechten oder Vererbungen an Grundstücken grundsätzlich ausgeschlossen. Sie können solche Rechte oder Vererbungen nur mit Genehmigung des Gouverneurs erwerben. 2. Eingeborene sollen in Zukunft Keittiere oder Großvieh grundsätzlich nicht mehr halten



lehren Gerichte, z. B. die Landgerichte Berlin I., Frankfurt a. M., Wiesfeld, das Kammergericht und das Reichsgericht entschieden. Abgesehen von dieser Ansicht ist nur ein Erkenntnis des Dresdener Oberlandesgerichts vom 8. November 1901. Die allgemein herrschende Ansicht wird auch von den Kommentatoren, mit Ausnahme von Wilhelm-Bewer, geteilt.

Anderer liegt die Rechtslage hinsichtlich der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Hier ist die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte auch dann begründet, wenn es sich um die Geltendmachung einer abgetretenen Forderung handelt. Das folgt aus der weitergehenden Wortfassung des § 1 des Kaufmannsgerichtsgesetzes gegenüber der des Gewerbegerichtsgesetzes. Diese nicht unbestrittene Ansicht ist dieser Tage vom Reichsgericht in einem Urteil gebilligt, dessen wesentlichen Teil wir nachstehend wiedergeben:

Der Firma Jandorf u. Co. in Berlin war von einem ihrer Schuldner, dem Buchhalter A., eine Gehaltsforderung an Franz S. in Berlin überwiesen worden. Diese Forderung suchte sie vor den ordentlichen Gerichten einzufordern. Das Landgericht Berlin wies die Klage ab, weil für Gehaltsforderungen bei Handlungsgehilfen mit 5000 M. und weniger Jahresgehalt nach dem Gesetz vom 6. Juli 1904 die Kaufmannsgerichte ausschließlich zuständig seien, und weil an der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts durch Abtretung oder Pfändung nichts geändert werde.

Die Berufung der Klägerin gegen das landgerichtliche Urteil wurde vom Kammergericht zu Berlin zurückgewiesen.

Im selben Sinne entschied zu dieser Frage das Reichsgericht aus Anlaß der von der Klägerin eingelegten Revision. Und zwar führt der erfindende dritte Zivilsenat unter Zurückweisung der Revision unter anderem folgendes aus: „Unzutreffend ist der Einwand, daß die vom Berufungsgericht vertretene Auffassung in dem Wortlaut des Gesetzes keinen genügenden Ausdruck gefunden habe, und die Motive nicht maßgebend sein könnten. Der § 1 Absatz 1 des Gewerbegerichtsgesetzes bestimmt: „Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers können Gewerbegerichte errichtet werden.“ Der § 1 Absatz 1 des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 lautet dagegen: „Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits können bei vorhandenem Bedürfnisse Kaufmannsgerichte errichtet werden.“ Während also dort als Voraussetzung für die Zuständigkeit des Gewerbegerichts angegeben wird, daß der Arbeiter und Arbeitgeber Parteien des Rechtsstreites sind, spricht hier die Wortfassung dafür, daß das Kaufmannsgericht in allen Fällen zuständig sein soll, in denen die Streitigkeit aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis herrührt. Hiernach ist nicht Voraussetzung der Zuständigkeit, daß der Rechtsstreit gerade zwischen den bezeichneten Personen geführt wird. In der Begründung des Entwurfs, auf welche das Berufungsgericht hinweist, wird dies ausdrücklich hervorgehoben. Es heißt da: „Durch die Wortfassung des Absatz 1 (Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen usw.) wird zum Ausdruck gebracht, daß die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts auch dann gegeben ist, wenn der erhobene Anspruch vor oder nach Erhebung der Klage auf einen Rechtsnachfolger übergegangen ist.“ — Unbegründet ist die weitere Behauptung der Revision, daß im Falle der Rechtsnachfolge durch Abtretung oder Pfändung und Ueberweisung der Forderung es sich nicht mehr um eine Streitigkeit aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis handle. Der Anspruch hat auch in solchen Fällen seine tatsächliche und rechtliche Grundlage in dem Dienst- oder Lehrverhältnis, und es tritt nur der die Rechtsnachfolge begründende Vorgang hinzu. Das Gesetz hat aber auch hierüber die Entscheidung dem Kaufmannsgericht zugewiesen, in denen der Anspruch aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis ist und der Streit nur den Uebergang des Anspruchs auf den Rechtsnachfolger betrifft, da das Gesetz für solche Fälle keine Ausnahme macht.“

Erste Sitzung des sog. Jugendgerichtshofes in Frankfurt a. M. Am Freitag fand in Frankfurt a. M. die erste Sitzung des zu Unrecht „Jugendgerichtshof“ getauften, seit dem 1. Januar zur Aburteilung jugendlicher bestehender Gerichtshofes statt. Das neue Gericht unterscheidet sich von einem sonstigen Schöffengericht lediglich dadurch, daß der Vorsitzende auch Vormundschaffsrichter ist. Innerhalb der heutigen Organisation wäre eine Zueignung von Eltern und Lehrern vor der Anklageerhebung möglich, wie sie in Gasse mit dem Erfolge zur Anwendung kam, daß über drei Viertel der Anklagen unterblieben. Das ist in Frankfurt a. M. nicht der Fall. So gut gemeint die Frankfurter Einrichtung gewesen sein mag, in der Praxis vermag sie an den bestehenden Zuständen nichts zu ändern. Das zeigt der Bericht über die ersten drei Fälle der ersten Verhandlung, den wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen: Das Gericht (Vorsitzender Amtsgerichtsrat Willmeröder, Schöffen: ein Stadtschreiber und ein Freiseur) trat nach einer Ansprache durch den Oberlandesgerichtsrat sogleich in Tätigkeit.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen ruhig, er sprach mit den angeklagten Kindern wohlwollend und freundlich; er fand wohl auch den richtigen Ton in den Fragen, die er an sie richtete, und die Art, wie er auf sie einredete, machte offensichtlich Eindruck auf die Kinder. Ob freilich die Urteile, die dieser Gerichtshof fällen wird, die auf ihn vielfach geübten Erwartungen erfüllen werden, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Bis zur Mittagsstunde waren drei Fälle erledigt. Der erste betraf ein dreizehnjähriges Mädchen, das in einem fremden Wohnung ein Schulheft, einen Riemen und etwas Garn, zusammen im Werte von etwa 1 M., entwendet hatte. Das Kind ist die Tochter eines kleinen Beamten und hat noch sieben Geschwister. Nach der Aussage des eigenen Vaters ist es sehr verlogen; die Lehrer beschließen das und nennen es außerdem diebstüchlich. Einer der Lehrer ist sogar auf den Gedanken gekommen, daß es Kleptomane sei, weil es so ohne Sinn auch wertlose Gegenstände an sich zu nehmen scheine. Im übrigen, so sagt der Vater, ist sie zu Hause fleißig und willig. Der Amtsanwalt nannte die Tat der Angeklagten einen „gemeinen Diebstahl“ und beantragte drei Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte dem Antrage entsprechend, stellte aber bedingte Verurteilung in Aussicht. Außerdem wird das Kind wahrscheinlich in Fürsorgeerziehung kommen. Sollte wirklich das dreizehnjährige Kind die zur Strafbarkeit erforderliche Einsicht? Wird es gar durch „Fürsorgeerziehung“ preußischer Art „gebessert“ werden? Wäre allenfalls ein erster Verweis nicht mehr als hinreichende Sühne gewesen? Und büßt ferner, wirkliche Jugendgerichtshöfe, bei denen in reichlichem Maße bereits vor der Erhebung der Anklage die Ursachen des vermeintlichen Delikts unparteiisch erforscht werden, hätten die Erhebung der ersten Anklage unmöglich gemacht. Auffällig ist ferner, daß, wie es scheint, in keinem der drei Fälle dem Kind ein Offizialverteidiger bestellt war. Man mag dem in Frankfurt betätigten Bestreben, Jugendliche vor Ungerechtigkeiten zu schützen, Anerkennung gönnen. Die Grundlage, auf der die neue Einrichtung beruht, ist viel zu schwach, um den gewünschten Zweck erreichen zu können. Wirkliche Jugendgerichtshöfe mit vollen Garantien für das angeklagte Kind und erhebliche Heraushebung des Zurechnungsfähigkeitsalters bleiben dringend notwendig.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen ruhig, er sprach mit den angeklagten Kindern wohlwollend und freundlich; er fand wohl auch den richtigen Ton in den Fragen, die er an sie richtete, und die Art, wie er auf sie einredete, machte offensichtlich Eindruck auf die Kinder. Ob freilich die Urteile, die dieser Gerichtshof fällen wird, die auf ihn vielfach geübten Erwartungen erfüllen werden, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Bis zur Mittagsstunde waren drei Fälle erledigt. Der erste betraf ein dreizehnjähriges Mädchen, das in einem fremden Wohnung ein Schulheft, einen Riemen und etwas Garn, zusammen im Werte von etwa 1 M., entwendet hatte. Das Kind ist die Tochter eines kleinen Beamten und hat noch sieben Geschwister. Nach der Aussage des eigenen Vaters ist es sehr verlogen; die Lehrer beschließen das und nennen es außerdem diebstüchlich. Einer der Lehrer ist sogar auf den Gedanken gekommen, daß es Kleptomane sei, weil es so ohne Sinn auch wertlose Gegenstände an sich zu nehmen scheine. Im übrigen, so sagt der Vater, ist sie zu Hause fleißig und willig. Der Amtsanwalt nannte die Tat der Angeklagten einen „gemeinen Diebstahl“ und beantragte drei Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte dem Antrage entsprechend, stellte aber bedingte Verurteilung in Aussicht. Außerdem wird das Kind wahrscheinlich in Fürsorgeerziehung kommen. Sollte wirklich das dreizehnjährige Kind die zur Strafbarkeit erforderliche Einsicht? Wird es gar durch „Fürsorgeerziehung“ preußischer Art „gebessert“ werden? Wäre allenfalls ein erster Verweis nicht mehr als hinreichende Sühne gewesen? Und büßt ferner, wirkliche Jugendgerichtshöfe, bei denen in reichlichem Maße bereits vor der Erhebung der Anklage die Ursachen des vermeintlichen Delikts unparteiisch erforscht werden, hätten die Erhebung der ersten Anklage unmöglich gemacht. Auffällig ist ferner, daß, wie es scheint, in keinem der drei Fälle dem Kind ein Offizialverteidiger bestellt war. Man mag dem in Frankfurt betätigten Bestreben, Jugendliche vor Ungerechtigkeiten zu schützen, Anerkennung gönnen. Die Grundlage, auf der die neue Einrichtung beruht, ist viel zu schwach, um den gewünschten Zweck erreichen zu können. Wirkliche Jugendgerichtshöfe mit vollen Garantien für das angeklagte Kind und erhebliche Heraushebung des Zurechnungsfähigkeitsalters bleiben dringend notwendig.

Zur den Inhalt der Jurazeit übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, 1. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Wollweber. Kammerstücke. Hochzeit. (Anfang 8 Uhr.)  
Vorstellung: Die Zauberkiste.  
Theater an der Spree. Holupolka.  
Kessling. John Gabriel Borkman.  
Anfang 8 Uhr.

Königl. Opernhaus. Salome.  
Königl. Schauspielhaus. Wollweber.  
Nachmittags 3 Uhr: Judith.  
Vollständiges. Gänge.  
Berliner. Wandart.  
Neues. Baccarat.  
Sonnabend (Wallner-Theater.)  
Hermannsschlacht.  
Schiller Charlottenburg. Der Hexenkessel.  
Herbell. Maria Magdalena.  
Königliche Oper. Island.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der gehörnte Siegfried.  
König. Ein Walzertraum.  
Klein. Wandart.  
Neutra. Frau Wavens Gewerbe.  
Wendens. Woll.  
Zulken. Der Weicmann und sein Pflanzend.  
Nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Trianon. Baron Toto.  
Thalia. Jünger oder auf.  
Verhard. Die arme Nieta.  
Nachmittags 4 Uhr: Kätzchen.  
Bürgerl. Schauspielhaus. Geschlossen.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Nyoko. La belle Alexia. Gymnast. Gentes.  
Folies Caprice. Mal was anders.  
Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.

Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen.  
Kassio. Die Freuden der Hühner.  
Wintergarten. Robert Stiehl. Spezialitäten.  
Vahage. Rudolf Räger. Spezialitäten.  
Reichshausen. Stettiner Sänger.  
Carl-Gaberland-Theater. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Luisenpark. Fandenteater 18/19.  
Theater 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Kantarall.  
Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Döner nach Bredel.  
Döner 8 Uhr: Professor Donath.  
Die Physik der Blasinstrumente.  
Sternwarte. Jurazeit. 57/58.

**Berliner Theater.**  
Gastspiel d. Nouen Operetten-Theaters.  
Abends 8 Uhr:  
**Blaubart**  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Baccarat.**  
Sonntag zum 50. Male: Baccarat.  
Montag: Baccarat.

**Kleines Theater.**  
Zum 50. Male:  
**Mandragola.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein Hausbesuch. (Nora)  
Abends 8 Uhr: Mandragola.  
Montag: Der Unsichere.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Operette von Oskar Strauß.  
Sonntag nachm. 3/4 Uhr halbe Preise:  
Die lustige Witwe.

**Neues Schauspielhaus**  
Nachmittags 3 Uhr: Judith.  
Abends 8 Uhr:  
**Wolfenfrager.**  
Sonntag 8 Uhr: Wolfenfrager.  
Montag 8 Uhr: Wolfenfrager.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Der gehörnte Siegfried.  
Siegfrieds Tod.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Raufschal.  
Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.  
Montag 1. M.: Sein Prinzchen.

**Sortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Straße 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Zauberpflöte.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Andine.  
Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan.

**Hebbel-Theater**  
Königgrätzer Str. 57-58.  
8 Uhr: Maria Magdalene.  
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
8 Uhr.  
„Bibl.“  
Schwan in 3 Akten von de Gorisse und de Marlon.  
Deutsch von R. Schönan.  
Bretschel . . . Richard Alexander.  
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung:  
**Robinson Crusoe.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Leiermann und sein Pflegekind.  
Sonntag nachmittags: Die Waise von Liverpool.  
Abends: Des Räubers Lebensweg.  
Montag: Caprienne.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Hermannsschlacht.**  
Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Reiterattacke.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Kollege Crampton.**

**Schiller-Saal (Charlottenburg)**  
Sonnabend, nachm. 6 Uhr: 2. Vorlesung von Prof. Dr. Schüring: Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums. — Abends 9 Uhr: 2. Vorlesung von Dr. R. Burckhardt: Das deutsche Lied.

**Castan's Panoptikum**  
165 Friedrichstr. 165  
Abdul Hamids Harem  
Zauberer - Fakire - Bauchtänzerinnen.  
Schlangen-Ungeheuer von Sumatra.  
Sonntags kein Extra-Entree - Wochentags 20 Pf.  
durch besonderen Eingang.

**Zirkus Schumann**  
Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:  
XX. Grande Solrée High Life.  
Debit

**Resisto**  
das elektrische Rätsel.  
Rätsel Wunder aus Amerika. Mr. Resisto läßt 300 000 Volt elektrisch tödlich wirkenden Strom zu versch. Experimenten durch seinen Körper leiten.  
Neben dem das exquisite Programm und die Klein-Family.  
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr:  
**Amerika.**

**Theater an der Spree**  
Königgrätzer Str. 68.  
Zum 40. Male:  
**Hokuspokus.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 8 Uhr: Ausgewiesen.  
Sonntag 8 Uhr: Der kritische Tag.

**Bernhard Rose Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 102  
Der Kaufmann von Venedig  
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.  
4 Uhr: Kindervorstellung: Räuberzahl.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 10.  
Heute: Geschlossen.  
Sonntag: In der Irre.  
Auf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.  
Mont. Dienst. Freitag. In der Irre.  
Wittwoch: Grobes Bockbierfest.  
Donnerst.: Käthen von Heilbrunn.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Theater nachmittags 4 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Theater abends 8 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Hörnsaal 8 Uhr: Prof. Donath:  
Die Physik der Blasinstrumente.

**Apollo Theater**  
Heute:  
**Premiere!**  
Mitslaw der Moderne  
Operette von F. Lehár  
mit Mia Werber als  
und Debuts  
der neuen  
Spezialitäten - Attraktionen.

**Wintergarten**  
Heute Premiere  
Auftreten von  
**Otto Reutter.**

**Rajino-Theater.**  
Loffringstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Hanni weint - Hansi lacht  
Reu! Reu! Reu!  
Reu! Der armenische Rügamer. Reu!  
Reu! Käti Goltini. Reu!  
Die Freuden d. häuslichkeit.  
Sonntag 4 Uhr: Wiedererlebung.

**Saal Bechstein** Link-  
straße 42  
Morgen, Sonntag, 8 Uhr:  
Dritter heiterer Kunstabend von Dr. Alfred DANIEL  
Der Weg zum Lachen.  
Kl.: 1, 2, 3, 4 M. Mittag- u. Abendkasse.

**Sanssouci** Kottbusser  
straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Nord. Sänger  
u. Tanzkränzen.  
Morgen Sonntag: Große  
Gitarre - Tanz.  
Beg. Sonntag, Montag, 8 Uhr.  
Diensttag: Theater - Abend.

**Passage-Theater.**  
Heute Premiere!  
**Danny Gürtler**  
Der König  
der Böheme  
und das große Februar-  
Programm!

**Gebr. Herrnsfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Täglich 8 Uhr:  
**Papa und Genossen**  
Vorher: Madame Wig-Wag.  
Dienstags: Premiere.  
Salomonisches Urteil.  
Wittwoch und folgende Tage:  
Papa und Genossen.  
Salomonisches Urteil.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147  
Sonntag, den 2. Februar 1905:  
Gespiel des Opern-Ensembles  
(Theater des Westens).  
Der Trompeter von Sakkingen.  
Romantische Oper in 3 Akten von  
Repler.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Heute  
zum 1. Male:  
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Gastons Frauen.  
**Neue Welt**  
Gartenstraße 108-114.  
Täglich: Original-Bayr.  
**Bockbierfest**  
Baron Muckls  
Bauernkapelle.  
30 bayerische Wadl.  
Auf. Wochent. 7. Sonntags 5 Uhr.  
Entree: 30 Pf. 50 Pf.

**Neue Welt**  
Gartenstraße 108-114.  
Täglich: Original-Bayr.  
**Bockbierfest**  
Baron Muckls  
Bauernkapelle.  
30 bayerische Wadl.  
Auf. Wochent. 7. Sonntags 5 Uhr.  
Entree: 30 Pf. 50 Pf.

**Ober-Schöneweide.**  
Allen Freunden und Bekannten  
empfehle mein  
14788  
Weiß- und Bayerisch-Bier-Lokal.  
Eduard Sielof,  
Reuleaux-Ohmstr. 10/11.

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Sonntag, den 9. Februar 1908:

# Kunst-Abend

arrangiert von Margarete Walkotte.

Mitwirkende:

Margarete Walkotte  
Herr Dr. Marx Höller  
Frl. Käthe Dietz, Konzertsängerin  
Herr Hans Frey vom Apollo-Theater

Frl. Annie Luxemburg  
Violinvirtuosin  
Fräulein Elisabeth Sonntag,  
Pianistin u. Herr Bernhard Nitzsche, Pianist a. Flügel.

Entree 60 Pf. im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.  
Anfang 7 1/2 Uhr. [282/19] Anschließend BALL.  
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15.

## Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

## Deutsch-Amerikanischer

### Urbock-Orchester.

## Palast-Theater

Burgstraße 21.

Heute 8 Uhr

Entree 20 Pf.

Premiere!

# 12 Attraktionen

I. Ranges

# 12

Haus in der Falle.

Schauspiel von E. Stephan.

## Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.

Abends 8 Uhr:

Heute zum erstenmal:

Die neuen Februar-Spezialitäten.

## Gala-Vorstellung

mit anschließendem Ball.

Lunel: Vorkauf, Regimentskapelle, Schrammeln.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.



## Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,  
Goltzstr. 9.

Das glänz. Februar-Programm  
Koskainitz-Truppe, Rumänisch-  
ische Gesänge u. Tänze. 4 Pers.  
Skandal im Theater,  
Vollständ. mit Gesang.  
Auchdem: 16 Spezialitäten.  
Jeden Abend: Dusk Kinematograph.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.  
Jeden Sonnabendnachmittag 3 1/2 Uhr:  
Große Kinder-Vorstellung.  
10, 20 und 30 Pf.

## Buggenhagen

Moritzplatz,  
im Theatersaal täglich

# Albert Böhme

und das  
großartige Februar-Programm.

Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Becker, Freymarsch,  
Görlich, Reumann, Offeney,  
Wittich.

## Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Friedrich Hinte, Rauerstr. 89.  
Zentrum II: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Kochstr.

1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Koch-  
partei.  
Süden und Südwesten: Hermann Berner  
Gieselerstr. 72, Laden.

2. Wahlkreis: St. Fritz, Brimmsstr. 31, Hof rechts part.  
3. Wahlkreis: Osten: Robert Engelke, Köderdorferstr. 3, am  
Kühnenerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15  
(Laden).

5. Wahlkreis: Leo Sucht, Immanuelstr. 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders,  
Salzweberstr. 8, im Laden.  
Wedding: Karl Reiche, Nazarethstr. 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann  
Kasche, Adastr. 36, Eingang Kottbuserstr.  
Gesundbrunn: F. Trapp, Stettinerstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Döhnerstr. 123.  
Alt-Glennicke: Wilhelm Dürre, Kubowstr. 83 II.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstr. 1, Ecke  
Goethestr., Laden.  
Wilmersdorf-Halensee: Georg Heise, Berlinerstr. 46, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto  
Seidel, Kronprinzstr. 50, I.  
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Witt-Boxhagen 56.  
Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.  
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge-  
nosenschaftshaus.  
Rixdorf: W. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.  
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gumbstr. 2.  
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
Tempelhof: W. Müller, Berlinerstr. 41/42.  
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edlsonstr. 10, I.  
Nieder-Schöneweide: Sonatowski, Gasse/Weberstr. 8.  
Johannisthal: Franz Arnold, Kaiser Wilhelmstr. 18 III, Eingang  
Bachstraße.  
Adlershof: Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalder-  
str. 4b.  
Köpenick: Friedrich Bold, Riekerstr. 6, Laden.  
Friedenau-Steglitz-Südende: G. Bernier, Schloßstr. 119,  
Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:  
G. Böhr, Doppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.  
Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseestr. 27.  
Baumschulenweg: E. Siod, Ernststr. 2, II.  
Tropow: Rob. Gramenz, Riefholzstr. 412, Laden.  
Neu-Wellensee: Kurt Rudmann, Sedanstr. 105, parterre.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:  
G. Gursch, Probststr. 92 (Eingang Wilmersweg).  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust,  
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast,  
Borsigwalde, Rauschstr. 10.  
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wühlstr. 73.  
Barnau-Röntgenal: Heinrich Bros, Gohlfeldstr. 74, par.  
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:  
Wittlich.  
Teltow: Wilhelm Reher, Hohensteinweg 7.  
Nowawes: Wilhelm Sappe, Priesterstr. 46.  
Spandau: R. Dypen, Jagowstr. 9.  
Mahlsdorf und Hausdorf: Albert Schmidt, Mahlsdorf, Volz-  
str. 2.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert  
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

## Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.  
Allein-Berlauf. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-  
nähte. Halbbarte Blot-Taschen.  
Große Hüften umloht.  
Die Herkules-Hose 4 M. 50

Monteur-Jacketts „Edison“,  
schwarz oder rot oder Drell 2 M. 65  
Monteur-Hosen „Edison“,  
schwarz oder rot oder Drell 2 M. 25  
Rancher-Jacketts-Gambirins 6 M. 50  
Waler-Mittel . . . . . 3,50, 2 M. 40  
Mechaniker-Mittel (beim) 3,35, 2 M. 75  
Weiche Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M.  
Steffel-Knöpfe . . . 7,25, 6,—, 5 M. 50  
Weiche Jacketts für Arbeiter, Kellner,  
Konditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.  
Die Preise für normale Größen.

## Baer Sohn

Chausseestr. 29/30, Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Katalog gratis und franco.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schrittlänge, bei  
Jacketts und Mitteln die Brustweite  
anzugeben. 14712\*

Nachdruck verboten!

## A. B. Koch

### Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 24, Brombergerstr. 16.  
Preise für nur 10 Mark an Platz  
von 10 Jtr. an:

Prima Ia Halbheine (bekannte  
Marken) . . . pr. Jtr. 97 Pf.  
Pflännerschaft . . . 1,02 Pf.  
Ia Diamant pr. Jtr. (110  
bis 120 Stk.) . . . 1,05 Pf.  
Ia Tüte u. Kiste . . . 1,05 Pf.  
Ia Anthrazit-Gabbe Jtr. 2,40 Pf.

Kohle, Steinkohle usw. zu den  
billigsten Tagespreisen. Anlieferung  
frei Keller je nach Quantum pr. Jtr.  
10—15 Pf. mehr. — Bei Original-  
Waggon und größeren Abhängen  
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

## Cigarren

reiffester Fabrikate.  
Billigste Engros-Preise!

|                  |                  |
|------------------|------------------|
| St. Felix Brasil | 100 Stk. 2,85 M. |
| Cabinet          | 3,50             |
| Leon             | 4,50             |
| Alvarez          | 5,—              |
| Ros Divina       | 5,50             |
| Cento            | 6,—              |

300 Stück franco Nachnahme.

## Czollek & Geballe

Zigarren-Engros. Berlin C.,  
Neue Promenade 7, 1. Etage.  
(Kein Laden.) Preisliste franko!  
Sonntags geöffnet.

## Reichshallen-Theater.

### Stettiner Sänger.

Anfang: Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

Reichshallen-  
Restaurant:  
Bockbierfest mit groß.  
Militär-Konzert.

## Achtung! Isolierer und Steinholzleger Achtung!

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 2. Februar 1908, nachmittags präzis 2 Uhr:

## Gemeinsame Mitglieder-Versammlung beider Gruppen

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27e.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten vom achten Kongress der Freien  
Vereinigung deutscher Gewerkschaften. 2. Diskussion.
2. In Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung ist es Pflicht, vollständig zu  
erscheinen. 282/15 3. U. Lange.

## Steinarbeiter

### Berlin I.

Sonntag, den 2. Februar 1908, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in den „Ritterfäden“, Ritterstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gesellenausschusses über die Tarifverhandlung mit der  
Zimmung. 2. Beurlaubung über das Innungsangebot. 3. Stellung-  
nahme zum Verbandstage. 4. Stellungnahme zur Konferenz. 5. Wahl  
der Delegierten. 6. Verschiedenes. 171/4\*

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

### Achtung! Achtung!

Vororte! Gruppen und Sektionen!

Da am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr,  
die Vorschläge der Kandidaten zur Neuwahl des Zwei-  
vereinsvorstandes stattfinden, macht sich aus diesem  
Grunde eine Aenderung der Versammlungen notwendig;  
sollten nun einige Vorortbezirke, Gruppen und Sektions-  
leiter keinen Saal zu Sonntag erhalten haben, so machen  
wir die Mitglieder darauf aufmerksam, ihre Vorschläge  
in den Bezirken in Berlin machen zu wollen.

Die Versammlungen der Gruppen am 8. Februar fallen aus.  
Der Zweigvereinsvorstand.



## Eine Mark

wichtige Teilzahlung liefert  
elegante fertige 1908

## Herren-Garderoben

Brief für Kost.  
Anfertigung nach Mass.  
Zubehör Einzahlung.

## Julius Fabian,

Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, II  
Eingang Straußberger Platz.

## Möbelfabrik „Adler“

eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung.

Dienstag, 18. Februar, abds. 7 1/2 Uhr,  
im Geschäftslokal Frankfurter Allee 143:

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Bilanz. 2. Neu-  
wahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.  
3. Geschäftliches. 105/5

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

## Neuer Vorteil

für Berlin u. Vororte.  
Wegen getroffener Disposition  
fürs Frühjahr 1908 hält das  
Versandhaus Stralauerstraße 28,  
hochparterre, a. Molkenmarkt,  
sämmtlich Winterpaletots  
und Anzüge, die aus Maß-  
stoffen aufgearbeitet, zu Räu-  
mungspreisen, nach gegen-  
wärtlicher Teilzahlung von  
1 Mark an.  
Zwecks Maßanfertigung be-  
suchen Sie auf Wunsch unser  
Städtetrisender mit Mustern.  
Kein Waren-Kredithaus.  
Reelle Bedienung.  
Auch Sonntags geöffnet.

## Hygienische

Bedarfsartikel,  
Gummihosen, 1000s Anerk.  
V. Prof. u. Aerzt. empf. bill.  
Apoth. S. Schweitzers Fab.  
hyg. Präp., Berlin O., Holz-  
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Auf Teilzahlung eventuell ohne Anzahlung

Stoppdecken, Tischdecken, Teppiche,  
Portieren, Gardinen, Läuferstoffe,  
Spiegel, Bilder, Uhren, Regulatoren,  
fert. Bettwäsche, Gas- u. Petroleumkronen,  
Goldene Herren- u. Damen-Uhren sowie goldene  
Ketten gesetzlich gest. 585.

50 Pfg. wöch.

A. Stein, Oranienstr. 1, I. ☐ Bitte Besuch oder Postkarte.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Bergolber

## Otto Trenks

am 29. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 2. Februar, nach-  
mittags 1 Uhr, vom Trauerhause,  
Rixdorf, Thomaststr. 35, aus nach  
dem neuen Jakobikirchhof in der  
Hermannstraße statt. 78/20

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit bringe den Mitgliedern  
zur Nachricht, dass unser lang-  
jähriges Mitglied, der Selter-  
hütter

## Albert Grothe

am 29. v. M. im Alter von  
50 Jahren an Kehlkopf Krebs ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 2. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jakobikirchhofes  
in Rixdorf, Hermannstraße, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung bitte!

67/9 Die Verwaltung II.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

### Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Tischler

## Willi Fiebig

am 25. Januar verstorben ist und  
am Dienstag, den 28. Januar,  
zur letzten Ruhe gebettet wurde.  
Ehre seinem Andenken!

79/1 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen.

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir hier-  
mit bekannt, dass der Kollege

## Karl Schulze

am 29. Januar im Alter von  
44 Jahren gestorben ist. 162/3  
Ehre seinem Andenken!

Filiale I. Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Glasbläser

## Gustav Braun

am 30. Januar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
kirchhofes in Rixdorf, Hermann-  
straße, aus statt.  
73/00 Die Ortsverwaltung.

### Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Be-  
famteten die traurige Nachricht,  
dass meine liebe Frau

## Wilhelmine Tauer

geborene Angermann  
nach schwerem Leiden verstorben ist.  
Um stille Beileid bitte!

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntags,  
den 2. Februar, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-  
kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße,  
aus statt. 28326

Das Komitee.

## Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 28. Jan.  
verstorbenen Lithographen

## Emil Blobel

findet statt am Sonnabend, den  
1. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße,  
aus statt. 28336

Das Komitee.

## Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, des Glas-  
arbeiters 28306

## Wilhelm Kranig

sage ich allen Beteiligten, besonders dem  
Verbande städtischer Arbeiter, meinen  
besten Dank. Witwe Johanna Kranig.

## Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für 14752\*

### Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

## Die letzten Restbestände

des großen Inventur- u. totalen Räumungs-Ausverkaufes im

# Konfektionshaus Westmann

Hauptgesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a, a. d. Kolon., n. Hausvogteipl.  
Fil.: Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d. Androasstr.

bestehend in Plüsch- und Pelzkonfektion, Mänteln und Jacketts jeder  
erdenklichen Geschmacksrichtung, Kostümen, Röcken, Blusen, vom ein-  
fachsten bis zum hochelegantesten Genre, selbst für die allerstärksten  
Figuren vorrätig, Kinderkonfektion usw. usw.

Eig. Fabrikation! Heute noch überreiche Auswahl! Eig. Fabrikation!  
Spezialgeschäft für Damenkonfektion

sollen nach folgenden 5 Notierungen u. billiger abgegeben werden:

|                |                 |                 |                 |                 |
|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 1              | 2               | 3               | 4               | 5               |
| fr. bis M. 18  | fr. bis M. 20   | fr. bis M. 25   | fr. bis M. 30   | fr. bis M. 150  |
| jetzt nur M. 8 | jetzt nur M. 10 | jetzt nur M. 16 | jetzt nur M. 20 | jetzt nur M. 55 |

### Die günstigste Gelegenheit

für die Familien des Arbeiter-, Handwerker- und Bürgerstandes!!!  
Gratis ein Kinderkragen mit Capuchon für das Alter von  
1—13 1/2 Jahren oder ein Kinderpyjak bei Einkauf von M. 20 an.

Separ.-Abteil. Mod. Trauermag. für Damen u. Mädchen.  
Auswahl u. Preise konkurrenzlos. 8-10, 12-2 Uhr.

Sonntags  
geöffnet

Ich bitte, die Einkäufe in meinen Geschäften  
mögl. vorm. zu besorgen, da nachm. zeitweise  
weg. Ueberfüllung geschlossen werden muß.

Man achte im eigenen Interesse auf Firma und Hausnummer.



Die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten

sehen alle Handlungsgeschäftskreise in lebhafter Bewegung. Sowohl vom Zentralverband der Handlungsgeschäftlichen und Gehilfen Deutschlands, der Klassenbewußten Gewerkschaft, wie auch von den übrigen unzähligen bürgerlichen Vereinen wird eine überaus rege Agitation entfaltet.

Die Parole ist, möglichst viel Mitglieder bei dieser Gelegenheit herauszufinden. Und so sind diesmal nicht weniger als 10 Listen aufgestellt, da bekanntlich die Wahlen nach dem Proporz vor sich gehen und immer ganze Listen gewählt werden.

Die erstlich, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Geradezu vergiftend wirkt aber die Agitation unserer „wacht-haft christlichen“ und „echtdeutschen“ Männer des „großen“, „größten“, „allergrößten“ antisemitischen Verbandes, wie er mit Warenhauszeitschriften in die Welt hinausposaunt.

Dieser Verband schätzt wohl seine Mitglieder daraufhin ein, daß sie ihre Kulturgenüsse in den Spezialitätentheatern der Friedrich- und Eßener Straße finden und fühlt sich nun verpflichtet, mit diesen zu konkurrieren, damit seine Mitglieder es nicht vorziehen, die Abende dort, statt in der Versammlung zu verbringen.

Die zweite, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die dritte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die vierte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die fünfte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die sechste, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die siebte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die achte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die neunte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die zehnte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die elfte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die zwölfte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Die dreizehnte, bringt man sogar einzelne Berufsverbände und Konfessionslisten in Vorschlag. Weiter kann die Kreiswahlkreise darin wohlwollig nicht getrieben werden. Wagt es doch sogar der Kaufmännische Hilfsverein, eine Liste von 180 Kandidaten — sowohl Meister als auch Lehrlinge — aufzustellen, trotzdem dieser Verein bisher nur seine Hauptaufgabe in der Beschaffung billiger Theaterbillets sah.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Rudow bei Johannisthal hat der Gastwirt Reinick das Lokal der Frau Krüger mit der kontraktlichen Verpflichtung übernommen, daß das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung gestellt werden darf.

In Färkenwalde stehen uns sämtliche Säle zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Bierter Wahlkreis. Genossen des Stralauer Viertels! Am Sonntag früh 8 Uhr findet hier von den bekannten Stellen in unserem Viertel eine Flugblattverbreitung statt. Niemand darf fehlen. Die Viertelleitung.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Sonntag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Arndts Festsaal, Vossstr. 15: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Um zahlreichem Besuch bitten Die Abteilungsleiter. J. A.: Wilhelm Klaus.

Kreiswahlverein Niederbarnim.

Am Sonntag, den 2. Februar d. J., mittags 1 Uhr, findet die Kreis-Generalversammlung in Rummelsburg im Lokal der Dwe. Weigelt, Türschmidtstr. 45, statt.

Tagesordnung:

- 1. Jahresabrechnung und Jahresberichterstattung. 2. Neuwahl des Kreisvorstandes. 3. Statutenberatung. 4. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand.

J. A.: G. Freiwaldt-Pankow.

Treptow-Baumhofenweg. Dienstag, den 4. Februar, hält der Wahlverein im Restaurant zur Rembahn in Treptow seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag. 2. Die bevorstehende Gemeinderatswahl. 3. Wahl des Parteisekretärs für Treptow. 4. Vereinsangelegenheit und Verschönerung. Vollzähligen Besuch erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Heiratslust sieht in einer gewissen Beziehung zur jeweiligen Wirtschaftslage. Wenn für die arbeitende Bevölkerung die Erwerbschancen günstiger sind, dann mehren sich gewöhnlich auch die Eheschließungen.

Gegenwärtig befinden wir uns wieder mal in einer Periode der Abschwächung der Heiratslust, was angesichts der fortschreitenden Verschlechterung der Wirtschaftslage keinen überraschen wird.

Es ist zu vermuten, daß Berlin im Jahre 1908 sogar eine absolute Verminderung der Eheschließungen haben wird. Wir haben das zum letztenmal in den Notjahren 1901 und 1902 erlebt. In den drei Jahren 1900-02 wurden in Berlin 20 756, 19 888, 19 138 Ehen geschlossen; wie man hier sieht, war die Verminderung der Eheschließungen, die damals eintrat, recht beträchtlich.

Ein Nicht-Gentleman.

In der Generalversammlung des dritten Berliner Reichstagswahlvereins konnte den Genossen wieder einmal das Konterfei eines jener Leute gezeigt werden, von deren Verwendung im Völkerrriege der „alte Fritz“ zu sagen wußte: „Die Galunken sind zu brauchen, aber nicht zu ästimmieren!“

Der 12. Januar sollte dann in die „Parteitätigkeit“ des Herrn „Gräßling“ eine verhängnisvolle Wendung bringen. Sein auffälliges Benehmen bei der Demonstration veranlaßte einige Genossen, ihn besonders aufs Korn zu nehmen und nach einigen Tagen stellte sich heraus, daß man es in diesem „Demonstranten“ nicht mit dem Rassenboten oder Versicherungsgagenten Wilhelm Gräßling, sondern mit dem

Lokspiegel Wilhelm Draber, Auguststraße 63 I zu tun hat, der im Adressbuch als „Hausverwalter“ firmiert. Die Blaszyk'schen Eheleute in der Reanderstr. 2 haben dem Herrn 4 Monate lang als Ledadresse gedient. Da Herr Blaszyk Angestellter der Woch- und Schließgesellschaft ist und außerdem für seine staatsretterische Tätigkeit der Beihilfe bei der Beschäftigung ehrlicher Arbeiter genügend bezahlt sein wird, kann er hoffentlich für sein Grünframgeschäft die Arbeiterkundschaft entbehren.

In der Deputation für das Hoch- und Fortbildungsschulwesen ist, wie uns Genosse Dr. Arons schreibt, am Donnerstag die Frage

der Bestrafung von Fortbildungsschülern besprochen worden, und zwar im Anschluß an die Artikel im „Vorwärts“. Dabei wurde folgendes festgestellt: Nach dem bisherigen Wortlaut des Statuts steht den Leitern der Pflichtfortbildungsschulen ein Befugnis zur Verhängung von Arreststrafen nicht zu; sie sind bei Verstößen gegen die Ordnung der Schule darauf angewiesen, bei der Polizei Anzeige zu machen, um durch diese eine eventuelle Bestrafung herbeizuführen.

Zu dem Stadtverordnetenberichtsbericht in unserer gestrigen Nummer schreibt uns Genosse Glöde: „Reine Ausführungen bezüglich der Holzarbeiterausperrung sind nicht richtig wiedergegeben. Ich habe ausgeführt: Der Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war abgelaufen. Die Arbeitgeber wollten einen neuen Vertrag, jedoch mit bedeutenden Verschlechterungen für die Arbeiter. Die Arbeiter waren dem Abschluß eines neuen Vertrages nicht abgeneigt, jedoch nur solchen, der eine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung enthielt. Nach Ablehnung dieser Forderungen durch die Arbeitgeber erklärten die Arbeiter, zu den alten Bedingungen, jedoch ohne Vertrag, weiterarbeiten zu wollen. Demgegenüber erklärten die Arbeitgeber: Ohne Vertrag keine Arbeit, und sie verhängten die Aussperrung vom 12. Januar bis 11. Mai vorigen Jahres über im ganzen 10 000 Personen.“

Briefmarkenautomaten. Die Automaten für die Ausgabe von Postwertzeichen haben sich im Laufe der Jahre mehr und mehr vervollständigt. Freilich sind die Apparate auch inzwischen erheblich komplizierter und darum teurer geworden. Jeder einzelne kostet jetzt ein kleines Vermögen. Die Reichspost geht mit der Aufstellung der Apparate weiter vor. In Berlin sind bekanntlich an verschiedenen Stellen zahlreiche Apparate aufgestellt. Zur Aufstellung kommen sie insbesondere auch in Leipzig und in Breslau. Von besuchten Badeorten ist dafür das Bad Neuenahr in Aussicht genommen.

Die Zahl der Postämter in Berlin, Paris und London. Die Zahl der Postämter mit fortlaufenden Nummern beträgt in Berlin jetzt 113. Von besonderem Interesse ist ein Vergleich mit der Zahl der Postämter in Paris und London. Nach dem letzten amtlichen französischen Postbuch gibt es außer dem Hauptpostamt, der Recette principale, 120 Postämter, insgesamt also 121. Der Londoner Bezirk zählt dagegen nach dem neuen Londoner Postbuch nicht weniger als 1008. Die drei Zahlen für Berlin, Paris und London, 113, 121 und 1008, lassen sich freilich nicht ohne weiteres vergleichen. Auch die Berücksichtigung der Einwohnerzahl reicht hier nicht aus. Nach dem Verhältnis der Einwohner hätte demnach nach London Berlin die meisten Postämter. Das wird auch ungefähr stimmen. Die Londoner Postverhältnisse kann man nicht wohl in Vergleich mit denen auf dem Kontinent setzen. Jene mehr als 1000 „Offices“ sind nur zum kleineren Teil Postämter in unserem Sinne und werden von Beamten verwaltet. Es sind ihrer Hauptmasse nach Postagenturen. Ladengeschäfte und dergleichen übernehmen die Vertretung der Post, ungefähr so wie bei der Paketfahrt in Berlin. Man kann aber in London nicht bloß Postzeichen erhalten, sondern auch eingeschriebene Briefsendungen, Wertpapiere, Päckchen usw. bei ihnen aufgeben.

Die Mietschulen haben in diesem Winterhalbjahr sich wieder gemehrt. Keine derjenigen, die im letzten Sommer bestanden, hat aufgegeben werden können. In diesem Winter sind dann noch vier neue hinzugekommen: je eine im Frankfurter Viertel, in der Friedrichshagenstraße, in der Schönhauser Vorstadt, im Seestraßenviertel. Im Sommer waren in gemieteten Häusern untergebracht: 33 Schulen und 2 Filialen mit zusammen 657 Klassen, in denen 27 609 Kinder saßen; jetzt im Winter befinden sich in gemieteten Häusern: 37 Schulen und 2 Filialen mit zusammen 713 Klassen, in denen 29 413 Kinder sitzen. Es bestehen gegenwärtig in der Stralauer Allee zwei Mietschulen mit zusammen 1053 Kindern, in der Warschauer Straße, Posener Straße, Lilauer Straße, Frankfurter Allee, Löwenstraße, Nigaer Straße zehn Mietschulen mit zusammen 7230 Kindern, in der Strahlmannstraße, Petersburger Platz, Elbinger Straße, Coseviusstraße fünf Mietschulen mit zusammen 3853 Kindern, in der Greifswalder Straße eine Mietschule mit 1240 Kindern, in der Weihenburger Straße, Stargarder Straße, Weichmannstraße, Schönhauser Allee sieben Mietschulen mit zusammen 5280 Kindern, in der Brunnenstraße und Scheringstraße zwei Mietschulen (darunter eine Filiale) mit zusammen 840 Kindern, in der Grünthaler Straße und Poststraße zwei Mietschulen mit zusammen 1428 Kindern, in der Seestraße, Müllerstraße, Tegeler Straße, Amsterdamer Straße, Lütticher Straße sechs Mietschulen mit zusammen 5730 Kindern, in der Wielestraße, Weuffelstraße, Witttoder Straße, Alt-Moabit vier Mietschulen (darunter eine Filiale) mit zusammen 2721 Kindern. Gegenüber dem Sommerhalbjahr hat die Zahl der in Mietschulen untergebrachten Kinder in all diesen Bezirken des Ostens, Nordostens, Nordens, Nordwestens noch zugenommen, am stärksten diesmal im Seestraßenviertel. Der Rathausfreisinn will glauben machen, daß es in den neueren Stadtteilen nicht möglich gewesen sei, ihre Entwicklung voranzuführen und rechtzeitig für die Errichtung von Schulhäusern zu sorgen. Wann wird die hinterher humpelnde Schulverwaltung dahin gelangen, für diese rund 30 000 Kinder die nötigen Schulhäuser zu haben? Uebrigens sind gegenwärtig auch noch rund 3000 Kinder in Barackenschulen untergebracht (Thorner Straße, Leopoldplatz, Bremer Straße, zusammen vier Schulen). Auch das ist ein durchaus unzulänglicher Notbehelf.

Fuhrwerke im Werte von etwa 20 000 Mark sind in den letzten Tagen von den Straßen Berlins gestohlen worden. Die Wagenmacher entwickeln wieder einmal eine außerordentlich rege Tätigkeit, und in der letzten Zeit haben es diese Nebespezialisten ganz besonders auf Dreiräder und deren Ladungen abgesehen. So wurde vor dem Grundstück Potsdamer Straße 28 dem Kaufmann Rürnberg, Französische Straße 20, ein Transportdreirad mit Waren im

Werte von nahezu 1000 M. gestohlen. — Vier weitere ähnliche Diebstähle wurden in der Bendlerstraße, an der Ecke der Fiontschaler und Anklamer Straße, sowie in der Tiergarten- und Joachimsthaler Straße ausgeführt. Ferner wurde die Wolkenspalz „Lehengrin“ durch dreifache Wagenmarder empfindlich geschädigt. Vor dem Hause Rüfienwalder Straße 3 hatte ein mit Wäsche hochgeladener Wagen der Firma gehalten, und als sich der Ruscher einen Augenblick zum Abfertigen von Wäsche entfernte, sprangen zwei Diebe auf den Wod hinauf und jagten mit dem Fuhrwerk davon. Das gestohlene Gepann hat einen Wert von 3000 M. — Ein Plattenwagen im Werte von 2000 M. wurde dem Fuhrunternehmer Müller, Vestalozgasse 88, in der Leibnizstraße entwendet. — Vor der Zentralmarkthalle entführte ein Wagenmarder einen Geschäftswagen des Schlichtermeisters Karl Peters im Werte von nahezu 2000 M. — Schließlich sei noch der Diebstahl einer Tagometerdrose erwähnt. Die dem Fuhrherrn Reifner, Koloniestr. 123, gehörige Drose Nr. 8899 wurde von dem Halleplatz fortgestohlen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Unter Hinweis auf die Verordnungen, welche für Privatpersonen ausgefertigt sind, die sachdienliche Mitteilungen zur Aufklärung des am 6. Januar an der Frau Emilie Conrad geb. Döring verübten Raubmordes und des am 15. oder 16. Januar an der verwitweten Anna Wiesner geb. Breitweider gesch. Hälisch verübten Mordes machen können, wird bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 2., und Montag, den 3. Februar, von früh 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit die Wertzeuge, mit denen die beiden Verbrechen verübt worden sind, im ersteren Falle eine Eisenklinge, in dem anderen Falle ein zweischneidiges Messer, im Richtofe des Polizeidienstgebäudes am Alexanderplatz (Eingang gegenüber der Kaiserstraße) zur Besichtigung ausgestellt werden. Es wird gebeten, diese Wertzeuge in Augenschein zu nehmen und im Falle, daß sie jemand wiederzuerkennen glaubt, dieses einem der als Posten bestehenden Beamten mitzutheilen, der das weitere alldann veranlassen wird.“

Erkranken. Ein Opfer des Frostes ist der 65 Jahre alte Bauarbeiter Karl Kösch geworden. Der alte Mann war stark nervenleidend und vor einigen Tagen entfernte er sich von seinen Angehörigen und blieb spurlos verschwunden. Der Bedauernswerte war plan- und ziellos in der Umgebung von Berlin umhergetrieben und schließlich landete er in dem Forst bei Königs-Wusterhausen. Dort brach er entkräftet zusammen und fand den Tod durch Erfrieren. Seine Leiche ist gestern gefunden worden.

Ein erschütternder Vorfall spielte sich am Montag früh 1/2 Uhr auf dem Grundstück Frankfurter Allee 25 ab. Als um diese Zeit ein Frühkühnsträger den Hof betrat, hörte er einen Knirschenden Fall. Bei näherer Betrachtung erkannte der junge Mensch ein Mädchen, das auf seine Frage, was sie gemacht habe, die Worte stöhnte: „Ach, die schlechte Behandlung!“ Mit Hilfe herbeigerufenen Hausbewohners wurde das mit dem Tode ringende Wesen als das bei den im 2. Stock wohnenden Sanitätsrat Hundriescher'schen Eheleuten bedienstete Mädchen erkannt, das durch das Aushängen auf den Hof gesprungen war. Die Polizei war ebenfalls zur Stelle. Die Schwerverletzte wurde einem Krankenhaus zugeführt, wo sie inzwischen verstorben sein soll.

Die Worte des Mädchens deuten darauf hin, daß es wegen schlechter Behandlung in den Tod ging. Ob das richtig ist, dürfte eine nähere Untersuchung ergeben.

Ueber die Kindermorde in Berlin NO., die im Juli v. J. so ungeheures Aufsehen erregten, wird am polizeilichen Quelle berichtet, daß diese endlich als bestimmt aufgeklärt betrachtet werden könnten. Der geistig minderwertige Buchdrucker Paul Rinow, über dessen Festnahme und Befragung wir früher berichteten, soll ohne Zweifel der Täter sein. In der Heilanstalt legte Rinow ein Geständnis ab, und jetzt bekundete er bei seiner Vernehmung und bei der Ortsbesichtigung, bei der er selbst den Weg, den der Mörder gegangen war, mit der größten Sicherheit führte. Dinge, die zum Teil in ihren Einzelheiten nur der Täter wissen konnte. Bald widerrief Rinow sein Geständnis, aber das tatsächliche Belastungsmaterial konnte er dadurch nicht erschüttern, nur in einem Punkte schien das, was er gesagt hatte, nicht zu stimmen. Er behauptete, daß er das Wortwerkzeug auf der Straße in der Greifswalder Straße in einen Gully geworfen habe, und behauptete das Werkzeug genau. Der Gully wurde von Straßengeräten und Kriminalbeamten genau abgesehen, aber ein Werkzeug wie das beschriebene kam nicht zutage. In diesem Punkte schien Rinow also die Unwahrheit gesagt zu haben. Nun teilten aber Bekannte von ihm mit, daß er ihnen öfter von einem Taschenmesser mit brauner Schale und abgebrochenem Korkeisen gesprochen habe. Ein solches Messer befand sich auch unter denen, die nach und nach aus der Kanalisation zum Vorschein kamen und gesammelt wurden. Nach längerer Zeit wurde Rinow jetzt wieder einmal nach dem Verbleib seines Wortwerkzeuges gefragt. Er hatte nun manchen vergeblich gesucht und glaubte, die Kriminalpolizei habe das Werkzeug seinerzeit beschlagnahmt. Nach dieser Erklärung wurde er aufgefordert, es aus der Sammlung herauszufinden, und sofort nahm er das Messer mit der braunen Schale und dem abgebrochenen Korkeisen und erklärte auch, woran er es als sein Eigentum erkenne. Hiermit ist nun auch der letzte Punkt, der noch übrig war, zungunsten Rinow's aufgeklärt. Ob der Täter strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden kann, ist bei seinem Geisteszustande zweifelhaft. Es muß besonders bemerkt werden, daß Rinow gewissermaßen sich durch seine Selbstbesichtigung selbst gemeldet hat.

Wegen Verdachts der Ermordung der Witwe Ribbod ist ein 31 Jahre alter Galvaniseur Robert R. aus Charlottenburg verhaftet worden. R. bestreitet, seit einem Jahre in der Gegend der Nordstraße gewesen zu sein. Nun lagen ihm aber zwei Zeugen ins Gesicht, sie hätten ihn noch im November vorigen Jahres zu der Witwe Ribbod in den Keller hineingehen sehen und eine Frau befunden ebenfalls bestimmt, daß R. am Nordabend um 9 Uhr und 9 Uhr 10 Minuten mit Frau Ribbod plauderte an der Kellertür gestanden habe. Die Behauptung R.'s, daß er nie einen Schlapphut und einen Kneifer besessen habe, wird von einer anderen Zeugenprobe widerlegt. Sechs Zeugen, Männer und Frauen, bekunden bestimmt, daß R. einen Kneifer getragen hat. Ein Junge hat diesen Kneifer sogar einmal in der Hand gehabt, um ihn auf die Schärfe mit seinem eigenen zu vergleichen.

Folgende Bekanntmachung erläßt der Polizeipräsident: Auf Grund des § 139d Riffer 3 der Gewerbeordnung setze ich hierdurch für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139d dieses Gesetzes über die den Behörden, Begehungen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Motoren) und Lagerräumen zu gewährenden Ruhestrafenzeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1908 außer Anwendung:

1. Bei den Händlern mit Blumen für den 8., 15., 22., 29. Februar, 7., 14., 21., 28. März, 18. April, 20., 21., 28. November, 5., 12., 19. und 30. Dezember 1908.
2. Bei den Händlern mit Spielwaren für den 30. November, 1. bis 5., 7. bis 12., 14. bis 19. und 21. bis 23. Dezember 1908.
3. Bei den Buchhändlern für den 7. bis 12., 14. bis 19. und 21. bis 23. Dezember 1908.
4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 16. und 18. April, 27. Mai, 6. Juni, 21. November, 14. bis 19., 21. bis 23. und 30. Dezember 1908.

Die Tage, an denen im Ortspolizeibezirk Berlin alle offenen Verkaufsstellen (einschließlich der oben zu 1 bis 3 genannten Gewerbetreibenden) für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen, sind bereits durch die Bekanntmachung vom 14. Januar 1908 festgesetzt worden. Es sind dies für das Jahr 1908 die folgenden Tage, welche oben unter Nr. 4 genannt sind.

Zugensung. Diejenigen Verlorenen, welche gesehen haben, wie am 21. v. M. der Mechaniker Sachmann auf dem Stralau-Hammelsburger Bahnhof verunglückte, werden gebeten, ihre Adresse an C. Bartel, Hammelsburg, Zährschmidtstr. 18, senden zu wollen.

Zu relogosieren. Am 23. v. M. früh gegen 8 Uhr wurde im Flur des Hauses Neue Friedrichstraße 76 die Leiche eines unbekanntens etwa vierzigjährigen jüdischen Mannes gefunden. Als Todesursache

ist Erkundung durch Ausbuchen der Luftschleimhäute, die der Unbekannte getragen hat, festgestellt worden. Die Leiche, die sich im Schauhaufe befindet, war bekleidet mit grauem Anzuge, schwarzen Stiefeln, braunem Schlapphut und hat schwarze Haare und schwarzen Vollbart. Etwaige Mitteilungen über die Persönlichkeit der Leiche werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 324 des königlichen Polizeipräsidiums zu 886 IV 30. 08 entgegengenommen.

Am 19. Januar, nachmittags gegen 8 1/2 Uhr, sprang ein unbekannter Mann mit blankem Gesicht ohne Schmuck, nähere Beschreibung nicht bekannt, von der Pustelbrücke in den Spandauer Schiffschleusenkanal und ertrank. Die Leiche ist bis jetzt nicht gefunden. Ein schwarzer steifer Hut des Ertrunkenen, der die Buchstaben O. N. trägt, befindet sich im Polizeirevier 57, Müllerstr. 135, und kann dort zu jeder Zeit besichtigt werden. Personen, welche über den Ertrunkenen Angaben machen können, wollen sich im königl. Polizeipräsidium, Zimmer 331, oder in jedem Polizeirevier melden.

Feuerwehrbericht. Im laufenden Monat wurde die Berliner Feuerwehr nicht weniger als 40mal alarmiert. Ein Beweis dafür, daß die Brände in Berlin nicht ab-, sondern zunehmen. Gestern Abend hatte der 17. Zug in der Lindenstr. 106 zu tun, wo im Luergebäude in einer Kabine, die als Kühlraum dient, Feuer ausgebrochen war. Der 19. Zug wurde nach der Kauerstr. 86/88 alarmiert. Dort brannte der Fußboden und fast gleichzeitig in der Flensburger Straße 29 auf einem Hängeboden Kartons und Hausrat. Außerdem mußten noch mehrere kleinere Brände gelöscht werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In einer öffentlichen Versammlung der Zeitungsaussträgerinnen und -Träger im Volkshaufe referierte Genosse A. Gebert über: „Dürfen, wollen und können wir uns organisieren?“ Hieraus wurden verschiedene Vorschläge in den einzelnen Expeditionen vorgebracht, so u. a. über den Expeditionsleiter des „Deutschen Blattes“. Vor einiger Zeit hatten die dort beschäftigten Aussträgerinnen eine Petition bei der Direktion eingereicht, in welcher die Behandlung des Expeditionsleiters Herrn Döhlhäger moniert und eine Erhöhung des Lohnes verlangt wurde. Die Antwort auf diese Eingabe war eine Vertuschung, es sollten die Klagen untersucht werden, aber von einer Erhöhung des Lohnes könne keine Rede sein. Das Ende vom Liede war, daß sich ein Teil der Frauen diese Behandlung nicht länger gefallen ließen und die Arbeit niederlegten. Es wurde betont, daß wenn die Frauen organisiert seien, eine solche Behandlung von vornherein ausgeschlossen wäre. Als beinahe emphysem wurde es, daß die Aussträgerinnen des „Vorwärts“ in so geringer Zahl erschienen waren. Auch war man erstaunt darüber, daß die Parteispedition unorganisierte Frauen beschäftigte. Zum Schluß ließ sich ein großer Teil der Anwesenden in den Verband aufnehmen.

Zum Bräuteneinsturz. Auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde werden nunmehr auch die anderen drei Turmgerüste an der Charlottenburger Brücke abgetragen werden, nachdem das nördlichste Gerüst, wie wir bereits meldeten, eingestürzt und das südliche sich fast geneigt hat. Von dem letzteren sind die Eisenschienen und Träger, durch die das Gerüst mit 66 Fenner belastet war, entfernt und gleichzeitig ist das Bauwerk so weit abgesteift, daß eine Beförderung der Passanten auch bei stärkerem Winde nicht mehr vorhanden ist. Dennoch ist der Vorsicht halber die südliche Hälfte der Brücke für den Fußgänger- und Wagenverkehr gesperrt.

### Oris.

Der teilweise Einsturz eines Hauses verursachte gestern morgen unter den Bewohnern der Chausseestraße große Aufregung. Es handelt sich um das Haus Chausseestraße 148, das dem Schlichtermeister Rinow gehört, der im Vordererogelhof sein Geschäft betreibt. Vor wenigen Jahren wurde erst das eine Stockwerk des Hauses, das früher nur aus dem Parteeerogelhof bestand, ausgeführt. Gestern vormittag stürzte nun der Teil des Hauses, der sich über einem großen Torweg befindet, in sich zusammen, ohne daß man vorher irgend etwas von dem nahenden Unheil gemerkt hätte. Die Trümmer prasselten mit starkem Gepolter in die Tiefe, und nur das Dach, das sich noch an eine Mauer stützte, blieb stehen. Die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, nahm die Aufräumarbeiten in Angriff und stellte fest, daß niemand verletzt worden ist. Die Inhaber der über dem Torweg gelegenen Wohnung waren nicht anwesend, und so ist es nur einem glücklichen Zufalle zu danken, daß kein Mensch unter den Trümmern begraben wurde. Das gesamte Mobiliar der Wohnung ist durch den Einsturz vernichtet worden.

### Spandau.

Ausländische Arbeiter scheint mit Vorliebe die Alliengeellschaft für Hoch- und Tiefbau zu beschäftigen. Zwischen Spandau und Staden werden gegenwärtig umfangreiche Eisenbahnbauten von genannter Firma ausgeführt. Trotz der getoaltigen Arbeitslosigkeit zieht es die Firma vor, zur Ausführung der Arbeiten zur Hälfte Ausländer heranzuziehen. Und die Regierung, die eigentlich Vergeblich dieser Arbeiten an obige Privatgesellschaft, sieht ruhig zu, wenn arbeitssuchende einheimische Arbeiter von obiger Firma unberücksichtigt bleiben. Warum erhalten ausländische Arbeiter den Vorzug? Nun ganz einfach, weil sie, weniger Ansprüche an das Leben stellend, billiger arbeiten als hiesige Arbeiter und dadurch die die Arbeiten ausführende Gesellschaft einen etwas höheren Profit einstecken zu können glaubt. Was kümmert es so eine im Geruch „glühender Vaterlandsliebe“ stehende Firma, wenn einheimische steuerzahlende Arbeiter arbeitslos herumtrotten, die Hauptsache ist, daß ihr durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ein höherer Gewinn winkt. Wie man uns mitteilt, soll aber auch die Behandlung der Arbeiter seitens der Schachtmeister und des Ingenieurs eine gerade nicht rosige sein. Unter diesen Umständen ist es doppelt zu verstehen, wenn die auf niedriger Kulturstufe stehenden ausländischen Arbeiter den Vorzug erhalten. An die Regierung aber richten wir die Anfrage, warum sie bei Vergabung solcher Arbeiten nicht die Bedingung stellt, daß zunächst Arbeiter Beschäftigung finden, von denen der Staat ja nicht zu wenig Steuern verlangt. Zuletzt wird auch noch mitgeteilt, daß Material, Arbeitsmittel wie die sanitären Verhältnisse überhaupt bei genannter Firma viel zu wünschen übrig lassen.

## Gerichts-Zeitung.

### Anarchistenprozess.

Gestern hatte sich der verantwortliche Redakteur der anarchischen Zeitschrift „Der Revolutionär“, Schmied Gustav Schöneemann, wegen Verschüttelung von Staatsanwaltschaft, Anreizung zum Klassenhaß, Beleidigung der Berliner Kriminalpolizei usw. vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schöffelher, zu verantworten. Unter Anklage gestellt war ein Artikel in Nr. 47 mit der Ueberschrift „Antimilitaristisches“, ein anderer Artikel unter derselben Ueberschrift, sodann ein Artikel in Nr. 46 unter der Ueberschrift „Parasiten“, ein Artikel in Nr. 45 unter dem Titel „Sindikalismus und Anarchismus“ und eine Broschüre „Blätter aus der Geschichte des spanischen Proletariats“. Der Inhalt dieser Artikel enthielt nach der Ansicht des Staatsanwalts Dr. Hagen Verhöbe gegen die §§ 130, 131 und 186 des Strafgesetzbuchs. Der Staatsanwalt beantragte trotz der geringfügigen Verurteilung des Angeklagten das hohe Strafmaß von 6 Monaten Gefängnis. Das Gericht ging auch weit über dies Strafmaß hinaus. Es führte aus: Der Anarchismus will nicht bei einer passiven Resistenz stehenbleiben, sondern zu aktiven Handlungen übergehen, d. h. zu Handlungen gegen die Gesehe. Ein Mann, das unter dem Motto erscheint: „Die Lust zur Verhöhnung ist zugleich eine schaffende Lust“ könne dem Redakteur von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß er unter Respektierung der bestehenden Gesehe nicht tätig sein kann. Der

Gerichtshof hat in allen inframinierten Artikeln das Vorhandensein strafbarer Handlungen im Sinne der Anklage festgestellt, mit Ausnahme des Artikels „Sindikalismus und Anarchismus“. In den Artikeln werden nicht Streitfragen theoretisch erörtert, sondern zur Tat durch den Generalkriegs, den ökonomischen Terror und die Bombe, aufgefordert. Das Vorgehen solcher Blätter, welche den bestehenden Gesehen direkt zuwiderhandeln und den Terror offen empfehlen, birge eine große allgemeine Gefahr in sich und deshalb habe der Gerichtshof den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Die politische Tendenz zum Gegenstand richterlicher Aburteilung zu machen, ist stets mit der Gerechtigkeit unvereinbar; nur über Handlungen, nicht über politische Gesinnung soll ein Gericht urteilen. Bei Verurteilung der Wohnung des bekannten Juristen Brüggenmann, je ferner der Richter der politischen Ansicht des Angeklagten steht, desto ängstlicher solle er sich hüten, statt über die Handlung des Angeklagten über seine Gesinnung zu urteilen, hätte auch nicht entfernt eine so hohe Strafe wie vom Staatsanwalt beantragt, geschweige wie vom Gerichtshof erkannt, ausgeworfen werden können.

### Ein Erbschaftsprozess.

Der millionenteiche Graf Bius Chamare auf Ruzendorf, Kreis Habelschwerdt (Schlesien), welcher meistens in Wien lebte, verunglückte am 18. Oktober 1903 bei einer Automobilfahrt in der Nähe von Ulln, konnte aber trotz seiner Verletzungen mit der Eisenbahn nach Wien fahren und dort ging er in das Sanatorium Löw. Da er auch Verletzungen am Schädel erlitten hatte, verschlimmerte sich sein Zustand und am 7. November 1903 erkrankte er ein Testament, worin er die 1879 geborene Schauspielerin Wanda Blaukeim zur Universalerbin seines bedeutenden Vermögens einsetzte. Mit dieser Dame hatte er seit mehreren Jahren ein Liebesverhältnis. Am 10. November hat der Graf auf dem Krankenbette mit dieser Dame dann die Ehe geschlossen, doch erlag er am 12. November seinen Leiden und starb.

Die Verwandten des Grafen griffen nun die Erbberechtigung der Gräfin an und ein Bruder des Verstorbenen, Graf Felix Chamare, auf Stolz in Schlesien, erhob Klage gegen die Gräfin Chamare auf Anerkennung von ein Siebentel der Erbschaft.

Im Laufe des Prozesses wurde auch die Gültigkeit der Ehe der Gräfin angefochten und die Klage dahin ausgedehnt.

Das Landgericht Mag hatte die Klage abgewiesen, doch hat auf die eingelegte Berufung des Klägers das Oberlandesgericht Breslau (nachdem es in einem Teilverurteil die Dispositionsunfähigkeit des Verstorbenen anerkannt) das genannte Urteil dahin abgeändert, daß

a) der Kläger als der gesetzliche Erbe des zu Wien verstorbenen Grafen Bius v. Chamare an dessen Nachlaß mit einer Quote von einem Siebentel berechtigt ist;

b) daß die zwischen dem Grafen mit der Beklagten geschlossene Ehe nichtig war.

Das Urteil stützt sich darauf, daß durch einen Teil der Sachverständigen festgestellt ist, daß der Graf zur Zeit der Errichtung des Testaments und der Eingehung der Ehe, nicht mehr dispositionsfähig war. Andere Sachverständige waren anderer Ansicht.

Gegen das Urteil hatte die Gräfin Revision beim Reichsgericht eingelegt, welche unrichtige Anwendung des Gesehes rügte, und geltend machte, daß der Graf schon seit Jahren die Beklagte heiraten wollte. Der 4. Zivilsenat des Reichsgerichts hat die eingelegte Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Breslau jetzt zurückgewiesen.

### Ein Pfarrer und Schulinsektor.

Eigenartige Enthaltungen über das Benehmen des geistlichen Ortsschulinsektors, Pfarrers Weber aus Schlem, dem infolge seiner eigenartigen Wahlagitation von der Regierung die Schulinsektion entzogen worden war, kamen in der Strafkammerbehandlung am Mittwoch zu Trier zutage. — Weber war angeklagt, den Lehrer Daffner dadurch beleidigt zu haben, daß er ihm durch Schulführer sagen ließ, er, der Lehrer, sei ein frecher Bengel. Vom Tage seines Amtsantritts an war der Herr Pfarrer dem Lehrer nicht hold und machte seinem Groll — zum Gaudium der Schulführer — stets vor diesen während des Religionsunterrichts Luft. „Der Lehrer ist ein frecher Schulmeister“ — „er ist ein alter Pöbel“ — „sein trübseliges Benehmen steckt schon in den Kindern“ — „alle benehmen sich in der Kirche eheerbitlich, nur der Lehrer macht eine Ausnahme“ usw. Das ist eine kleine Blütenlese der schöngeistigen Redewendungen des Herrn Ortsschulinsektors und Pfarrers. Als ihm nun gar die Schulinsektion von der Regierung entzogen wurde, konnte sein Haß keine Grenzen mehr. Für diese wollte er in der heutigen Sitzung den Lehrer verantwortlich machen. Der wirkliche Sachverhalt jedoch, der zu seiner Amtsentziehung den Anlaß gab, war folgender: Während der Reichstagswahlbewegung sagte er zu den Schulführern, das „Wittlicher Kreisblatt“ sei ein Pfuschblatt, weil es Artikel gegen den Glauben bringe, wenn diese auch aus dem Schlemmer Schulführer kämen. Hierüber beschwerte sich der Lehrer, der für die national-katholische Bewegung eingetreten war. Bei der behördlichen Untersuchung gab ein Anabe die Äußerung des Pfarrers zu Protokoll. Der Pfarrer drang in den Anaben, seine Behauptung schriftlich zurückzunehmen, wenn er das nicht tue, würde er von der Beichte ausgeschlossen werden. Der Anabe blieb aber bei der Wahrheit und wurde, trotzdem er einen ganzen Tag vor dem Pfarrhause auf den Knien lag, von der Beichte ausgeschlossen. Wegen dieses Vorgangs wurde er seines Amtes als Ortsschulinsektor entbunden. Hierauf schickte er Schulführer zum Lehrer, die bestellen mußten, der Lehrer sei ein frecher Bengel. Nachdem von 40 Zeugen erst 10 vernommen waren, hatte das Gericht bereits genügend Beweismaterial und verurteilte den Pfarrer zu 150 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten.

## Vermischtes.

Zusammenstoß zweierzüge. Auf der Station Kriemlen erfolgte, wie aus Posen gemeldet wird, infolge falscher Weichenstellung ein Zusammenstoß zweierzüge. Der Heizer wurde getötet. Der Lokomotivführer ist verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Ein Fall des Rheinflusses wird aus Mannheim gemeldet: Bei Hünningen und Rehl ist der Wasserstand des Oberrheins vergangene Nacht um 30 respektive 40 Zentimeter zurückgegangen. Der Wasserstand des Mittel- und Unterrheins nimmt dagegen noch langsam zu.

### Der Bombengouverneur.

Vor einigen Tagen brachten wir in unserem Depeschenteil die Nachricht, daß in einem Wirtshaus, in welchem eine Bombe gefunden wurde, dasselbe durch die Polizei mit der vorgefundenen Bombe gesprengt wurde. Wir erhalten hierüber noch folgende Nachricht:

Ran mußte, daß das Looselal von Boronia in letzter Zeit der Sammelpunkt allerlei verdächtiger Leute war, so kam die Polizei mit einem ganzen Haufen von Schupfleuten. Indem sie das ganze Haus von allen Seiten umlagerten, ging ein Teil der Polizisten ins Haus hinein. Hier war an vielen Tischen Publikum. Die Polizei befohl die Hände hochzuheben und durchsuchte die Anwesenden, wobei 7 Personen als verdächtig vorfanden und deshalb verhaftet wurden. Nachher kamen die Polizisten zu vier Leuten an einem Tischchen an der Wand, an welcher ein Bild hing. Der eine Polizist bemerkte hinter dem Wilde einen Gegenstand. Man nahm denselben sehr vorsichtig heraus. Dieses wurde auf eine Bombe von großen Dimensionen. Die Bombe wurde auf den Tisch gelegt und die an den Tisch gesessenen Leute wurden arreiert. Es waren elf Personen, die unter starker Bewachung nach der Wache gebracht wurden.

In das Teehaus von Woronin kam der Polizeimeister Kistkowski, welcher von dieser Sache den Kriegs-General-Gouverneur und Stadthauptmann Tolmatschew in Kenntnis setzte. Es kam sofort der Befehl, die Bombe am Blase wo sie gefunden worden ist, zu zerprennen. Die Bewohner des Hauses wurden entfernt. An der Bombe befestigte man eine Wikfarber Schnur, welche man anzündete. Gleich nachdem kam eine furchtbare Explosion. Das Haus erschütterte, es donnerte, und man hörte den Klang der ver-nichteten Möbel, zersplitternden Scheiben usw. Als man nach einiger Zeit in den Raum eintrat, bot sich den Beschauern ein furchtbares Bild der Zerstörung dar.

Die Explosion war so stark, daß man die Wirkung in den entferntesten Stadtteilen spürte. In den benachbarten Häusern empfand man es wie ein starkes Erdbeben, und in einigen Woh-nungen wurden sogar die Möbel und Spiegel beschädigt.

Serlarenaes Schiff. Der bei Cuxhaven gestrandete Dampfer „Tehr“ ist, wie aus Hamburg berichtet wird, nunmehr voll Wasser gelaufen. Die Mannschaft hat das Schiff verlassen; der Dampfer ist als verloren zu betrachten.

Eisenbahnunfall. Eine Meldung aus Brüssel von gestern besagt: Der um 12 Uhr 40 Minuten in Paris abgegangene Schnellzug ist gestern nachmittags bei seiner Ankunft an der belgischen Grenze bei Cuesoy Kullnois mit einer Rangiermaschine zusammen-gestoßen, wobei sechs Personen verletzt wurden, darunter vier schwer.

Der Panamakanal. Welchen schnellen Fortschritt die Arbeiten nehmen und wie sich die Schnelligkeit fortwährend steigert, zeigt folgende Aufstellung über die Ausgrabungen. Im Jahre 1904 wurden durchschnittlich pro Monat 30434 Kubikyard Erde ausgehoben. Dies geschah noch unter Anwendung der alten franzö-sischen Methoden, die im Jahre 1905 bedeutend verbessert wurden und danach für das Jahr einen monatlichen Durchschnitt von 92883 Kubikyard ergaben. Das war aber noch sehr gering im Verhältnis zum folgenden Jahre, als die amerikanische Energie sich zu entfalten begann und große amerikanische Maschinen in Tätigkeit traten. Der monatliche Durchschnitt stieg im Jahre 1906 auf 412374 Kubikyard. Und doch trat dieses Resultat zurück, ver-glichen mit dem, was im Jahre 1907 erreicht wurde, besonders in dem letzten halben Jahre, als der monatliche Durchschnitt auf 1628699 Kubikyard stieg. Und auch da übertraf fast jeder Monat den anderen. So wurden ausgehoben: Im Juli 1072627 Kubikyards; im August 1274404 Kubikyards; im September 1517412 Kubikyards; im Oktober 1868729 Kubikyards; im November 1888486 Kubikyards; im Dezember 2200639 Kubik-yards. — Welche ungeheure Leistung aber zu vollbringen ist, er-kennt man daraus, daß die Amerikaner selbst berechnen, daß sie bis zum Jahre 1912 noch mit den Erarbeiten zu tun haben werden.

Erdbeben. Aus Tiflis wird gemeldet: Hier wurden zwei Tage hintereinander Erdbeben verspürt.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Be-nutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 20. Gedruckt täglich von 5<sup>1/2</sup>—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freizeitspiele Gemeinde. Sonntag, den 2. Februar, vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Doppel-Allee 15—17: Versammlung mit freizeitspielerischer Vorlesung. — Sonntagsvormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Religion Jerochers.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Heft 3 und 4 des neuen Jahrganges der illustrierten Wochenzeitschrift „In Freier Stunden“ sind soeben erschienen. Sie enthalten die Fortsetzung der beiden Erzählungen „Das Einzug“ von L. Gladel und „Sigrid, das Fischermädchen“ von H. Wägge, während das keine Heftkosten für Unterhaltung und Bezeichnung sorgt. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft für 10 Pf.

Die Illustration. Lieferung I. Herausgegeben von O. Soccol. 60 Pf. Verlag: Knospe u. von Suckale in Leipzig.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbesen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68-70 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 54-57, Bullenfleisch Ia 65-70, IIa 54-64, Rinde, seit 48-56, do. mager 36-44, Pfeffer 50-58, Zucker, böhmische 51-63, Saubfleisch, Doppeltender 105-125, Muttelbier Ia 85-95, IIa 75-84, Rindfleisch, gen. 55-71, do. hoch 45-50, Hammelfleisch, Rindfleisch 45-58, Schweinefleisch 50-58, Rehweid Ia pr. 100 Pfd. 0,00, Rothweid Ia pr. 100 Pfd. 0,35-0,48, do. IIa 0,25-0,35, do. Rindfleisch 0,30-0,50, Damweid 0,40-0,55, do. Rindfleisch 0,50-0,68, Wildschweine pr. Pfd. 0,25-0,40, Ferkel pr. Pfd. 0,80-0,70, Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis 1,10, do. klein 0,40-0,60, Kalen, groß pr. Stück 3,70-4,10, do. mittel u. klein Stück 3,00-3,60, Wildenten pr. Stück 0,00, Kalanenhühner Ia, klein 2,75-3,25, do. IIa und alle 1,50-2,50, Kalanenhühner 1,00-2,25, junge 2,75-3,25, do. IIa und alle 1,50-1,10, Brühhühner Stück 1,25-2,00, Brühenten Stück 1,25-1,50, Gesehühner Stück 1,00-1,20, Hühner, Ia pr. Stück 1,40-2,00, dito IIa 0,80-1,20, Hamburger Küken, Stück 1,00-1,05, Poularden, deutsche, p. Pfd. 0,00, Kanonen Ia 0,35-0,50, do. IIa 0,00, do. alle 0,50, do. ital. 0,85-0,95, Enten, pr. Stück 1,60-2,50, do. russische pr. Stück 0,00, do. Hamburger, pr. Stück 3,75 bis 4,50, do. 0,50-0,65, do. Oberländer, pr. Stück 0,58 bis 0,65, do. russische pr. Stück 0,40-0,58, Poularden pr. Stück 0,70-1,20, Poularden Ia pr. Pfd. 0,65-0,80, do. IIa 0,00, Decke pr. 100 Pfd. 80-85, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00, Bänder, unfortiert 0,00, do. groß 0,00, do. matt u. rot 0,00, Schürze, groß 1,01, do. mittel IIa 72-87, do. 0,00, Kiste, klein 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00, Karften, 35-50er 0,00, do. 50-60er 55-62, do. franz. 70-100er 0,00, Wägen 30-40, do. klein 0,00, do. groß 0,00, Wand 0,00, Cuappen 34-40, Klebfische 0,00, Wels 0,00, Bunte flische 0,00, Barje 88, do. klein 47-50, Biere matt 22-30, Sranzosen, matt 0,00, Winter-Rheinlaß, pr. 100 Pfd. 0,00, Amerikanischer Laß Ia, pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa 90-100, Seelachs, pr. 100 Pfd. 20-30, Fundern, Kiefer, Stiege Ia 2-6, do. mittel, Kiefer 0,00, do. Hamb. Stiege 2-8, halbe Riste 2-8, pomm. Ia Schod 0,00, IIa 0,00, Bäcklinge, Kiefer der Wall 2-2,50, schwedische 2,50, englische 0,00, Sprotten, Danziger, Riste 0,00, do. Rügenwalder, Riste 0,40, Kiste, groß pr. Stück 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe pr. Schod 5,00-9,00, Schellfische, Riste 4,00-5,00, dito 1/2, Riste 2,50-3,00, Sardellen, 1909er pr. Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 85-90, Schottische Heringe 1905 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 36-42, deutsche 30-40, Heringe, neue Riste, pr. 1/2, Ia 0,00, Sardinien, russ. (3/4) 1,50-1,60, Bratheringe (3/4) 1,20-1,40, do. Wäse (4 Riter) 1,40-1,70, Reunagen, Schodsch 11, do. kleine 5-6, do. kleine 14, Kestle pr. Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 am 0,00, do. unfortiert 0,00, Galziger, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Lande, unfortiert pr. Schod 4,00-5,50, do. große 5,50-6,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 120-131, IIa 122-125, IIIa 115-120, abalende 100-106, Saure Gurken Schod 4,50, Pfefferquinten Schod 4,50, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Böhmer 3,25-3,50, meße runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Porree, pr. Schod 1,00-1,50, Meerrettich, Schod 8-16, Spinat pr. 100 Pfd. 30-40, Sellerie, pr. Schod 2-6, do. pomm. 8-12, Proteibeln pr. 100 Pfd. 4,00-4,50, Veteckle, grün, Schodbund 0,80-1,50, Rettich, Janscher, pr. Stück 0,06-0,10, hochger, pr. Schod 0,00, Tobraben, 100 Pfd. 2,50 bis 3,00, Karotten, pr. 100 Pfd. 10-15, Stängelkohl p. Schod 2-7, Rotkohl, Schod 2,50-4, Weißkohl p. 100 Pfd. 1,80-3,00, Blumenkohl, Weißer 100 Stück 0,00, do. Brunter 0,00, do. italienischer 100 Stück 30-35, do. in Röhren 18 Stück 2,00-3,00, Rosenkohl, pr. 100 Pfd. 10-30, Grünkohl 4,00-8,00, Röhrläben, Schod 2,50-4,00, Vetecklenwurzel, pr. 100 Pfd. 5-6, Schodbund 5-6,00, Schnittlauch, Töpfe Duzd. 2-4,00,

Tomaten, spanische, per Kiste 2,00-5,00, rote Rüben, per 100 Pfd. 2,50-3,00, Rüben, weißer, per 100 Pfd. 0,00, do. Rüben 5-18, Cslarol, 100 Stück 15,00, Endivien, 100 Stück 15-18, Birnen, pr. 100 Pfd. Troter 0,00, Kochbirnen 3-10,00, Tafelbirnen Ia 15-25, do. IIa 6-17, Italiener 26-30, Apfel, pr. 100 Pfd. Troter Ia 20-25, do. IIa 12-20, do. Iose, pr. 100 Pfd. 0,00, do. in Risten 120 Pfd. 30-50, Mohr, hiel, 100 Pfd. 8-12, Koch- 5-14, Tafel-äpfel Ia 15-24, do. IIa 6-18, Amerikaner, pr. Maß 15-30, Italiener, Iose, 100 Pfd. 11-12, do. in Risten, pr. 100 Pfd. 14-18, do. in Risten 10-25, Weintrauben, Rmeria, pr. Maß 6-18, Ananas I, pr. Pfd. 0,70-0,90, do. II 0,50-0,55, Bananen, groß, pr. 100 Pfd. 0,00, Kofelnisse pr. 100 Stück 0,00, Ruchmandeln pr. 100 Pfd. 70-115, Maronen, ital., pr. 100 Pfd. 9-20, Feigen, Franz. pr. 100 Pfd. 22-25, do. Trommet, pr. 100 Pfd. 40, do. in Risten 28-38, Traubenrollen pr. 100 Pfd. 55-120, Birnen, Preisina, 300 Stück 6,00-9,00, do. 300 Stück 6,00-9,00, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Kpelfrühen, Murcia, 200 Stück 7,00-11,00, do. 300 Stück 7,00-11,00, do. Valencia 420 Stück 13-20, do. 714 Stück 17-22,00, do. Messina-Blut 100 Stück 8-9, do. 150 Stück 9-10, Mandarinen, Schachtel 0,45-2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfd. 15-20, Datteln, pr. 100 Kart. 55-88, Johannisbrot, pr. 100 Pfd. 10-15.

### Witterungsübersicht vom 31. Januar 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen   | Barometrischer Luftdruck | Windrichtung | Windstärke | Wetter    | Temp. in C. | Stationen  | Barometrischer Luftdruck | Windrichtung | Windstärke | Wetter  | Temp. in C. |
|-------------|--------------------------|--------------|------------|-----------|-------------|------------|--------------------------|--------------|------------|---------|-------------|
| Schwetznitz | 752                      | SW           | 3          | bedeckt   | 1           | Dachau     | 742                      | SW           | bedeckt    | -14     |             |
| Dachau      | 753                      | SW           | 3          | bedeckt   | 2           | Petersburg | 747                      | SW           | 1          | Schnee  | -7          |
| Berlin      | 757                      | SW           | 3          | bedeckt   | 2           | Stettin    | 768                      | SW           | 3          | bedeckt | 6           |
| Frankfurt   | 761                      | SW           | 3          | bedeckt   | 1           | Aberdeen   | 750                      | SW           | 3          | bedeckt | 4           |
| Königsberg  | 765                      | SW           | 4          | bedeckt   | -5          | Paris      | 763                      | SW           | 3          | bedeckt | 1           |
| Wien        | 764                      | SW           | 2          | wolkenlos | -3          |            |                          |              |            |         |             |

Wetterprognose für Sonnabend, den 1. Februar 1908. Seitliche aufläuternd, vormittags trübe mit Niederschlägen, später westlichen Winden und langsam sinkender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand       | am 30. 1.         |                  | am 29. 1.         |                  | Wasserstand                    | am 30. 1.         |                  | am 29. 1.         |                  |
|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|--------------------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|
|                   | cm                | am <sup>1)</sup> | cm                | am <sup>1)</sup> |                                | cm                | am <sup>1)</sup> | cm                | am <sup>1)</sup> |
| Remel, Elbe       | 245 <sup>2)</sup> | 0                | 245 <sup>2)</sup> | 0                | Saale, Großh.                  | 174               | +27              | 174               | +27              |
| Regel, Ankerburg  | 250 <sup>2)</sup> | +3               | 250 <sup>2)</sup> | +3               | Saale, Spandau <sup>3)</sup>   | 124               | +2               | 124               | +2               |
| Wesche, Horn      | 230 <sup>2)</sup> | +8               | 230 <sup>2)</sup> | +8               | Katzenau <sup>3)</sup>         | 149               | 0                | 149               | 0                |
| Oder, Rathor      | 220 <sup>2)</sup> | -17              | 220 <sup>2)</sup> | -17              | Spree, Spremberg <sup>3)</sup> | 162               | +18              | 162               | +18              |
| • Krossen         | 180               | +9               | 180               | +9               | Beckow                         | 160               | +2               | 160               | +2               |
| • Frankfurt       | 270 <sup>2)</sup> | +3               | 270 <sup>2)</sup> | +3               | Weser, Minden                  | 120 <sup>3)</sup> | +17              | 120 <sup>3)</sup> | +17              |
| • Warthe, Schrimm | 200               | +5               | 200               | +5               | • Minden                       | 156               | +36              | 156               | +36              |
| • Landberg        | 152 <sup>2)</sup> | +8               | 152 <sup>2)</sup> | +8               | Rhein, Marienlaubau            | 400               | +66              | 400               | +66              |
| • Rege, Borsdamm  | 74                | +1               | 74                | +1               | • Raab                         | 103               | +38              | 103               | +38              |
| • Elbe, Reimnitz  | 100 <sup>2)</sup> | +118             | 100 <sup>2)</sup> | +118             | • Rön                          | 266 <sup>3)</sup> | +77              | 266 <sup>3)</sup> | +77              |
| • Dresden         | 102               | 0                | 102               | 0                | • Redar, Dellbronn             | 115               | -35              | 115               | -35              |
| • Barby           | 188               | +58              | 188               | +58              | • Rain, Wertheim               | 178               | -2               | 178               | -2               |
| • Magdeburg       | 198               | +27              | 198               | +27              | • Roßel, Arier                 | 241               | +41              | 241               | +41              |

<sup>1)</sup> + bedeutet Duzd., - fall. - <sup>2)</sup> Unterpegel. - <sup>3)</sup> Eisstand. - <sup>4)</sup> Höchst- - <sup>5)</sup> Eisgang. - <sup>6)</sup> der höchste Wasserstand: 165 cm, trat bei starkem Eisgang am 29. um 9<sup>1/2</sup> Uhr abends ein, am 30. morgens (schwacher Eisgang. - <sup>7)</sup> Treibels. Nach telegraphischer Meldung trat auf der Elbe bei Dresden gestern nachmittags Eisgang ein, der Wasserstand erhob sich bis auf 60 Zentimeter, ist aber heute früh bei fortwährendem Eisgang wieder auf - 8 Zentimeter gesunken.

# Inventur-Ausverkauf

Aussergewöhnlich billige und gute Einkaufsgelegenheit

## Plüsch-Paletots und Jacketts

aus echt englisch. Seal u. prima Velours de Nord, auch f. starke Damen passend

27, 33, 45, 60 M., früher 60-150 M.

|  |  |
|--|--|
| <h3 style="text-align: center;">Astrachan-Paletots</h3> <p style="text-align: center;">und Jacketts</p> <p style="text-align: center;">8, 12, 15, 20, 25 M.</p> <p style="text-align: center;">früher 18-60 M.</p> | <h3 style="text-align: center;">Eskimo-Paletots</h3> <p style="text-align: center;">und Jacketts</p> <p style="text-align: center;">6, 8, 12, 18, 25 M.</p> <p style="text-align: center;">früher 18-75 M.</p> |
|--|--|

Astrachan- u. Plüsch-Liftboy-Jacketts mit eleg. farbige Westendruckerei

## Elegante Abend- u. Theater-Mäntel

in weich, hell- u. dunkelfarb. Stoffen 8, 12, 15 Mark, früher 20-40 M.

Aus feinem Tuch, schwarz, und in den neuesten Pastellfarben, federleicht und warm geölt, auf prima Satin, Gloria und Seide

20, 30, 40, 50 M., früher 80-120 M.

## 1200 engl. Paletots

jetzt 6, 8, 10, 12, 14, 18, 24, 25 Mark.

# Stelmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstrasse.  
12 Schaufenster - 2 Eissaal vom Dönhofs-Platz.

# Inventur-Ausverkauf

## Restbestände u. vorjähr. Muster in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läuferstoffen, Divandecken und Fellen

welche bei der Inventuraufnahme zurückgesetzt sind,

werden nur kurze Zeit ca. **40%** billiger verkauft.

# Teppich-Haus B. Hurwitz

via - & - via dem National-Denkmal Rotes Schloss An der Stoechbahn 1/2.

Fachsen u. L. Ring.

## Überraschende Neuheit

garant. nicht unschädlich kein Chlor kein roiben

# Persil

vollständig ungefährlich kein Waschbrett kein büsten

## Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend

# Henkel & Co. Düsseldorf.

Zu haben in allen Kolonialwaren-, Seifen- und Drogen-Geschäften.



Ohne Milch

# Bio-Malz

Dose 1 M. u. 1 1/2 M. zu haben in Apotheken und Drogenhandlungen. Wo nicht, Versand ab Fabrik von 3 Dosen an gegen Nachnahme. In unserem Preisausfchreiben über 1000 Kart. kann ich jedermann beteiligen. Versuchen Sie gratis in Apotheken und Drogenhandlungen. Event. direkt zu beziehen von der Chemischen Fabrik Behr, Vatermann, Berlin-Friedenau 6.

# Möbel

## Fabrik Richard Fuhrmann am Winterfeldt-Platz Gleditschstraße 47/48 Tischlermeister

empfiehlt komplette Wohnungseinrichtungen, von einfachsten bis zu den elegantesten, billigste Fabrikpreise. 1 Zimmer und Küche 295 M. Großes Lager in Herren- und Speisekammern. Nur den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Vorzahlung 3 Prozent Rabatt. Langjährige Garantie. — Sonntags geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

